

Ersteinst täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Monat. Eingereicht in der Post-Belegungs-Verordnung für 1893 unter Nr. 6709.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst L. Nr. 4156.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 17. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Die Reichsenquete über die Arbeitszeit im Bäckereigewerbe.

Man erinnert sich, daß vor einigen Wochen zuerst die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ im Stande war, die Hauptergebnisse — nach ihrer Wahl! — der Reichsenquete über die Arbeitszeit im Bäckereigewerbe mitzuteilen, welche von der neuen Reichskommission für Arbeitsstatistik im Juni vor. Jahres begutachtet und dann im September v. J. ausgeführt worden ist. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ brachte ihren offiziellen Artikel, ehe sonst jemand in der Öffentlichkeit die Druckfäße über die Enquete befaß und ehe die Reichskommission für Arbeitsstatistik zusammentrat, um über die Enquete zu diskutieren. Letzteres ist bekanntlich vorige Woche geschehen, und der „Vorwärts“ hat über die Sitzungen sehr ausführliche Berichte gebracht. Wenn man jetzt diese Debatten durchsieht und das Enquete-Ergebnis und die offiziöse Rundgebung des Pindterblattes vergleicht, so findet man die Erklärung, weshalb man es so eilig mit dem offiziellen Lobpreisungsartikel hatte, der schon einmal an dieser Stelle belichtet worden ist: die Bäckereienquete ist in den Händen der Bureaukratie so gründlich mißglückt, wie es gründlicher nicht gedacht werden kann. Diese blamable Thatsache sollte durch den offiziellen Artikel vertuscht werden. In der That hat sich ja auch die bürgerliche Presse von dem offiziellen Auszug täuschen lassen, und es ist ihr ebenso wenig eingefallen, den Sachverhalt nach dem Originalbericht nachzuprüfen, wie es den bürgerlichen Reichstags-Abgeordneten eingefallen ist, sich viel um den Bericht selbst zu kümmern, der dem Reichstag wohl in Vorahnung der Interesslosigkeit dieser hohen Körperschaft nur in einigen 50 Exemplaren zur Verfügung gestellt wurde. Desto schärfer soll an dieser Stelle der beispiellosen Unfähigkeit der Bureaukratie, auch nur eine einfache Enquete über die Arbeitszeit in einem bestimmten Gewerbe durchzuführen, auf die Finger gesehen werden.

Bekanntlich wurde die Erhebung von vornherein auf 10 pCt. aller Bäckereibetriebe im Reich beschränkt — soviel Arbeit und Geld, als die vollständige Erforschung gekostet hätte, kann natürlich der heutige Staat für die Arbeiter unmöglich anwenden! Um nun aus den ins Auge gefaßten 10 pCt. wenigstens einigermaßen ein richtiges Bild zu gewinnen, sollten in jedem Bundesstaat kleine, mittlere und große Ortschaften ausgewählt und in diesen sämtliche Bäckereibetriebe wegen ihrer Arbeitszeit befragt werden; nur in den Großstädten sollte die Ermittlung auf einen Stadtbezirk beschränkt bleiben. Was ist aus diesem an und für sich schon so beschränkten Programm, nach dem bei richtiger Ausführung wenigstens einiges Typische hätte erhoben werden können, unter den Händen der Verwaltungs-Behörden und Polizei-Organen geworden? Ein reines Herrbild! Zunächst enthält das amtliche Schriftstück nicht ein einziges Wort darüber,

welche Bezirke in den Großstädten denn nun für die Erhebung ausgesucht werden. Nun muß man beachten, daß sich gerade die Arbeitsverhältnisse der Bäckerei in den Großstädten als außerordentlich verbesserungsbedürftig herausgestellt haben, daß es also von besonderer Wichtigkeit ist, zu wissen, welche Bezirke dieser Großstädte das Ergebnis lieferten. Es geht eben nichts über die offizielle statistische Weisheit. Aber weiter! In einem großen Theile Deutschlands haben sich die Behörden einen Pfifferling um das System der Stichproben gekümmert. In Sachsen-Weimar hat man mit fähigem Griff einfach die Stadt Apolda herausgenommen, dort die Bäder befragt und dann den ganzen übrigen „Staat“ für die Erhebung unter den Tisch fallen lassen; ebenso in Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt und — least not last — in Reuß jüngerer Linie, wo man überall nur eine einzige Stadt in die Ermittlungen einbezog. Gerade diese Staaten weisen aber auch außerhalb der einzigen Stadt, die für jeden ausgewählt wurde, interessante Verhältnisse auf: Bäckereien, die unter halb ländlichen und halb städtischen Verhältnissen existieren und deren Arbeiterlage doch nicht einfach nach den Ermittlungen von anderswo beurtheilt werden kann. Es wäre sogar möglich, daß die Weglassung von grossen ausgedehnten ländlichen Gebietsheile die Ergebnisse geradezu gefälscht hätte, die auf eine längere Arbeitszeit in den Großstädten hinauslaufen. Hinzukommt, daß auch anderswo, in Baden, Hessen und der Provinz Sachsen in kleineren Orten nicht alle Betriebe befragt wurden, weil — die Fragebogen nicht anreichten. In Halle und Nürnberg haben die Ortsbehörden auch ohne diesen Grund, einfach willkürlich, die Fragebogen nur an eine ganz beschränkte Zahl von Betrieben ausgegeben. Das Schönste passierte aber in Lübeck. Hierüber heißt es im amtlichen Bericht: „Bezüglich Lübecks ist zu bemerken, daß nach dem Verteilungsplan“ (der auch schon beim Mangel jeglicher Berufsstatistik auf ganz willkürlichen Schätzungen aufgebaut war! D. W.) „dorthin 40 Fragebogen entfielen. Da aber mehr als 40 Bäckereien dort vorhanden sind, wurde für Lübeck, obwohl es nur 63 500 Einwohner hat, das für Großstädte vorgezeichnete Verfahren angewendet und als Erhebungsbezirk das Johannisquartier gewählt. Bei der Einsammlung der Fragebogen“ (bei der Verteilung hatte es die Polizei also gar nicht gemerkt!! D. W.) „stellte sich jedoch heraus, daß in diesem Stadtteil nur 12 Bäckereien mit Gehilfenbetrieb vorhanden seien, und da es an Zeit (!) für Erweiterung die Erhebung fehlte, so blieben 28 Fragebogen unbenutzt“. Der Sinn dieser kläglichen Mitteilung ist also: man hatte sich von Anfang an in der Zahl der Lübecker Bäckereien ganz gehässig verrechnet; als dies bei der falschen Beschränkung die Ermittlungen auf einen Theil der Stadt herauskam, fehlte es aber an — Zeit und man ermittelte also noch weniger, als

selbst bei der Erhebung nach dem ersten Plane ermittelt worden wäre — jeder Kommentar ist wohl überflüssig! Und ähnlich ging es überall: hier wurden zu viel Arbeitgeber, dort zu viel Arbeiter gefragt, hier erhielten überhaupt nur Meister den Fragebogen, dort ließ die Ortsbehörde die Fragebogen statt durch die Interessenten durch die — Schulente ausfüllen, in anderen Fällen waren die Fragebogen von den Meistern angefüllt und von den Arbeitern nur unterschrieben. Kurz — man muß den amtlichen Bericht selbst lesen, um einen Begriff von dem Unsinn zu bekommen, den die deutsche Bureaukratie bei dieser angeblichen Arbeiter-, recte Schuhmanns-Enquete geleistet hat.

Man will jetzt durch nachträgliche mündliche Vernehmungen einen Theil der Ungereimtheiten wieder gut machen, die bei dem schriftlichen Verfahren vorgekommen sind. Auch darüber hält man wieder lange Erörterungen für notwendig — als wenn es kein altbewährtes englisches Enqueteverfahren gäbe! Was da wohl herauskommen wird! Die Lehre des Ganzen aber heißt: der bürgerliche Staat besitzt noch nicht einmal diejenigen Organe, welche geeignet sind, ihn vollständig und wahrheitsgemäß über die Arbeitsverhältnisse des größten Theils seiner Bevölkerung aufzuklären. Er steht geradezu die Berührung mit den Arbeitervertretungen, und er wird wohl so lange Statistik stümpern, bis die Zeit zu Statistiken längst vorüber ist.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Februar.

Der Militarismus unterliegt dem Zwangsgeetze der Konkurrenz, er ist genöthigt, die Fortschritte der Waffentechnik sich zu eigen zu machen und auf Kosten der Steuerzahler ungezählte Millionen für jede neue Verbesserung auf diesem Gebiete zu verpulvern. In der Marine wettersert die Ausbildung des Geschützbauers mit der Konstruktion immer gewaltigerer und widerstandsfähigerer Panzerplatten. Hat die Ingenieurkunst eben einen Panzer geschaffen, der gegen die Durchschlagkraft bestimmter Geschosse gesichert scheint, stürzt werden neue Geschosse hergestellt, die mit Leichtigkeit die angeblich schufsfeste Stahlhülle durchbohren. In der französischen Marine agitiert sich her vorrortragende Fachmänner gegen große Panzerschiffe, die den Melinitgranaten nicht Widerstand leisten können. Man solle statt dessen rasche Kreuzer, Torpedoboote, Mörserboote zum Bombardement friedlicher Küstenstädte und unterseeische Fahrzeuge bauen. Die „Vossische Zeitung“ bemerkt dazu: „Diese Ausführungen verdienen auch in Deutschland auf ihren Werth sehr genau geprüft zu werden, und sie mahnen zur Vorsicht allen Projekten gegenüber, welche auf eine Vermehrung der großen Panzerschiffe hingingen.“ Wie die Verhandlungen im Plenum des Reichstags und in den verschiedenen

### Feuilleton.

Wachsthum ostböhmen.)

[17

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Steynial.

Autorisierte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Kapitel VII.

Repin sinnt über die Zukunft seiner Tochter nach.

Sina und Wassilij Werchibylj reiste nach Dubrawnit ab. Einige Tage später kam ein Brief an, welcher ihre sichere Ankunft ankündigte.

Nach zehn Tagen kam ein anderer Brief von Sina, welcher berichtete, daß die Angelegenheit in vollem Gange war, und daß binnen Kurzem die Rechnung beglichen werden würde. Es war aber der Zeitpunkt dieser Abrechnung noch nicht beschloffen. Das Lange und Breite der Sache war, daß der Beamte, welcher diese infame That anbefohlen hatte, als er die Nachricht seines Todesurtheils empfing, von solch grenzenloser Furcht ergriffen wurde, daß er die Stadt sofort mit Urlaub, welchen er unter dem Vorwande einer plötzlichen Krankheit erhielt, verließ. Nach einem Monat wurde es ruchbar, daß er den Dienst in der Justiz ganz aufgegeben habe.

Den Genossen in Dubrawnit blieb, so wüthend sie gegen ihn waren, nichts übrig, als ihn sich selbst zu überlassen. Bei den Terroristen ist es unbedingtes und unvor-

sehliches Gesetz, einen Beamten, der aus eigenem Antriebe aus dem Wege geht, und aufhört gefährlich zu werden, auf keinen Fall um der bloßen Rache willen niederzustrecken. So entgingen einige Feiglinge ihrem Schicksale.

Doch die Leute, die zu dem Werk der Rache zusammengebracht waren, zerstreuten sich nicht. Da sie einmal da waren, Hauptquartiere, Schildwachen hatten und sonst alles bereit war, wurde der Vorschlag gemacht, das weit schmerzere Werk — die Befreiung der drei Revolutionäre — Boris und seiner beiden Gefährten Lewschin und Klein zu unternehmen, welche ihrer Verurtheilung in dem Gefängnisse zu Dubrawnit entgegen sahen.

Sina schrieb zu diesem Zwecke an die Genossen in St. Petersburg, die diesen Vorschlag gerne billigten und versprachen, die Abtheilung von Dubrawnit mit Geld und, wenn es nöthig wäre, mit Mannschaften zu unterstützen.

Andrej erwartete jeden Tag nach Dubrawnit gerufen zu werden, aber er wunderte sich nicht, daß eine Woche nach der anderen verging, und er noch auf seinem alten Plage war. Man war überein gekommen, daß Sina, welche die Leitung der Vorbereitungen auf sich genommen hatte, ihn nicht eher rufen sollte, als bis der entscheidende Moment des Handelns nahe war, und er wußte aus eigener Erfahrung, wie schwer Anschläge dieser Art zu organisiren sind. So verging der Sommer, ohne etwas Besonderes aus Dubrawnit zu bringen.

In St. Petersburg war es so schwül, wie gewöhnlich um diese Jahreszeit. Die brennende Hitze des kurzen Sommers, welche durch ihren schneidenden Kontrast zu dem übrigen Theil des Jahres um so fühlbarer ist, zieht aus der stidenden und miasmatischen Stadt alle hinweg, die die Mittel haben, sich einen frischen Lufthauch zu verschaffen. Die Sommeraison ist diejenige, in welcher, in Russland

alle Stände zur Arbeit oder zur Erholung den grünen Gefilden zueilen. Dies ruft eine allgemeine Erschlaffung der Spannkraft auf allen Gebieten des geistigen und sozialen Lebens der Hauptstadt hervor. Die revolutionäre Bewegung schlummert, wie alles andere während der heißen Jahreszeit, da ihre Kämpfer weit und breit über das Land verstreut sind.

Der Sommer, in welchem die auf diesen Seiten beschriebenen Ereignisse vorfielen, verstrich weniger arbeitslos wie gewöhnlich. Dies war hauptsächlich der ausgedehnten Propaganda unter den Arbeitern zuzuschreiben, welche sowohl im Sommer als im Winter immer zahlreich in der Hauptstadt vertreten sind.

Diesem Werke widmete sich Andrej, so lange seine Dienste nicht anderweitig in Anspruch genommen wurden, mit voller Energie. Ein beträchtlicher Theil seiner früheren Thätigkeit war der Propaganda unter den Arbeitern gewidmet. Er hatte in ihren Reihen viele Bekannte, von denen noch einige früher in der Stadt waren und ihn als alten Freund bewillkommten. In vierzehn Tagen war Andrej mit seiner Aufgabe und seinen Deuten vertraut geworden. Die Arbeiter liebten ihn wegen seiner ersten Einfachheit und Gründlichkeit, und lauschten gern seinen nüchternen, ungeschminkten Worten. Andrej fühlte sich keineswegs bei ihnen wie zu Hause, und die Propaganda unter ihnen war auch die Arbeit, die ihm am meisten zusagte. Hierin bildete er den wahren Gegensatz zu Gregor, der unter den Studenten und gebildeten Leuten, bei denen seine glänzenden Eigenschaften die beste Wirkung hervorbrachten, einen ihm zuzugenderen Wirkungskreis fand.

Es war ein herrlicher Sonntag Nachmittag in der ersten Hälfte des August; Andrej kehrte von einer Arbeiter-

Militärkommissionen dargelegt haben, ist auch die deutsche Flotte von einem „Typ“ zum anderen übergegangen, löstspielige Bauten waren in kürze durchaus werthlos, und auch bei uns wird schon der Wettbewerb den Uebergang zu den modernsten Konstruktionen erzwingen. Alles aus der Tasche der großen Masse, Alles auf Kosten des werththätigen Volkes! —

**Die Novelle zum Militär-Pensionsgesetz**, welche, wie bereits gemeldet, nunmehr dem Reichstage zugegangen ist, schlägt für die Militärpersonen der Unterklassen (siehe die „Begründung“ des Entwurfs S. 16 ff.) folgendes vor. Die Kriegszulagen für Mannschaften sollen von 6 auf 9 Mark monatlich erhöht werden. Da Ende März 1890 82 921 Invaliden aus dem Kriege 1870/71 in den unter preussischer Militärverwaltung stehenden Contingenten die Kriegszulage bezogen, so bedingt die Erhöhung der Kriegszulage für diese Invaliden eine jährliche Mehrausgabe von 1 163 556 M., rechnet man hierzu das sächsische, württembergische, bayerische Contingent, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von 1 604 010 M. Infolge des allmählichen Aussterbens der Kriegsinvaliden von 1870/71 werden sich diese Ausgaben von Jahr zu Jahr verringern und „insofern nicht inzwischen ein neuer Krieg ausbricht“, nach etwa einem Vierteljahrhundert ganz wegfallen. Eine Mehrausgabe von zunächst 108 000 Mark kommt auf die Erhöhung der Zulagen für Nichtbenutzung des Zivildienstverordnungscheins von 9 auf 12 Mark pro Monat, sie tritt für die Invaliden ein, die keine Bestimmungszulage erhalten. Eine rückwirkende Kraft hat diese Erhöhung nur für solche Invaliden, welche am Kriege von 1870/71 theilgenommen haben oder seit diesem Kriege durch eine militärische Aktion oder durch Seereisen invalide geworden sind. In Zukunft soll diese Zulage bei Nichtbenutzung des Zivildienstverordnungscheins gedehnt, wenn der Invalide zur Zeit der Anerkennung des Anspruchs auf den Zivildienstverordnungschein unfähig zur Benutzung desselben ist, oder wenn diese Unfähigkeit innerhalb eines Jahres nachher sich ergibt. Aufgehoben werden soll ferner eine Beschränkung bei der Bemessung der Pensionsberechtigung für diejenigen Invaliden der Unterklassen, deren Invalidität erst nach der Entlassung oder bei Kriegsinvaliden nach einer bestimmten Frist anerkannt wird. Diese Bestimmung enthält eine große Härte gegenüber denjenigen Soldaten derselben Kategorie, welche — selbst wenn sie sich vor dem Feinde besonders ausgezeichnet — zwar eine Verwundung nicht davon getragen, aber infolge anderer Leiden, welche sie sich lediglich durch die Kriegstrapazen zugezogen haben, in einem vielleicht noch beklagenswerteren Zustande sich befinden, als wenn sie verwundet wären. Aber auch den Friedensinvaliden gegenüber kann dieser Paragraf nicht mehr aufrecht erhalten werden. Rückwirkende Kraft soll diese Bestimmung nur haben für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits vorhandenen Invaliden, welche unter das Gesetz vom 27. Juni 1871 fallen. — Große Ansprüche an die Steuerzahler macht die Bestimmung des Entwurfs, wonach die Einkommenssätze erhöht werden, bis zu welchen die im Zivildienst angestellten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften ihre Pension fortziehen dürfen. Die Mehrausgabe beträgt für Offiziere im ersten Jahre 167 400 M. und im Beharrungszustand 208 500 M., für Mannschaften im ersten Jahr 1 300 000 M. und im Beharrungszustand 2 140 000 M. Es soll die Kürzung der Pensionen erst eintreten, wenn Pension und Zivileinkommen den Betrag überschreitet für

Premier- und Sekondelieutenants von 3000 M.	
Feldwebel . . . . .	1200
Gemeine . . . . .	500
Unteroffiziere von zwölfjähriger Dienstzeit . . . . .	1400

Ferner sollen Offiziere bei Anstellung im Gemeindedienst eine Kürzung der Pensionen nicht mehr erleiden. Zum Schluß soll die den Reichs- und Staatsbehörden obliegende Verpflichtung zur Anstellung der Invaliden auch auf die Gemeindebehörden ausgedehnt werden, und zwar so, daß nicht bloß Invaliden, sondern überhaupt Militärinvaliden anzustellen sind. Moloeh Militarismus beutelt nicht bloß unmittelbar das Volk aus, er verschärft auch den Kampf ums Dasein für das „Zivil“, indem er für die Militärinvaliden gegenüber

versammlung des Wyborg-Distrikts, seinem Arbeitsfelde, zurück. Als er die Vitainy-Brücke erreichte, sah er auf die Uhr. Es war sechs, und er begann zu erwägen, ob er die Neva überschreiten und nach seiner Wohnung zurückkehren oder einen Omnibus nehmen sollte, der ihn in ungefähr einer Stunde an die Thür von Repin's Sommerwohnung am schwarzen Flusse bringen würde. Die Zeit und der Tag waren zu einem Besuche geeignet. Doch hatte er einige Bedenken, ob er dem heftigen Wunsche, dort hinzugehen, nachgeben sollte oder nicht. In der letzten Woche war er zweimal bei Repin's gewesen und es war entschieden weit klüger, nicht sobald wieder hinzugehen. Die Wolken, welche sich vor zwei Monaten um Repin's Haupt zusammengezogen hatten, waren vorüber gegangen. Nowakowsky war, da die Dubrawnit'sche Polizei seine kompromittirenden Verbindungen nicht entdeckt hatte, freigelassen worden. Repin wurde nicht weiter belästigt und sein Haus war so sicher, als das eines Russen eben sein kann.

Doch der Besuch eines „Illegalen“ ist schon an und für sich gefährlich und darf nicht zu oft wiederholt werden. Andrej beschloß vorsichtig zu sein und nach Hause zu gehen, obgleich sein Zimmer ihm jetzt sehr einsam und traurig erschien. Er ging der Brücke zu, überschritt den Fluß und überlegte sorgfältig, was er thun würde, wenn er zu Hause angelangt wäre. Dies war aber reine Heuchelei, denn er wußte sehr gut, daß er nicht nach Hause ging. Als er ans Ende der Brücke kam und den Omnibus, der nach dem schwarzen Flusse führte, auf sich zukommen und einen Steigplatz auf demselben frei sah, sicherte er ihn sich hastig, indem er sich scharfsinnig sagte, daß, da es Sonntag war, der nächste Omnibus vollgepackt sein würde.

Man muß nicht übervorsichtig sein; es verdirbt die Saune, dachte er. In den Vorstadtdistrikten ist die Polizei so sorglos, die Bewachung so schlaff und das Leben so ungestört. Ein Besuch mehr kann nichts schaden, und besonders am Sonntag werden von der Stadt immer Gäste erwartet.

Die Versammlung, welche Andrej soeben verlassen hatte, war eine sehr erfolgreiche gewesen. Eine neue Abtheilung hatte sich in einer der größten Fabriken der Nachbarschaft

den bürgerlichen Bewerbern Vorrechte schafft und eine Gunstpolitik treibt, von welcher er bei den Wahlen und im öffentlichen Leben überhaupt einen Dank mit Inzessenz erwartet. Das auf dem Kasernenhof gedrückte Menschenmaterial wird in alle Berufskreise, in alle öffentlichen Thätigkeiten eingesetzt, um so den herrschenden Klassen willfährige Werkzeuge, regierungstreue Stimmen und lokale Gesinnung zu sichern. Ein Rechenexempel, das am Ende doch falsch ist! Den Militärinvaliden soll die Militärdienstzeit bei Ermittlung der Pension als pensionsfähige Dienstzeit in Anrechnung gebracht werden, wenn und insofern nach Landesrecht die Zeit angerechnet wird, welche im Zivildienst vor Erlangung einer festen, mit Anspruch oder Aussicht auf Pension verbundenen Anstellung verbracht wurde. Landesrechtliche Bestimmungen, welche hinsichtlich der Anrechnung der Militärdienstzeit günstiger sind, bleiben unberührt. — Die Unteroffiziers-Prämien, die der Reichskanzler als notwendiges Stärkungsmittel für den Kampf gegen — den inneren Feind empfahl, werden durch Art. 18 des Entwurfs eigenartig in Erinnerung gebracht. Da heißt es: „Der Anspruch der Unteroffiziere auf die ihnen bei ihrem Ausscheiden gewährten Dienstprämien kann mit rechtlicher Wirkung weder verpfändet, noch übertragen, noch gepfändet werden. Auch ist bei Unteroffizieren während dreier Monate nach Auszahlung der Prämie ein dieser gleichkommender Selbstbetrag der Pfändung nicht unterworfen. Die im Absatz 2 und 3 festgesetzten Beschränkungen der Pfändung finden keine Anwendung auf die im § 749 Absatz 4 der Zivil-Verordnung bezeichneten Forderungen der Ehefrau und der ehelichen Kinder des Schuldners.“ In der „Begründung“ (S. 28) heißt es: „Hinsichtlich des Ausschlusses der Pfändbarkeit der Unteroffiziers-Dienstprämien wird bemerkt, daß vor deren Bewilligung ein pfändbarer Anspruch überhaupt nicht besteht, weil der Etat, in dem sie zum Anschluß gekommen sind, Privatrechte nicht begründet.“ Wir fürchten, auch diese Prämien sind kein Schutz gegen den „inneren Feind“.

**Die Agrarier** toben jetzt im Landtage und im Reichstage. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde heute die gestrige Debatte fortgesetzt. Der freikonservative Abgeordnete Popelius protestirte gegen die Abfertigung, die ihm im Reichstage durch den Reichskanzler zu Theil geworden. Herr von Caprivi hatte nämlich den beim Abschluß der Handelsverträge thätigen Geheimrath Huber gegen die „unqualifizierbaren Verdächtigungen“ des Herrn Popelius verteidigt. Der Angriff des Abgeordneten von Kardorff gegen die Kohlenringe in einer früheren Sitzung fand heute eine Erwidern vom nationalliberalen Abgeordneten Schmieding, der den Kohlenring als ein höchst wohlthätiges und gemeinnütziges Unternehmen pries. Wenn man von einem Ring spricht, fragte er, was ist denn die königliche Bergwerksverwaltung anderes als ein großartiger Ring? Diese Bemerkung ist eines Königs Stimm würdig. Ob der Staat einen Gewinn einsteckt, oder ob ein Paar Geldprozen — das ist doch dasselbe. Freilich, der Staat hat durch seine Begünstigung der agrarischen Junler und des industriellen Progenthums die Unverschämtheiten des Herrn Schmieding wohl verdient.

**Die Reichstags-Erwahl** im Wahlkreise Opper-Mechede-Arnberg für den verstorbenen Abg. Peter Reichensperger ist auf den 20. März anberaunt.

**Reichstags-Kandidatur.** Unsere Parteigenossen im 17. hannoverschen Wahlkreis (Garburg) haben beschlossen, den Schuhmacher Baerer für die nächste Reichstags-Wahl als Kandidaten aufzustellen. Garburg ist z. B. von einem Nationalliberalen im Reichstag vertreten, und früher waren dort die Welfen sehr stark vertreten, das nächste Mal wollen aber unsere Genossen den Nationalliberalen die Hölle ordentlich heiß machen.

**Deutschland an der Wende des 19. Jahrhunderts.** Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Würzburger Journal“ ist Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden, weil derselbe bei einem Hoch auf Prinzregent und Paps in einer ultramontanen Versammlung sitzen geblieben ist.

Ob Tacitus heute noch seine „Germania“ schreiben würde, wenn er dies läse? —

gebildet. Die Aussicht war eine glänzende, und er war geneigt, alles mit dem Auge eines Optimisten zu betrachten.

Durch das geöffnete Fenster konnte er die Passagiere wie Haringe in einer Tonne zusammengedrückt, die Kinder auf dem Schooß der Eltern sitzend, sehen. Die meisten von ihnen waren in Sonntagskleidern und ein gewisser Feiertagszug lag auf ihren Gesichtern. Schreiber, kleine Handelsleute und niedrige Beamte, die sich den Luxus eines Sommeraufenthaltes außerhalb der Stadt nicht gewöhnen konnten, bemuhten das schöne Wetter zu einem Ausfluge. Andrej erinnerte sich, daß an den Sonntagabenden im Park Musik war. Tania werde jemanden brauchen, der ihr Gesellschaft leistete, da ihr Vater an den Abenden arbeitete. Wenn nicht Krivolowsky sich auch unglücklicher Weise einfinden würden sie wohl einen köstlichen Abend verbringen.

Seitdem sie sich vor zwei Monaten zum ersten Mal getroffen hatten, verging kaum eine Woche, ohne daß er Tania gesehen hätte, — zuerst durch einen Zufall, dann bei Gelegenheiten, die zu glücklich waren, um ganz zufällig zu sein. Seitdem Repin's nach dem schwarzen Flusse gezogen waren, trafen sie sich sehr häufig. Die verhältnismäßige Freiheit, welcher sich die Einwohner dieses Sommeraufenthaltes erfreuen, gestattet es etwas mehr die strengen Vorschriften des gewöhnlichen Stadtlebens außer Acht zu lassen. Den größten Theil der freien Abende verbrachte Andrej bei Repin oder Lena Subowa. Sie hatte ein kleines Zimmer in der Nachbarschaft für die Sommermonate gemiethet und Tania war ein häufiger Gast bei ihr. So sah Andrej das Mädchen sehr oft.

Er war ihr so sehr durch Lebenserfahrung überlegen, daß dieses neunzehnjährige Mädchen ihm fast ein Kind schien. Aber in ihren Bestrebungen und Neigungen und ihrer ganzen Geistesrichtung bestand eine Verwandtschaft, welche den Umgang mit ihr für ihn zu einem höchst fesseln- den gestaltete. Er hegte keine Befürchtung, daß diese Vertraulichkeit mit einem reizenden Mädchen je seinen Gemüths- frieden gefährden würde. Was sie anbetriß, so stand das außer Frage, er hatte nichts an sich, das die Einbildungskraft hätte fesseln können.

(Fortsetzung folgt).

**Samiel, hilf!** Zwar ist die Sozialdemokratie durch die Zukunftsstaats-Debatten „getödtet“, aber der „todte“ Gegner geht um und erschreckt die braven Ordnungspolitiker. Sind doch die Massen, welche dem Sozialismus sich ergeben haben, so ungläubige Thomaße, daß sie an die Todesnachricht gar nicht glauben. Hier muß Wandel geschafft werden. Lesen die Arbeiter erst die Reichstagsreden im Wortlaut, dann wird Eugen Richter kanonisiert und Männlein und Weiblein waffensam zum heiligen Interdikt der Spar-Kasse. Darum erläßt der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, jener berufene Unternehmervorband der Baare und Genossen, folgendes Rundschreiben, das ein Ohngefähr auf unseren Schreibtisch geweht hat:

Kopie eines Zirkulars des Vereins zur Wahrung z. z. an seine Mitglieder.  
Düsseldorf, 10. Februar 1893.

Am die ergebenst unterzeichnete Geschäftsführung ist in den letzten Tagen mehrfach die Anregung ergangen, eine Ausgabe der sozialdemokratischen Zukunftsstaat betreffenden jüngsten Reichstagsreden zwecks Vertheilung unter die Arbeiter unserer industriellen Werke zu veranstalten. Inzwischen hat die Sam. Lucas'sche Verlags-handlung diesen Gedanken bereits in die Wirklichkeit überseht und bietet in dem beifolgenden Rundschreiben so billige Preise für Massenbestände an, daß wir das Unternehmen unsererseits nur auf das wärmste empfehlen können. Wir ersuchen demgemäß die Mitglieder, sich bei Bedarf direkt mit der Firma Sam. Lucas in Elberfeld in Verbindung setzen zu wollen.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen.

Die Geschäftsführung:  
(gez.) Dr. B. Deumer,  
Generalsekretär.

Sam. Lucas preist in seinem Zirkular die von ihm für den Massenverkauf hergestellte Waare nach Gebühr an, fast so geschäftskundig wie Herr Richter seine literarischen Machwerke. Da ist die Rede von der „Haltlosigkeit der sozialdemokratischen Zukunfts-Ideen“ von dem „Unvermögen bei sozialdemokratischen Führer über ihr Endziel ab . . . Aufschluß zu geben.“ Aber „es geht doch ein Ausdruck des Bedauerns durch die gesammte Presse und findet Widerhall der allen Gegnern der Sozialdemokratie, man befürchtet, der irreführende Arbeiter werde von der Niederlage der sozialdemokratischen Führer nichts erfahren, weil die Organe der Sozialdemokratie ihm das Ergebnis der Verhandlung verschweigen oder entstellen werden.“ „Ich habe mich deshalb“, sagt Sam. Lucas, für den der Buchhändlerprofit natürlich gar keine Bedeutung hat, „deshalb entschlossen“, sämtliche Reden nach dem stenographischen Reichstagsbericht herauszugeben unter dem Titel: „Der sozialdemokratische Zukunftsstaat vor dem Deutschen Reichstag.“ Nun werden den verführten Arbeitern die Augen aufgehen, der Verein mit dem langen Namen rief nicht umsonst sein: Samiel, hilf! Wenn, ja wenn nur die „Irreführer“ nicht dächten: „Getretener Quark wird breit, nicht stark“, trotz aller Deumer und Lucase!

**Aus dem antisemitischen Lager.** Wegen Wieder- veröffentlichung der zum zweiten Male gerichtlich beschlagnahmten Druckschrift: „Eine Protesteingabe“ ist wider den Ingenieur Karl Paasch ein neues Verfahren wegen Verleumdung des Justizministers von Schelling eingeleitet worden. Bekanntlich war der erste Strafantrag vom Minister zurückgezogen worden, und zwar unter Uebernahme der entstandenen Kosten.

**Verkauf von Spirituosen an Nordseefischer.** In Haag ist am 14. d. M. das zwischen den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Deutschland und England vereinbarte Protokoll betreffend die Ausführung der Uebereinkunft vom Jahre 1887 über den mißbräuchlichen Verkauf von geistigen Getränken unter den Nordseefischern unterzeichnet worden.

**Es giebt noch Richter in — Stettin.** Das gegen unsern Genossen Herbert in Stettin wegen angeblicher Beleidigung der dortigen Offiziere eingeleitet gewesene Verfahren ist eingestellt worden. Das Landgericht hat, wie der „Volksbote“ mittheilt, nicht gefunden, daß Herbert die Offizierssehre verletzt hat. Seine Behauptung, daß ein sozialdemokratischer Redakteur über etwas mehr Wissen verfügen müsse, als ein Offizier habe, enthalte für den deutschen Offizier keineswegs den Vorwurf der Unwissenheit oder des mangelnden Wissens. Denn selbstredend, wie ja jeder Beruf sein eigenes Wissen erfordere, sei das Wissen eines Redakteurs, und zumal das eines sozialdemokratischen, wegen seiner besonderen Parteibestrebungen, ein ganz anders geartetes als das eines deutschen Offiziers. Außerdem hat das Gericht den Strafantrag des Generalkommandos des 2. Armeekorps nicht für ausreichend erachtet, weil sich in der Notiz keine Beziehung zu den Offizieren der Garnison Stettin ergiebt.

**Oesterreichisches.** Bei den Wahlmännerwahlen für die bevorstehende Reichsrathswahl in den Reichenberger Landgemeinden drangen in Schumburg und Albrechtstorf die sozialdemokratischen Kandidaten durch, in anderen Orten verfügen sie mindestens über eine starke Minderheit. In Nordböhmen, besonders in dem Brennpunkt des Textilerwerbes, dem Reichenberger Bezirk, hat die Arbeiterbewegung tiefe Wurzeln geschlagen. Trotz des jämmerlichen Wahlsystems ist ein bemerkenswerther Erfolg zu verzeichnen.

**Handwebstuhl und mechanischer Stuhl.** Ueber die Verdrängung des Handwebstuhles durch den mechanischen Stuhl enthält der soeben für das Jahr 1892 erschienene Bericht der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft bemerkenswerthe statistische Mittheilungen. Danach ist die Zahl der von der Zürcherischen Industrie beschäftigten Handwebstühle, welche in der Periode 1871/81 von 27 531 auf 30 398 gestiegen war, im Jahre 1892 auf 20 625 zurückgegangen, eine Zahl, wie sie vor einem Vierteljahrhundert vorhanden war (1867: 18 605, 1868: 22 103). Die Zahl der mechanischen Webstühle, welche vor 25 Jahren ca. 500 betrug (1867: 400, 1868: 600), ist inzwischen auf 7173 gestiegen. In den letzten drei Jahren haben die Handwebstühle um 11 pCt. zugenommen. Von den rund 20 000 Handwebstühlen fallen 11 000 auf den Kanton Zürich, 9000 auf andere Kantone (Aargau und Bern, Jura, Schwyz und Ob- u. Nidwalden). Die Zürcherische Seidenfabrikation beschäftigte rund insgesammt 37 000 Arbeiter (Weber 24 500, Hilfsarbeiter 10 500; die größere

Zahl dieser beiden Kategorien gehörte dem weiblichen Geschlecht an; dazu 1620 Färber und Appreture, sowie 1000 Angestellte auf Kontor und Ablieferungsstufe. Die Arbeiter für Gaze (Mahlbrotstoffe) sind hier mitgezählt, so weit sie für Häuser in Zürich arbeiten. Dagegen ist die Bandfabrikation, Seidenweberei und Floretzpinnerei in diesen Zahlen nicht einbezogen. Die Zahl der Fabrikationshäuser (Firmen) hat sich wieder um etwas vermindert. Diefelbe beträgt nur halb so viel (73), als im Jahre 1835 (140). Die stärkste Verminderung erfolgte in den sechziger Jahren. Die fabrizierten Stoffe hatten 1891 einen Gesamtwert von 91 Mill. Franken, wovon 71 Millionen Export in Gausseide und ca. 16 Millionen in Halbside. Der Verbrauch im eigenen Lande mag zwischen 4 und 5 Millionen betragen.

In den Vereinigten Staaten waren 1890 in der Seidenindustrie 51 000 Arbeiter und 24 216 Webstühle (22 569 mechanische und 1647 Handwebstühle) beschäftigt. Die Verdrängung und Vernichtung der Handweberei ist in Amerika gar nicht nötig, weil sie nur einen bescheidenen Umfang zu erreichen vermochte, während in der alten Welt dieser Prozess eine ebenso langwierige wie folgenschwere Periode durchlaufen muß. „Amerika, Du hast es besser.“

In Spanien bereitet sich wieder einmal eine Krise vor. Jüngst hieß es dort, irgendwo seien wieder „Anarchisten“ aufgetaucht — das heißt, aus dem spanischen Polizei- und Regierungstil in richtiges Deutsch übersetzt: Die Regierung fürchtet sich. Und sie hat auch Grund. Das dünne Häufchen, an dem die Monarchie hängt, ist noch dünner als das Häufchen, an dem das Leben des wieder erkrankten Königs hängt. Und von allen Seiten wird daran gezerrt. Nach den jüngsten Berichten hatten die Karlisten ein Komplott gemacht, um das Blüthen in ihre Gewalt zu bekommen und seine Mutter — die „Königin-Regentin“ — aus Spanien zu entfernen. Der Plan ist vorläufig mißlungen. Ernsthafter ist die republikanische Bewegung, die seit der Einigung der verschiedenen Fraktionen oder Gruppen einen bedeutenden Aufschwung genommen hat. In allen größeren Städten finden Massenkundgebungen zu gunsten der Republik statt, und jeden Augenblick kann man eines allgemeinen Ausbruchs gewärtig sein.

Nachricht. Telegramme vom heutigen Tag melden schon von „Auribus“ in Granada und Madrid. —

Der dicke Milan ist ein köstlicher Bursche. Erst verhöhrt er durch sein Leben und Reden den Stand seiner Kollegen, wie kein Beaumarchais\*) es je fertig gebracht; und nun verhöhrt er auch den eisernen Welfensfonds-Kanzler, indem er sich eine verleihten Ehre zulegt und Strafformulare en gros und en masse gegen die sündhafte Presse entwendet. Er hat die Frankfurter Zeitung und ein Duzend anderer Blätter verklagt, die über die Komödie spotteten, die Milan ausführte, indem er mit der reichlichen und obenreim im russischen Dienst und Sold stehenden Natalie sich wieder ausgehört und seinen verschiedenen anderen Lieben den Abschied gegeben hat — bis auf weiteres. —

Frankreich. Die französischen Kammerradikalen haben im Bund mit der Regierung beschlossen, daß heute eine Debatte über die allgemeine Politik der Regierung beginnen, und daß sie mit einem Vertrauensvotum für die Regierung enden soll. Ob die Parlaments-Komödie nach Wunsch und Verabredung verlaufen wird, ist freilich die Frage. Außer Zweifel aber scheint es zu stehen, daß das Komplott Cavaignac endgültig gescheitert, und daß auch Constans — bis zu den Wahlen wenigstens — bei Seite geschoben ist. Was nach den Wahlen sein wird, entzieht sich jeder Berechnung. Wie werden sie ausfallen? Wann werden sie sein? Alles dunkel und ungewiß. —

Eine Klaviersteuer hat die französische Kammer auf den Antrag Robert Mitchell und Genossen beschlossen. Jedes Piano soll mit 10 Franks jährlich besteuert werden. Man hat einen Jahresertrag von 6 Millionen Franks (4 Millionen Mark) herausgerechnet. Anstatt solche Steuererträge zu treiben, sollte die Kammer das direkte Steuerwesen von Grund aus umgestalten und die auf den Besitzlosen am schwersten lastenden zahlreichen indirekten Steuern und Abgaben beseitigen. —

Aus Frankreich. Man schreibt uns: Paris, den 13. Februar 1893.

Der neugewählte sozialistische Abgeordnete von Carmaux, Jean Jaurès, ist in diesen Tagen gleichfalls in die Redaktion der „Petite république française“ eingetreten, zu deren hervorragendsten Mitarbeitern Goblet, Millerand, Buisson, Malon und Journière gehören. Mit einem sehr beachtenswerten „Die sozialistische Politik“ überschriebenen Artikel leitet Jaurès seine Thätigkeit in der Redaktion des Blattes ein. Nachdem er die kürzlich so großes Aufsehen erregende Rede des Abgeordneten Cavaignac und die Rath- und Programmlosigkeit des Ministeriums, welche es dahin gebracht habe, daß der Vorkämpfer Drouot in einer gegen den Boulangerismus gewählten Kammer zu den Hauptern der Majorität gehöre, kritisiert hat, fährt er folgendermaßen, auf sein eigentliches Thema übergehend, fort: „In dieser Ungewißheit und in diesem Chaos ist es die erste Pflicht von uns sozialistischen Republikanern, aufzutreten und uns sehr deutlich auszusprechen. Wir haben es gethan und werden es trotz aller Widerstrebens und Mühen bei jeder Gelegenheit thun. Und dann müssen wir angehts dieser möglichen und fast sicheren Vereinigung der Zentrumsfraktionen, gegenüber der wahrscheinlichen Konzentration der gemäßigten und reaktionären Kräfte, alle demokratischen und sozialistischen Kräfte konzentrieren. Unter den Sozialisten scheinen manche mit Ruhe dem bevorstehenden Einbruch der „konstitutionellen Rechte“ (d. h. derjenigen früheren Monarchisten, welche erklärt haben, die Republik als die rechtmäßig bestehende Staatsform anzuerkennen zu wollen) in die republikanische Politik anzusehen; zu jenen gehören wir nicht. Sicherlich wird es möglich sein, durch die Wirksamkeit der versprochenen sozialen Reformen einen Theil der ehemaligen konservativen Gesellschaft, welche die rein politischen Ideen nicht interessiren, direkt zu uns herüberzuziehen. Aber mit den Rekruten des Sozialismus dürfen wir niemals vergessen, daß wir vor allem Republikaner sind. Wäge über diesen Punkt niemals Zweideutigkeit besessen! Auch handelt es sich sicherlich für uns nicht darum, die Radikalen durch Zugeständnisse auf Kosten unseres Programms und unserer Grundzüge zu gewinnen und eine rein politische Agitation anstelle der sozialen zu setzen. Wir haben nichts von unseren Bestrebungen und Auffassungen nachzugeben, um dieselben in den Rahmen der alten radikalen Partei einzutreten zu lassen. Aber die von uns zum Sozialismus gewünschte Gesellschaft der radikalen Partei wird dabei nicht absolut aus der Fassung gebracht und aus ihrem Ideenkreis herausgerissen werden. Sie muß bei uns einige der sehr edlen politischen Bestrebungen wiederfinden, welche

sie zum Radikalismus geführt hatten. Die Arbeiter und Kleinbürger, welche von unseren sozialistischen Systemen noch nicht gewonnen worden sind, die aber demokratischen Instinkt und Sinn besitzen, müssen im Sozialismus mit einer weiteren ökonomischen Auffassung einige ihrer besten Herzensangelegenheiten von gestern wiederfinden. Zeigen wir ihnen deutlich, daß wir die Freiheit um ihrer selbst willen lieben, daß wir uns niemals zu zäsurischen oder literarischen Versuchen bereit finden lassen werden, daß es für uns keine soziale Gerechtigkeit ohne politische Freiheit gibt, daß wir die volle Befreiung der Gewissen und der Gesellschaft wollen, daß uns, wenn wir vor allem die soziale Revision anstreben, die politische Revision nicht gleichgültig ist, da dieselbe ohne Zweifel die notwendige Vorbedingung der ersteren bildet, und daß wir in Erwartung der gänzligen Erneuerung der gesellschaftlichen Ordnung die Selben der Kleinen durch theilweise, fiskalische oder andere, Reformen zu lindern wissen. Wir müssen ohne irgend welche Abkantung oder Vermengung das politische Programm der Radikalen mit dem ökonomischen des Sozialismus verknüpfen, um die ganze Demokratie zu uns zu rufen und der möglichen Koalition der Gemäßigten und der Reaktionen die energische Konzentration der demokratischen und sozialistischen Kräfte entgegen zu stellen.“

Der zweite Kongreß der Arbeitsbörsen Frankreichs wurde Sonntag, den 12. Februar, in Toulouse eröffnet. Schon am Tage vorher waren Delegierte von Paris, Roanne, Saint-Etienne, Lyon, Gette, Montpellier, Cognac, Alger, Nantes u. s. w. eingetroffen. Auf dem Rathsaule wurden sie Sonntag früh feierlich vom Maire der Stadt empfangen und mit einem Ehrenwein bewirthet. Es handelt sich auf dem Kongresse darum, die Beziehungen zwischen den Arbeitsbörsen und den Gemeinderäthen festzustellen, nationale und lokale Straßklassen zu gründen, neue Mittel zur Gründung und Stärkung der Fachverbände zu finden, alle Gewerkschaften zur Stellungnahme zur Maidemonstration zu veranlassen und die Vereinigung sämtlicher Gewerkschaften und ihre Vertretung auf dem allgemeinen Pariser Kongresse im Juli 1893 anzubahnen. —

Der Kongreß der französischen Arbeitsbörsen-Verbände hat gestern seine Arbeiten beendet. Unter den gefaßten Beschlüssen sind noch die beiden hervorzuheben, daß für alle öffentlichen Arbeiten — des Staats, der Departements und der Gemeinden — das Kontrakt- und Submissionsystem abgeschafft, und den Gewerkschaften das Recht der Bewerbung zuerkannt werde; und ferner daß die Regierung Geld für die Entsendung von Arbeitern zur Weltausstellung von Chicago bewilligen möge. —

Malon ist in Cannes (Südfrankreich), wo er um seiner Gesundheit willen seit längerer Zeit weilt, operirt worden. Der Luftröhrenschnitt wurde glücklich vollzogen, und nach den letzten Nachrichten war das Befinden des Kranken so gut, als es unter den Umständen nur sein kann. Die Aerzte hoffen auf volle Genesung. —

Belgien. Die pfäfflich-kapitalistische Kammermajorität, welche sich der Einführung des allgemeinen Wahlrechts widersetzt, hat, wie wir schon vor Monaten sagten, ihre Hoffnungen auf einen, im Blut zu erstickenden Putsch gesetzt. Nun ist es aber eine eigene Sache mit dem „im Blut ersticken“. Von selbst macht sich das nicht; es muß gemacht werden. Und wer soll es machen? Natürlich die Soldaten mit „der Plinte die schießt, und dem Säbel der haut“. Aber da steht der Haken. Werden die Soldaten auch schießen und hauen? Das ist eine Frage, welche die belgischen Reaktionen sich jetzt jagenden Herzens vorlegen. Sie trauen der Armee nicht. Und sie haben recht. Wie General Brialmont, der tüchtigste Militär Belgiens, denkt, das sehen wir dieser Tage. Er ist für das allgemeine Wahlrecht. Und unter den Mannschaften befinden sich sehr viele Sozialisten; insbesondere die Vorkämpfer sind, wie sich das jetzt bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt hat, durch und durch sozialistisch gesinnt, und sie theilen ihre Ideen den älteren Mannschaften mit, die denselben um so zugänglicher sind, als sie miserabel behandelt werden und vom Siege des Sozialismus nur eine Verbesserung ihrer Lage zu erwarten hätten. Die Soldaten und Milizen theiligen sich sehr zahlreich an den Kundgebungen zu gunsten des allgemeinen Wahlrechts, und mit Entsetzen melden die Regierungsblätter, daß die vornehmsten „Stützen des Thrones und Altars“ mit großer Begeisterung die „sozialistischen Revolutionslieder“ mit singen. Das ist allerdings gefährlich. Was soll uns dieser besten der Welten werden, wenn die Plinte nicht mehr schießt, und der Säbel nicht mehr haut? —

Inzwischen wächst die Aufregung im Lande mehr und mehr. Von verschiedenen Orten werden blutige Zusammenstöße zwischen Volksmassen und Gendarmen gemeldet. Und dabei nimmt — infolge der steigenden Noth — die Bewegung der Arbeitslosen einen immer drohenden Umfang an. Kurz alles vereinigt sich in Belgien, um die Krise zu beschleunigen und zu verschärfen. —

England. Die Redeschlacht um die Homerule-Bill tobt fort. Es wäre thöricht, das Ende prophezeien zu wollen. Bei der ersten Lesung wird es wahrscheinlich noch nicht zur Abstimmung kommen, obgleich dies nach englischem Brauch angeht. Die Opposition will im Land, und namentlich auch in dem protestantischen Theil Irlands (der Grafschaft Ulster) einen Agitationssturm entfesseln, und hofft dann sicher zu siegen. Indes alle Berechnungen sind vorläufig in die Luft gemacht. —

Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat das Quarantänegesez in einer Fassung angenommen, wonach der Präsident der Republik ermächtigt ist, die Einwanderung von Passagieren aus infizierten Häfen zu suspendiren und die Einfuhr infektionsverdächtiger Waaren zu verbieten. Die Zentralbehörden haben das Recht, in allen Häfenplätzen, in denen die Lokalbehörden sich säumig zeigen, die nöthigen Maßregeln zur Vorbeugung, Verhütung und Unterdrückung von ansteckenden Seuchen selbst zu treffen. Dem Präsidenten werden für diesen Zweck 350 000 Dollars zur Verfügung gestellt. —

## Parlamentarisches.

Sitzung der Militärkommission. Als erster Redner kommt Ricker auf die Frage der kürzeren Dienstzeit für die berittenen Truppen zu sprechen, die er seitens der Militärvertreter etwas weniger ironisch behandelt sehen möchte, da sie in der That gar nicht so unwichtig sei und über kurz oder lang insofern entschieden werden müsse, ob nicht eine gewisse Arbeitsteilung zwischen Remontierern und eigentlichen Kavalleristen einzutreten habe, um für letztere die kurze Dienstzeit zu ermöglichen. Er wolle jedoch die gegenwärtige Militärvorlage nicht mit der Frage verpacken, wünschere aber irgend eine Ausgleichung, vielleicht dadurch, daß die Kavalleristen eine kürzere Zeit in der Reserve zu dienen hätten, was durch einige organisatorische Änderungen

möglich zu machen wäre. Er wünscht statistische Mittheilungen über Einjährig-, Drei- und Vierjährig-Freiwillige seit 1873. Der Ansicht Ricker's, daß die Anträge Bennigsen's, betr. gesetzlicher Festlegung der zweijährigen Dienstzeit richtiger seien als der Antrag Ricker's, tritt Redner in längerer Rede entgegen.

Gen. v. G o s l e r giebt diverse Aufschlüsse, die jedoch kein wesentliches öffentliches Interesse haben.

Hg. v. d. S c h u l e n b u r g, der für die längere Dienstzeit der berittenen Truppen plaidirt, wünscht auch irgend ein Äquivalent für diese Mehrbelastung, glaubt aber, daß eine finanzielle Entschädigung zweckmäßiger sei, als eine Verfüzung des Reservendienstes. Bei der Truppe aber müsse der Kavallerist drei Jahre bleiben, nicht bloß der Abrihtung der Pferde wegen, sondern weil er drei Waffen handhaben lernen müsse: Säbel, Lanze und Karabiner. — Er appellirt an die gedienten Soldaten in allen Fraktionen, daß wenigstens sie sich in der Bewilligung des Nothwendigen zusammenfinden möchten. Von der Regierung wünscht er, daß sie einer präzisieren Fassung des § 1 insofern zustimme, daß die auf den zweijährigen aktiven Dienst sich beziehenden Worte: „im allgemeinen“ nicht einer Mißdeutung ausgesetzt werden, an einen Mißbrauch seitens der Militärverwaltung glaubt er selbstverständlich nicht.

Dr. Lieber verbeizet sich in einer höchst „stieffinnigen“ Rede, der es gar nicht geschadet hätte, wenn sie ungehalten geblieben wäre, aber die Windthorst'schen Resolutionen, über konstitutionelle Garantien, Verankerung der Präferenzliste mit der Bevölkerungszahl und ähnliche Probleme, sagt aber nichts Neues. Wenn es nach seinen Wünschen ginge, würde die Kommission ungefähr bis Weihnachten zu sitzen haben.

General v. G o s l e r giebt den Windthorst'schen Resolutionen eine der gegenwärtigen Militärvorlage günstige Deutung.

Herr v. S a m m e r s t e i n giebt noch einmal seiner Abneigung gegen die zweijährige Dienstzeit Ausdruck. Stumm konstatiert, daß die dreitägige Debatte über den § 1 zwecklos war.

Singer giebt der Meinung Ausdruck, daß der sozialdemokratische Antrag auf Einführung einer gleichen Dienstzeit für alle Waffengattungen eine sachliche Widerlegung nicht gefunden hat. Im Volke nehme man die Sache nicht so humoristisch, wie von Seiten der Herren Militärvertreter, sondern werde künftig die Aushebung zur Reiterei als eine Art Strafe betrachten. Interessant sei es übrigens, daß die Anregung zu dem nun mehrfach besprochenen Ausgleich, der zu gunsten der Reitertruppen für deren längeren aktiven Dienst wünschenswerth erscheine, lediglich durch den sozialdemokratischen Antrag gegeben wurde. Der Schulenburg'sche Vorschlag wurde auf geradem Wege zum Söldnerheere führen. — Grundsätzlich ist die sozialdemokratische Partei auch gegen die zweijährige Dienstzeit, weil sie dieselbe für noch viel zu lang halte; werde dieselbe aber eingeführt, so müsse die kleine Erleichterung, die darin liege, auch der Kavallerie und reitenden Artillerie zu gute kommen. Werde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, so werden die Vertreter unserer Partei, ohne sich irgend für den Inhalt der Vorlage zu engagiren, für den nächstgünstigen, d. i. vorläufig der Ricker'sche, stimmen.

Graf v. K l e i s t wendet sich gegen Singer, ebenso H i n g e (freil.), welcher sich bezüglich der Dienstzeit der Kavallerie vollständig auf den Standpunkt der Berufs-Kavalleristen stellt und den sachlichen Nachweis für die „Nothwendigkeit“ dreijähriger Dienstzeit der berittenen Truppen für erbracht hält.

Bei der endlich erfolgenden Abstimmung wird der Antrag Ricker-Grillenberger-Singer mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller und des Abg. Hausmann abgelehnt, der Antrag Ricker wird mit allen gegen neun (Freisinnige, Volkspartei und Sozialdemokraten), der Bennigsen'sche mit allen gegen vier (Nationalliberale und Stumm), der Regierungsantrag mit allen gegen fünf (Deutsch-Konservative und Stumm) abgelehnt. Die Kommission steht daher vor einem Vakuum. Schluß der Sitzung 1/2 11 Uhr.

Die nächste Sitzung findet am Montag statt und zwar Vormittags 10 Uhr, wenn Plenarsitzung, um 11 Uhr, wenn keine Plenarsitzung stattfindet.

Die Kommission zur Vorbereitung der lex Heinze setzte heute in 3 stündiger lebhafter Debatte die Verathung über den Pattenarrest-Antrag (§ 16a lex Heinze) fort, kam aber noch zu keinem Resultat. Die nächste Sitzung findet morgen Vormittag statt.

## Parteinachrichten.

Eine Protestversammlung gegen die Militärvorlage ist weiter abgehalten worden in Stade (Referent: Lorenz-Hamburg).

Von der Agitation. Aus Waren wird der „Medien-burgischen Volks-Ztg.“ berichtet: Am 5. Februar unternahm ungefähr 80 Genossen eine Agitationstour nach den umliegenden Landschaften und Dörfern, um daselbst die Broschüre „Gefährde u. s. w.“ zu verbreiten. Wir waren in der angenehmen Lage, nach verschiedenem Material, das wir von Berlin bekommen hatten, verbreiten zu können. Mit Zufriedenheit können wir auf diese Agitationstour blicken, indem die Genossen überall mit Freuden empfangen wurden. Die Leute fragten bei uns an, ob die sozialdemokratischen Abgeordneten denn nichts thun könnten, um dieses Wahlsystem abzuschaffen, denn sie könnten niemals frei wählen, da sie bei der Wahl unter freierer Aufsicht der Gutsherrschaft ständen. Nachdem wir ihnen Klarheit gegeben und ihnen die Uebelstände vor Augen geführt hatten, versicherten sie uns, wenn es wieder zur Wahl gehen sollte, würden sie keinen Konservativen, auch keinen Liberalen, sondern sie würden für den Sozialdemokraten stimmen. Sie theilten noch mit, daß sie von Morgens früh um 4 Uhr bis Abends um 11 Uhr für 50 Pf. arbeiten müßten und klagten auch über die Behandlung. Trotz Einschreitens der Gendarmerie und verschiedener Pächter auf dem Lande, die den Leuten wider die Schriften abgenommen haben, können wir mit dieser ersten Agitationstour zufrieden sein, und die nächste Wahl wird uns zeigen, daß die junkerliche Feudalwirtschaft ihrer Auflösung, wenn auch langsam, entgegengeht.

„Die Zukunftsstaats-Phantasien der Gegner“ lautete das Thema einer am Montag im großen Lindsaale zu Vegesack stattgehabten imposanten Volksversammlung, in welcher der Reichstags-Abgeordnete M e h g e r aus Hamburg referirte. Seine Ausführungen, die häufig von lebhaften Weisfall unterbrochen wurden, fanden, außer bei wenigen Gegnern, allseitige Zustimmung. Zwei Gegner, ein Eisensabrikant aus Vegesack und ein Kontorist aus Blumenthal, suchten die Versammlung gegen die sozialdemokratischen Grundzüge und gegen die Agitatoren, die sich „von den Arbeitergroßchen mähten“, einzunehmen, hatten aber kein Glück, sondern wurden vom Referenten in gebührender Weise heimgeschied. Die Versammlung nahm dann, gegen ein halbes Duzend Stimmen, eine Resolution an, worin sie sich mit den Ausführungen Mehger's in allen Punkten einverstanden erklärt und worin weiter das Geschwäh der Gegner über den Zukunftsstaat als eine verkehrte Spekulation charakterisirt wird.

## Pölkzeiliches, Gerichtliches etc.

Die Entfernung der Frauen aus einer öffentlichen Versammlung hat wieder einmal ein Polizeibeamter, diesmal in Schwabmünchen, verlangt. Er ließ sich auch durch den Hinweis nicht davon abbringen, daß das preussische Vereinsgesez der Frau nur das Verweilen in politischen Vereinen verbiete, sondern drohte mit der Auflösung der Versammlung. Beschwerde wird natürlich geführt.

\*) Der Verfasser von Zigot's Hochzeit.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, 17. Februar.  
**Opernhaus.** Carmen.  
**Schauspielhaus.** Die gelehrten Frauen.  
**Deutsches Theater.** Zwei glückliche Tage.  
**Berliner Theater.** König Lear.  
**Festung-Theater.** Eine Palast-Revolution.  
**Wallner-Theater.** Der Probepfeil.  
**Avoll's Theater.** Undine.  
**Viktoria-Theater.** Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.  
**Residenz-Theater.** Blaubirger, von Strindberg. Familie Pont-Biquet.  
**Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.** Der Gardehufar.  
**Adolph Ernst-Theater.** Modernes Babylon.  
**Thomas-Theater.** Einen Jux will er sich machen.  
**Neues Theater.** Tosca.  
**National-Theater.** Medea.  
**Alexanderplatz-Theater.** Die Waise aus Comodo.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
 Zum 55. Male:  
**Modernes Babylon.**  
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Coupletts theilweise von G. Görs. Musik von G. Stollens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**American-Theater.**  
 Novität! Novität!  
**Der Dussel**  
 (Nulpus)  
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.  
 (Klemm-Edel, Martin Bendix.)  
**Alfred Bender**  
 in seinem neuesten Originalvortrag  
**Der Volksmund in Berlin.**  
 Blank, der beste Bauchredner.  
 Anhaltender Erfolg.  
**Die Trockenwohner.**

**Passage-Panopticum.**  
**Neu!**  
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

**Castan's Panoptikum.**  
 Hagenbeek's gr. zoolog. Wunder:  
**Lili.**  
 kleinfl. lebend. Elefant d. Welt, 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer.  
**Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater.**  
 Grosses Künstler-Konzert.  
 Gänzlich ohne Extra-Entree.

**Kaufmann's Variété**  
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
 Großartiger Erfolg des neuen Programms.  
 Mr. Hendrik, Hugonon, Massias, Clark, Valois, Vason, Hurloy's, Laurence, Türk u. s. w.  
 Das Theater ist gut geheizt.  
 Anfang Wochentags 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf.

**Achtung!**  
 Mittagstisch mit Bier 50, Abendstisch von 30 Pf. an. Angenehmer Aufenthalt. Prinzessinnenstr. 17.

**Circus Renz.**  
 (Karlstraße.)  
 Freitag, den 17. Februar 1893,  
 Abends 7 1/4 Uhr:  
**Auf allgemeines Verlangen**  
 4. Wiederholung der mit so grossem Beifall aufgenommenen  
**Gala-Fest-Vorstellung**  
 v. 27. Januar. **Großer Fest-Aufzug:**  
 1. Festreiten der Ritter u. Edelknechte  
 2. Militärisches Divertissement (Gegenwart), ausgef. v. gef. Personal. Ferner Vorführung von 6 englischen Springpferden durch Direktor Franz Renz.  
 Mr. James Phillis mit dem Schulpferde **Germinale.** Grandes Quadrille de la haute equitation, ger. von 6 Damen und 6 Herren mit 12 der besten Schulpferde, arrang. v. Direktor Fr. Renz.  
 Zum Schluss der Vorstellung:

**Ein Künstlerfest.**  
 Große Ausstattungs-Pantomime auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz.** Ueberraschende Licht- und Wassereffekte. Ballet von mehr denn 100 Damen. Großartiger in solcher Pracht noch niemals gesehener Blumen-Corso. Großes Brillant-Feuwerk in gleicher Vollkommenheit noch nie im geschlossenen Raume ausgeführt.  
 Morgen: Vorstellung mit neuem Programm u. „Ein Künstlerfest“.  
 Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentank“, Wallgrafenstraße 51a.  
**Fr. Renz, Direktor.**

**Feen-Palast**  
 Burgstr. 22, neben der Börse.  
 Heute: **Großer Doppel-**

**Ringkampf**  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Auf. 1/2 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Adlershof.**  
 Den Parteigenossen bringe ich meine neu eingerichtete **Schlächterei** in empfehlende Erinnerung. Solide Preise — reelle Waare — Grundbedingung.  
 13065 **S. Ortnier.**

Ein Töchterchen ist angekommen!  
**Siegfried Manasse und Frau.**  
 Ein dreifach donnerndes Hoch unserem Gen. u. Kollegen **Fritz Winte** zu seinem heutigen Wiegenfeste. **N. W. G. S.**  
**Etablissement Buggenhagen.**  
 Moritz-Platz. Moritz-Platz.  
 Täglich: **Instrumental-Konzert.**  
**Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Auswahl von **Vahnenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.  
 An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den **oberen Sälen** statt.  
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.  
 Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

**Gratweil's Bierhallen**  
 Kommandantenstraße 77—79.  
 Täglich:  
**Germania-Konzert u. Koppel-Sänger**  
 sowie Aufstehen des musikal. Clowns **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**  
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**  
 Zwei Säle  
 zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regelbahnen.  
**F. Sadtke.**

**Zur Einsegnung**  
 empfehle einen Posten schwarzen reingewollenen **Cachemirs,** doppeltbreit, Nit. von 1 M. an. 13063P  
 Einen Posten schwarzer u. couleurer **Fantasiestoffe** in schönsten Mustern, doppeltbreit, Nit. von 1,10 M. an.  
**Wilhelm Jacoby,** Dranienstr. 18, Ecke Heinrichsplatz.  
 Allen Freunden und Parteigenossen empfehle **Rindfleisch** 45—50 Pf., **Kalb-** fleisch 40—50 Pf., **Hammelfleisch** 40 bis 60 Pf., **Zwiebelschwanz** 50 Pf., **Brethwürst** 50 Pf., sowie alle anderen **Wurstsorten** zu den billigsten Preisen. **Pöckelfleisch** von 30 Pf. an ist auch wieder eingetroffen. **Butter** und **Käse** billig.  
**Otto Treptow,** Wienerstr. 39.  
**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins  
**Andreasstr. 23, Sp**

**Freie Volksbühne.**  
 Am Sonnabend, den 18. Februar, findet im **Feen-Palast,** Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke, **Eingang Wolfgangstrasse,** das  
**1. Winterfest**  
 des Vereins statt.  
**Eröffnung des Saales 7 Uhr, Beginn des Konzerts 9 Uhr.**  
 Ein Festblatt enthaltend: Festzeichnung, Prolog, Gedicht von **Heang Mehring.** Inhalt der Tonstücke von **Gustav Lichtenstein.** Programm ist am Abend bei den Ordnern für 10 Pf. zu haben. Garderobe kostet an diesem Abend nur 15 Pf.  
**Billets à 30 Pf.** sind noch in folgenden Zahlstellen zu haben:  
 23. **O. Brückner,** Restaurateur, Lothringersstr. 67. 24. **A. Hinz,** Zigarrenhandlung, Pantstr. 14a. 18. **Fellenberg,** Restaurateur, Brunnenstr. 122. 28. **Aug. Penn,** Zigarrenhandlung, Demminstr. 62. 22. **M. Winkelmann,** Zigarrenhandlung, Adlerstr. 153. 17. **H. Gumpel,** Zigarrenhandlung, Barnimstraße 42. 4. **E. Böhlert,** Zigarrenhandlung, Mariannenstr. 5. 1. **J. Gädick,** Zigarrenhandlung, Gräberstr. 93. 2. **G. Schulz,** Zigarrenhandlung, Admiralstraße 40. 5. **W. Börner,** Zigarrenhandlung, Ritterstr. 108. 6. **H. Baake,** Buchhandlung, City-Passage. 8. **Windthorst,** Zigarrenhandlung, Junferstr. 1. 9. **A. Laoge,** Restaurateur, Fährbringerstr. 22. 10. **Göpel,** Zigarrenhandlung, Kapbachstr. 1. 11. **O. Antrick,** Zigarrenhandlung, Steinmehstr. 60. 12. **F. Voss,** Zigarrenhandlung, Noabit, Lüderstr. 8. 20. **Albert Löwanberg,** Zigarrenhandlung, Neue Schönhauserstr. 18. 21. **P. Horsch,** Zigarrenhandlung, Gipsstraße 5. 31. u. 27. **M. Raff** (Frau Dahm), Fuß-Geschäft, Spandauer Brücke 14.  
**Der Vorstand der Freien Volksbühne.**  
 J. A.: **Julius Türk,** SW., Solmsstr. 24.  
 889/4

**Arbeiter-Bildungsschule (Norden).**  
 Am Sonntag, den 19. Februar 1893, Abends 6 Uhr:  
**Große Versammlung**  
 im großen Saale des Eisellers, **Chausseest. 88.**  
 Tagesordnung:  
 1. Materialistische Geschichtsauffassung und die Geschichte des Materialismus. Referent: **Reichstags-Abgeordneter W. Schmidt** (Frankfurt).  
 2. Diskussion.  
 Nach dem Vortrage findet **geselliges Beisammensein** statt.  
**Gäste, Damen und Herren,** sehr willkommen!  
**Die Schul-Kommission.**  
 13066\*

**Allg. Unterstützungs-Berein der Töpfer Deutschlands. (Zentrale Berlin.)**  
 Sonntag, den 19. Februar 1893, Vormittags 10 Uhr, bei **Kuhlmeß,** Schönhauser Allee 28:  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1892. 4. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. Mitglieder, welche sich vor der Versammlung aufnehmen lassen, haben Stimmrecht.  
 328/3 **Der Vorstand.**

**Tapezierer!**  
 Am Sonntag, den 19. Februar, Vormittags präz. 10 Uhr, bei **Volz** (fr. Feuerstein), **Alte Jakobstr. 75**  
 (im oberen Saal):  
**Große öffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Abschaffung der Mißstände in unserem Gewerbe. 2. Diskussion. 3. Der „neugewählte“ **Gewerkschaftsausschuss** der Innung. 4. Verschiedenes.  
 Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, **vollständig** zu erscheinen.  
**Die Werkstätten-Kontroll-Kommission.**  
 13067b

**Berein der Einseker (Tischler)**  
 Berlin und Umgegend.  
 Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des **Herrn Köllig,** Neue Friedrichstr. 44:  
**Außerordentl. Generalversammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vorstands-Anträge. 2. Wahl einer Kontroll-Kommission. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. — Der **Arbeitsnachweis** befindet sich Neue Friedrichstraße 44, Abends von 8—9, Sonntags von 10—12 Uhr.  
 Um pünktliches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**  
 Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10 Uhr:  
**Gr. öffentl. Steinmetz-Versammlung**  
 bei **Müller,** Johannist. 20.  
 Tagesordnung:  
 1. Abrechnung des Generalfonds. 2. Urabstimmung über den nächstfolgenden **Steinmetzkongr.** 3. Abrechnung von dem letzten **Steinmetz-Vergütungen.** 4. Verschiedenes.  
 Ein jeder Kollege ist verpflichtet zu erscheinen.  
 296/3 **Der Vertrauensmann.**

**Verein der Gummi-Arbeiter**  
 Berlin und Umgegend.  
 Sonnabend, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Rud. Wondt,** Köllinerstr. 17:  
**Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag: Die gewerkschaftliche Bewegung und die Sozialdemokratie. Referent: **Genosse Otto Thierbach.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Entrichtung der Beiträge. 5. Verschiedenes.  
 Gäste haben Zutritt. Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**  
 Um zahlreichen Besuch wird gebeten. **Der Vorstand.**  
 13068b

**Verein schlesisch. Sozialdemokraten.**  
 Sonntag, den 19. d. M., Vormittags 10 Uhr, in **Nieff's Lokal,** Weberstr. 17  
**Öffentl. Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des **Herrn Dr. Pinn** über: Sklaverei im Alterthum und in der neuen Zeit. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragelasten. — **Alle schlesischen Genossen** werden dringend eingeladen.  
 13069b **Der Vorstand.**

**„Zum Prophet.“**  
**Welthaus**  
 für Herren- und Knaben-Garderoben.  
 I. Etage. **Am Dönhoffplatz.** I. Etage.  
 Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.  
**Um zu räumen,**  
 kommen zum Ausverkauf ohne Rücksicht auf deren bisherige Preise:  
 Ein Posten **Winter-Paletots** von 8 M. an.  
 Ein Posten **Bauch-Paletots** f. starke Herren 12 „ „  
 Ein Posten **Vellurinen-Mäntel** 10 „ „  
 Ein Posten **Hohenzollern-Mäntel** 21 „ „  
 Ein Posten **hochfeine Paletots** in Frise, Montagnac, Düsseldorf, Velour mit Cloth, Stepp- und Seidenfutter 15 „ „  
 Ein Posten **Kaiser-Mäntel** 10 „ „  
 Ein Posten **kompl. blaue Cheviot-Anzüge** 10 „ „  
 Ein Posten **kompl. feinerer Anzüge** 15 „ „  
 Ein Posten **Gehrock-Anzüge,** hochfein 26 „ „  
 Ein Posten **Hosen** in Buxtin, Kamungarn etc. 4 „ „  
 Ein Posten **Houweants-Hosen** 6 „ „  
 Ein Posten **Haus- und Jagdjacken** in Loden etc. 6 „ „  
 Ein Posten **Interims-Joppen,** elegant 8 „ „  
 Ein Posten **Schlafrocke** in Double etc. 7 „ „  
 Ein Posten **Schlafrocke** in Velour, Frise etc. 10 „ „  
 Ein Posten **Westen,** hochfein 1 1/2 „ „  
 Ein Posten **Knaben-Anzüge,** schwere Waare 2 1/2 „ „  
 Ein Posten **Burschen-Anzüge** in Satin, Velour etc. 5 „ „  
 Ein Posten **Jünglings-Anzüge** in Cheviot, Tuch etc. 7 „ „  
 Ein Posten **Knaben-Paletots** mit und ohne Vellurine, sowie **Hohenzollern-Mäntel** zu äußerst billigen Preisen. 8086L

**Einsegnungs-Anzüge**  
 in großartiger Auswahl von 7 M. an bis zu den elegant.

**Wichtig für Musikinstrumenten-Händler und Artisten.**  
 Im Laden **Invalidentankstr. Nr. 35** findet ein Massenverkauf von noch durchaus guten, zurückgelehnten **Instrumenten** aus den Inventarbeständen einer Instrumentenfabrik statt. Der Ankauf von **schweizer Musikwerken,** Mundharmonikas, Accordions, Concertinas etc. ist **Wiederverkäufern** und **Artisten** dringend zu empfehlen, da ein Nachlaß von 25 pCt. auf Normalpreise gewährt wird. 8875L  
**Der Massenverkauf dauert nur kurze Zeit.**

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

45. Sitzung vom 16. Februar 1893. 1 Uhr.

Am Bundespräsidenten Reichskanzler Graf v. Caprivi, v. Bötticher, v. Marschall, v. Maltzahn.

Die Beratung des Etats wird bei dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs des Innern“ fortgesetzt.

Abg. Graf Arnim (Rp.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Es entspreche nicht den Tatsachen, wenn dieser behauptet, daß gleiches Recht und gleiches Maß in Deutschland auch für die Landwirthe gelte. Schon der Unterschied, der sich zeige, wenn das mobile Kapital und wenn der Landwirth Kredit suche, müsse jedem Unbefangenen vor Augen führen, daß mit dem gleichen Maße in dieser Beziehung nicht gemessen wird. Ganz unrichtig sei es, von Opfern zu sprechen, die für die Landwirtschaft gebracht werden. Wenn die Landwirtschaft erhalten bleibt, so komme der Erfolg dem ganzen Lande zu gute. (Zustimmung rechts.) Die Landwirthe bringen im Gegentheil die größten Opfer, um dem Wohle des Ganzen zu dienen. Er, Redner, würde wirtschaftlich viel besser daran sein, wenn er seinen ganzen Acker eingeschont hätte. Die tiefgehende Bewegung in landwirtschaftlichen Kreisen, die Folge der allgemeinen Unzufriedenheit, werde zur Gründung eines Bundes der Landwirthe führen, die am 18. Februar hier in Berlin erfolgen solle. Redner hofft, daß, was dort etwa an scharfen Worten gegen die Regierung gesagt werde, nicht wieder der konservativen Partei in die Schuhe geschoben werde. Für einen Handelsvertrag mit Rußland könne man sich nur erklären, wenn jemand garantiren könnte, daß dadurch der Preis des deutschen Getreides nicht gedrückt wird. Diese Garantie könne aber niemand übernehmen. Die Zahlen des Staatssekretärs, welche die Zunahme des Exports an Glas und Papier beweisen sollten, seien formell richtig; die Quantität des Exportprodukts habe zugenommen, die Qualität aber und die Preise seien ganz unverhältnißmäßig zurückgegangen. Diese Thatsache treffe gleichmäßig auf Glas wie auf Papier zu. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Marschall: Ich habe wiederholt anerkannt, daß der Wunsch der Landwirtschaft, bei Handelsverträgen ihre Interessen gewahrt zu wissen, ein berechtigter ist. Es ist aber doch eigenthümlich, daß schon jetzt der Vordränger von möglichen Anschreitungen auf dem nächsten Kongresse der Landwirthe hier in Berlin spricht und den Versuch macht, die konservative Partei von der Verantwortung für dieselben zu entlasten. Ich habe den Eindruck, daß die Klagen über die Nothlage der Landwirtschaft einigermaßen erschöpft sind; ich bin aber trotzdem bereit, Rede und Antwort zu stehen, auch wenn die Herren wünschen sollten, beim Etat des auswärtigen Amtes die Sache nochmals und gründlich zu erörtern. (Weiterkeit links.) Ich beziehe mich auf meine wiederholten Darlegungen, daß die Tarifverträge notwendig wurden, weil ohne sie auch die Landwirtschaft einen schweren Schaden erfahren haben würde. Wenn Graf Arnim von der Papier- und Glasindustrie gesprochen und eine Resolution andeutungsweise erwähnt hat, welche die Glasindustriellen gefaßt haben, so nehme ich von dieser Resolution an, daß Herr Vopelius ihr nicht ganz fern stand. (Weiterkeit links.) Es ist ein immerhin glückliches Defizit, wenn die Einfuhr bei der Papierindustrie im Jahre 1892 um zwei, die Einfuhr aber um drei Millionen zugenommen hat. Im Abgeordnetenhaus haben sich gestern Herr Arendt und Herr von Erffa gleichmäßig auf Herrn Vopelius berufen. (Weiterkeit links.) Ich sollte den Nachweis der ungünstigen Wirkung der Handelsverträge auf die deutsche Industrie geführt haben. Ich habe diese Rede gelesen und bin so klug geblieben als wie zuvor. (Große Heiterkeit.) Mit Gründen scheinen die Herren also ziemlich bankrott zu sein. Nun hat Herr Arendt den Handelskammerbericht von Frankfurt a. M. als Zeugniß angerufen. Was aber steht darin? Eine Loheserhebung für die Handelspolitik der deutschen Regierung, für den Abschluß der Tarifverträge, welche in Deutschland allgemeine Befriedigung hervorgerufen hätten. Dasselbe gilt von der ebenfalls angezogenen Handelskammer in Essen. Nur der Bericht von Dortmund lautet etwas anders, daß gebe ich zu; aber als ein Beweismittel gegen unsere Handelspolitik läßt auch er sich nicht verwenden. Wenn Herr Arendt schließlich die Nähmaschinen-Fabrikanten ins Gefecht führt, so hat thatsächlich die Abschaffung des Zolles in Oesterreich eine nicht unerhebliche Vermehrung der deutschen Ausfuhr gebracht. Zum Schluß hat Herr Arendt von Sturmzeichen gesprochen, welchen die Regierung doch rechtzeitig Rechnung tragen möchte. Die Sturmzeichen sehen auch wir; die Regierung darf sich aber dadurch nicht einschüchtern lassen. Sie wird den Weg einer massvollen Handelspolitik zur Ausgleichung der verschiedenen Interessen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft weiter gehen. Wir finden in den Sturmzeichen eine Warnung für die, welche jetzt Wind säen und Sturm ernten werden. (Beifall links.)

Abg. Wilbrandt (Df.): Graf Mirbach hat gestern die Behauptung aufgestellt, daß die Landwirtschaft ruiniert sei durch das römische Recht, und weil der Staat das römische Recht eingeführt habe, sei er verpflichtet, die Landwirtschaft zu entlasten! Die Debatte hat mich zu der betrübenden Ueberzeugung gebracht, daß die Agrarier nicht verstehen, den Unterschied zu machen, den sie als Volkvertreter unabweislich zu machen verpflichtet sind, nämlich zwischen der Landwirtschaft und den einzelnen Personen, die Landwirtschaft treiben. (Sehr wahr! links.) Der Staat ist gar nicht in der Lage, irgend jemand dazu anzuhalten, daß er, wenn er sich ein Gut kauft, es nicht zu theuer kauft; er kann niemand verhindern, Schulden über Schulden zu machen; und so kann in keiner Weise die Forderung begründet werden, daß der Staat die Aufgabe habe, für das Wohl der einzelnen Landwirthe zu sorgen. Auf diese Deduktion bin ich namentlich dadurch geführt worden, daß auch in diesen Tagen wieder die Währungsfrage vor uns verhandelt wurde. Die Landwirtschaft soll solche hat keinen Nutzen davon, daß eine Doppelwährung eingeführt wird, sondern nur einzelne Landwirthe, einzelne Landwirtschaft betreibende Personen. Die Landwirtschaft macht es also keineswegs erforderlich zu einer Währung überzugehen, die wir gar nicht haben wollen. Nach den Ausführungen des Grafen Mirbach erscheint die Landwirtschaft wie verrathen und verkauft, wie vollständig vom Staate verlassen. Vergißt man denn ganz, was noch in den letzten zehn Jahren für die Landwirtschaft geschehen ist? Haben wir jemals bis 1867 einen Kornzoll von 30 M. gehabt? Und hat es etwa an der Regierung gelegen, daß der Zoll in diesem Jahre nicht auf 60, sondern nur auf 50 M. erhöht wurde? Die Agrarierpartei und mit ihr Herr Buhl, dessen gestrige Rede sehr agrarisch war, sollten doch ernsthaft nachforschen, ob die Zölle von 1879 ihnen etwas genützt haben oder ob sie nicht viel mehr lediglich neue Zollstrahlen in der ganzen Welt austrichten halfen. Es ist gerade der Vorzug der deutschen Landwirtschaft, daß wir eine so entwickelte Industrie haben und gezwungen sind, Jahr für Jahr bedeutende Getreidemengen einzuführen. Ziehen Sie die Statistik unserer Ausfuhr an Industrie-Erzeugnissen zu Rathe, so werden Sie finden, daß die Ausfuhr in den letzten Zeiten lange nicht in dem wünschenswerthen Maße stattgehabt, ja zuletzt

sich sogar verringert hat. Diese ungünstige Entwicklung hat auch die Landwirtschaft zu tragen gehabt, aber den Schaden hat sie niemand als sich selber zu verdanken. Herr v. Hammerstein verweist auf die patriarchalischen glücklichen Zustände in Mecklenburg und spricht von der Beforgnis der Freisinnigen um ihre Wahlkreise infolge der neuen Bewegung unter den Landwirthen. Solche Bewegung hervorzubringen ist keine Kunst. Wirft jemand einen Knochen auf die Straße, so laufen alle Thiere diesem Knochen nach. Es ist keine Kunst, auf diese Weise eine neue Partei zu gründen. Die Frage ist nur, für welche Prinzipien diese Partei eintritt. Wenn Sie zur Beschränkung der Freizügigkeit übergehen, vergraben Sie sich an den heiligsten Rechten des Deutschen. Es heißt, man solle die Freizügigkeit nicht beseitigen, sondern nur beschränken. Ich kann darin keinen rechten Unterschied erkennen. (Sehr richtig! links.) So lange nicht der Nachweis geführt wird, daß die Lebensstände allgemein sind und nicht beseitigt werden können, wäre es ein schreiendes Unrecht, in die Selbstbestimmung weiter Kreise der Bevölkerung von Staatswegen mit Zwang einzugreifen. Die Liebe zum Grund und Boden, das Bestreben, aus der Bewirtschaftung des Grund und Bodens einen Gewinn zu erzielen, ist in der deutschen Natur tief begründet; wenn es den Grundbesitzern ernst ist mit der Erhaltung eines ländlichen Arbeiterstandes, so brauchen Sie ihnen nur die Mittel zu geben, Grund und Boden zu erwerben und die Zutriedenheit wird in vollem Umfang wieder da sein. Die Freizügigkeit ist ein Grundpfeiler deutscher Einigkeit, der niemals hinweggeräumt werden darf, wenn nicht das ganze Gebäude zusammenstürzen soll. Der deutsche Reichstag, der auch ein Schutz und Schirm des Reiches und der Verfassung sein soll, hat die Pflicht, ein klares und entschiedenes Nein solchen Bestrebungen rechtzeitig entgegenzustellen.

Abg. von Manteuffel (Df.): Wir sind in der gestrigen Debatte ungemein viele Liebeshandlungen zu Theil geworden, auf welche ich hauptsächlich antworten muß, denn die Ausführungen des Vordrängers geben zu erster Erörterung kaum Anlaß. Die große Entdeckung, daß zwischen Landwirtschaft und Landwirthe ein Unterschied ist, war nicht neu, und die Behauptung, daß die Doppelwährung für die Landwirtschaft gleichgültig sei, steht auf derselben Höhe. Herr Rüdert erklärte gestern, ich stehe auf einem verlorenen Posten. Ich habe das Gefühl, daß ich eine sehr gute Position verteidige. Der Bund der Landwirthe, welcher am Sonnabend hier gegründet werden soll, scheint doch Herrn Rüdert sehr viel Kopfschmerzen zu machen. Der Zweck dieser Versammlung ist nur der, daß die Landwirtschaft sich organisiren will, und wenn sie dies thut, folgt sie nur einem Rathe des landwirtschaftlichen Ministers. Der Ton, der in dieser Versammlung herrschen wird, dürfte allerdings bestimmt werden durch die Antworten, welche im preussischen Abgeordnetenhaus und hier von den Regierungen gegeben werden. Sind diese Antworten ruhig, dann wird auch der Ton ein ruhiger, gemessener und sachlicher sein. (Hört! hört! links.) Herr Rüdert beschwert sich über meinen Ton; sein Ton ist derartig, daß der meine gegen ihn der reine Alberti ist. Was der Abg. Barth gegen den Großgrundbesitz ausgeführt hat, giebt mir vollständig recht. Die Freisinnigen sind in der That darauf aus, den Großgrundbesitz, wie er sich durch die Verhältnisse gestaltet hat, zu Grunde zu richten. Die Liebe zur Scholle ist beim deutschen Landmann so groß, daß er sich nur ungerne von ihr trennt, und dann tritt oft der Fall ein, daß er, weil er zu geringe Mittel hat, seine ererbte Scholle verlieren muß. Den Großgrundbesitzer, der 51 Wochen zu Hause hungert, um die 52. Woche in Berlin Champagner zu trinken, den verwerfe ich mit dem Abg. Barth. Ich will Herrn Barth ein Brennerzeug mit der Liebesgabe zum Tagpreis verkaufen; er wird bald einsehen, daß es schwer ist auszukommen und bald wird er auch entdecken, daß es mit der Liebesgabe nichts auf sich hat. Die Freizügigkeit als solche will ich gar nicht beseitigen, sondern nur einige notwendige Einschränkungen einführen. Die Herren von links sind nun sammt und sonders über mich hergefallen und haben mir viel weitergehende schwache Absichten unterstellt. Ich habe die drei Punkte, wo man abhelfen kann, genau bezeichnet. Wenn man die jungen Leute unter 18 Jahren hindern will, in die Städte zu ziehen und dort der Verwahrlosung zu verfallen, wenn man ein Einzugsgeld einführt, wenn man die Abgehenden anhalten will, den Besitz einer gefunden Wohnung nachzuweisen, sind das Vereinbarlichkeiten der Grundrechte des Deutschen Reichs und seiner Bürger? Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß diese Forderungen bewilligt werden, um den herrschenden Nothständen abzuhelfen. Im Herrenhaus will Herr Baumbach den Kampf mit mir fortsetzen. Ich bin dazu bereit, für ihn wird aber dort die Situation sehr viel schwieriger sein. Am Sonnabend werden es drei Wochen, daß wir über das Gehalt des Staatssekretärs verhandeln, wenn aber über vierzehn Tage über alles Mögliche gesprochen worden ist, soll man doch der Landwirtschaft nicht verwehren, zwei oder drei Tage ihre Klagen vorzutragen, nicht aber mir vorwerfen, daß ich diese Debatte inszenirt habe, wie Graf Behr es gethan hat. Daß wir unsere Meinung über den russischen Handelsvertrag überall zur Geltung zu bringen suchen, ist doch um so selbstverständlicher, als man unseren bescheidenen Antrag, den österreichischen Handelsvertrag in eine Kommission zu verweisen, abgelehnt hat. Herr Bambergert macht uns den Vorwurf, wir seien eine absolute Partei. Nichts ist ungerechter als dieser Vorwurf. Schlimm genug, daß bloß die konservative Partei für die Landwirtschaft eintritt (Zwischenruf) und der Abg. Buhl (Weiterkeit links). Herr v. Marschall hat von der Silberentwertung gesprochen und sich dadurch sofort die Warnung der Herren Barth und Bambergert zugezogen. Ich hoffe aber, daß diese Äußerung des Herrn v. Marschall unsere Wünsche ihrer Verwirklichung in baldige entgegenführen wird. Die warmen Ausführungen des Herrn Dr. Buhl für die Landwirtschaft sind für uns eine große Ermutigung. Noch vor zehn Jahren wäre eine solche Rede eines Nationalliberalen nicht möglich gewesen. Charakteristisch in der Debatte aber war die abneigende Haltung der Freisinnigen gegen die Landwirtschaft. Aber mag das freisinnige Hof mit der Goldwährungsfrage in die Arena geritten werden von wem es will, hoffentlich wird es bald heißen: „Und Hof und Reiter sah man niemals wieder!“ (Weiterkeit links und Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Der Vordränger hat ausgesprochen, der Ton auf der landwirtschaftlichen Versammlung würde von dem Tone abhängen, den die Vertretung der Regierung hier anschlage. Nach dem guten Zeugnisse, das er uns gegeben hat, würde dieser Ton ja ein vorzüglicher sein, aber die Verantwortung dafür möchte ich doch nicht übernehmen. Ich bin indessen gern bereit, Auskunft über einige der angeregten Fragen zu geben, beschränke mich aber dabei auf die das Reich angehenden; die preussischen Gravamina hätten besser im preussischen Abgeordnetenhaus vorgebracht werden sollen. Die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises hat die preussische Regierung nicht aus den Augen verloren. Die Minister, welche die Meiste nach den Ostprovinzen gemacht haben, stehen noch heute auf ihrem damals vertretenen Standpunkt; aber während der Verhandlungen mit Rußland ist es vielleicht nicht möglich, jedenfalls nicht wünschenswert, darauf einzugehen. Bekanntlich hat auch der Süden und Westen von Deutschland dieser Frage gegenüber eine andere Stellung, als der Norden und Osten, und auch die Landwirtschaft nahm bisher eine andere Stellung dazu ein als heute. Für die ost- und westpreussischen

Handelsstädte ist diese Frage allerdings von der höchsten Bedeutung. Die Frage des Bimetallismus und unsere Haltung auf der Brüsseler Konferenz hat Herr von Kardorff gestern berührt und dabei gemeint, unsere Delegirten hätten die allerfeindlichste Stellung dort eingenommen. Ich habe schon vor Monaten die Instruktion unserer Delegirten vorgelesen, wir stehen noch heute auf diesem Standpunkt, und eine persönliche Unterredung des Herrn von Kardorff mit den beiden Herren würde ihn leicht vom Gegentheil überzeugen. Die Staffeltarife berühren zuerst die Einzelstaaten. Ueber die Einrichtung als solche sind in Deutschland die Meinungen ebenfalls sehr getheilt, und deutsche Regierungen kenne ich, welche ein lebhaftes Interesse daran haben, daß diese Einrichtungen nicht weiter ausgedehnt werden. Was den Wunsch nach Zollzöllen anbetrifft, so darf ich auf einen Erlaß des Fürsten Bismarck vom 25. November 1885 verweisen, worin es heißt, daß die Frage eines Zollzölles sehr gründlich erwogen worden sei, daß sich aber ergeben habe, daß ein Zollzoll von wirksamer Höhe nicht auferlegt werden könne, ohne unsere Vollindustriezweige zu vernichten, während der Nutzen eines solchen Zolles für die Vollproduzenten nicht nachgewiesen werden könne. Ich bemerke dies hier ausdrücklich, um über die Stellung der Regierung keinen Zweifel zu lassen, wenn diese Forderung etwa in dem deutschen Landwirtschaftsbund erhoben werden sollte. Graf Mirbach sagte, die Staatsbeamten haben die Pflicht, nicht bloß von Nothständen als Naturprophen zu reden, sondern sich zu bemühen, uns von solchen Nothständen zu befreien. Ich erkenne das an, unter „uns“ hat er jedenfalls die Landwirtschaft gemeint. (Graf Mirbach: sehr richtig!) Wir gehen noch weiter. Staatsbeamte und also auch Reichsbeamte haben die Pflicht, auf alle Zweige des Erwerbslebens, auch auf Konsumenten Rücksicht zu nehmen. (Sehr richtig! links.) Wir glauben unserer Pflicht genügt zu haben. Wenn wir noch keinen Plan haben, der Landwirtschaft zu helfen, so liegt die Sache eben nicht so einfach; mit dem Aufstellen von sechs oder neun Punkten, wie man das jetzt in Zeitungen liest, ist wenig gewonnen. Wenn wir noch kein Ausfuhrmittel gefunden haben, soll man uns nicht vorwerfen, wir hätten es an uns fehlen lassen. Daß die Landwirtschaft bei der Vereinbarung über die Handelsverträge nicht berücksichtigt wurde, kann ich nicht akzeptiren. Als wir mit der Beratung angingen, tagte der deutsche Landwirtschaftsrath. Diese Behörde ist doch eine der kompetentesten für die Landwirtschaft; sie hat sich mit der Frage beschäftigt, in ihrem Berichte 100 Seiten damit gefüllt. Die Herren sind, da sie nur eine einseitige Interessenvertretung sind, zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht wünschenswert sei, Handelsverträge einzuführen; wir haben das auch von anderen Landwirtschaftern gehört, wir hätten uns das auch selbst sagen können; aber andererseits stand es ebenso fest für uns, daß wir diese Verträge nicht erlangen hätten ohne eine Konzeßion auf landwirtschaftlichem Gebiete. Wir weisen also den Vorwurf von uns, daß wir taube Ohren für die Landwirtschaft hätten. Das ist nicht der Fall gewesen. Wir haben ihre Klagen gehört, und soweit es angänglich war, berücksichtigt.

Abg. Graf Voensbroeck (Z): Die schweren Fragen, welche hier zur Zeit verhandelt werden, löst man nicht in turbulenten Volksversammlungen, in welche sich sehr leicht unklare Elemente hineinmischen, welche derartige Agitationen zu ganz anderen Zwecken benutzen würden, als in der Sache liegen. Hier im Reichstage unsere Ansicht auszudrücken, ist unser Recht und unsere Pflicht. In der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises bin ich mit den Konservativen durchaus nicht einverstanden. In dieser Frage haben die Konservativen ihre Bundesgenossen nur links, das sollte ihnen doch zu denken geben. Durch die Aufhebung wird momentan eine Steigerung des Getreidepreises erreicht werden, aber der Nachschlag wird um so schlimmer sein, weil dann die Schwankungen des Getreidepreises noch erheblicher werden. Die Aufhebung des Identitätsnachweises muß zur Aufhebung der Zölle führen. Bedauerlicherweise hat der Reichskanzler keine entschiedene Stellung zur Frage genommen. Die Staffeltarife stellen in letzter Konsequenz eine Ermäßigung des Zolles für Rußland dar; sie sind eine Importprämie für das Ausland. Ich habe 1891 selbst für die Staffeltarife mich entschieden, aber nur, weil es sich damals um einen Nothstand handelte. Daß seit der Reichskanzler Preußen nicht veranlaßt hat, die Staffeltarife wieder auszuheben, macht mich sehr bedenklich. Die Handelsverträge haben wir aus höheren Gesichtspunkten bewilligt, während die Landwirtschaft im Osten nicht patriotisch genug sein will, die schweren Opfer zu bringen; gelangen wir zu einem Handelsvertrag mit Rußland, so verhärtet wir auch die Gefaß des Panflavismus für Europa. Warum soll bei solchen Verhandlungen immer die arme Landwirtschaft die Zehne bezahlen? Viel besser wäre das Petroleum als Konzeßionsobjekt Rußland gegenüber. Die Bemerkung des Reichskanzlers, daß die Kornzölle ein Opfer sind, welche das Land für die Landwirtschaft bringt, führt mich zu der Ansicht, daß die verbündeten Regierungen sich prinzipiell auf manchesterlichem Standpunkt stellen. Billiges Brot macht es nicht allein, wenn man nicht das Geld hat, es auch zu bezahlen. Der Reichskanzler meint, in Deutschland bekomme jeder sein Recht und das gleiche Maß. Wir im Zentrum werden bei anderer Gelegenheit den Reichskanzler und die verbündeten Regierungen an dieses Wort erinnern, aber lassen Sie auch der Landwirtschaft den Schutz, wie Sie ihn der Industrie in so reichem Maße gewähren! (Beifall rechts und im Zentrum.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich habe meine Ansichten über den Kornzoll schon vor einem Jahre vorgetragen. Jeder Schutzzoll ist ein Opfer, welches das Land bringt, und jede Steuer ist eine Last, welche vom Lande gefordert wird; daraus ist aber nicht der Schluß zu ziehen, daß die Regierung manchesterliche Tendenzen verfolge.

Abg. Barth (Df.): Graf Mirbach hat mich gestern persönlich angezapft. Er meint, meine Reden seien zu unbedeutend, um sich mit ihnen zu beschäftigen; seine Kollegen aber beschäftigen sich eifrig mit mir; Herr v. Manteuffel hat mir sogar ein Brennerzeug zum Kauf angetragen und muß also doch meinen, daß ich ein von Agrariern verwirklichtes Gut wieder auf die Beine bringen kann. Graf Mirbach leist seinen Wählern zuweilen zum Vergnügen meine Reden vor, um unsere Unwissenheit zu zeigen; das ist aber ein Beweis, daß die Leute, seit Jahr und Tag mit der geistigen Kost genährt, die er ihnen zu bieten in der Lage ist, dadurch intellektuell etwas heruntergekommen sind. Daß Herr Wilbrandt ein Gegner der Agrarier, obwohl selbst Landwirth ist, sollte Ihnen beweisen, daß Sie nur den Großgrundbesitzer vertreten. Es ist gerade ein Vorzug unserer Partei, Vertreter des kleinen und mittleren Besitzes in erheblicher Anzahl zu besitzen. Die Großgrundbesitzer sind mit ihren Interessen oft auf ganz anderer Seite als die Landwirthe, welche keinen Grundbesitz ererbt haben, sondern als Inspektoren und Verwalter ihr Dasein fristen müssen. Werde der Bodenpreis nicht so hoch getrieben, so würden diese Leute sich auch viel leichter Grundbesitz erwerben und der Betrieb würde dadurch im allgemeinen viel rationeller werden. Vernünftige Wirtschaft erfordert vorherige gründliche Ueberlegung, ob auch die Mittel ausreichen. Diese notwendige Kalkulation stellen die Grundbesitzer eben nicht

an und wirtschaften daher häufig bloß unter verdeckter Insolvenz. Beim Kaufmann wird solche Kalkulation für selbstverständlich gehalten; er wird wegen betrügerischen Bankrotts verklagt, wenn er sie nicht anstellt. Das muß auch von den Landwirthen verlangt werden. Kann jemand in der alten Weise nicht mehr fortwirtschaften, so muß er eben seine bisherige Existenz aufgeben und eine neue begründen. Moscher, der Führer der deutschen Nationalökonomie, hat ausdrücklich die ganze neuere Wirtschaftspolitik eine Kunstpolitik genannt. Er hält es auch für ganz selbstverständlich, daß die Getreidebörse ein Opfer sind und zwar ein viel größeres als der Gewinn, der der Landwirtschaft zugeführt wird. Es giebt 6 Mil. Familien in Deutschland, welche im Laufe des Jahres eine Tonne Getreide brauchen; es fließt also die ganz enorme Summe von über 200 Millionen Mark in die Taschen derjenigen, die mehr Getreide bauen als verbrauchen; diese 200 Millionen werden erhoben von den Armen und Armenen der Bevölkerung. Das Argument, daß durch die Kornzölle die konsumierende Bevölkerung kauftüchtig erhalten wird, geht über die landesübliche Logik hinaus.

**Abg. von Kardorff (Wp.)** geht auf die Währungsfrage ein. Für die bimetallicischen Bestrebungen seien viel mehr wissenschaftliche Kapazitäten ins Feld zu führen, als für die Goldwährung. Das Soetbeer sich für Doppelwährung ausgesprochen, könnten die Goldwährungsmänner nicht weglassen. Auch die Kornzölle des Herrn Bamberger könnten daran nichts ändern. Für die Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft müsse man dem Fürsten Bismarck alle Zeit Berehrung gönnen. Der Wind sei jetzt umgeschlagen. Zuletzt wendet sich Redner gegen die Ausführungen des Staatssekretärs von Marschall bezüglich der günstigen Wirkungen der Handelsverträge auf die deutsche Industrie. In England dächten sehr verständliche Politiker an die Wiedereinführung der Kornzölle. Schließlich hält Redner seine Behauptung aufrecht, daß die deutschen Delegierten in Brüssel die allerfeindlichste Stellung zu den Bestrebungen der Konferenz eingenommen hätten.

**Staatssekretär v. Matschuh:** Der Abg. v. Kardorff hat gestern im Abgeordnetenhaus den Vorwurf erhoben, daß die deutschen Delegierten auf der Brüsseler Münzkonferenz den aufhebung des Silberwertes gerichteten Bestrebungen anderer Staaten gegenüber eine feindselige Haltung angenommen hätten. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Die den Delegierten mitgegebene Instruktion geht allerdings davon aus, daß die Goldwährung in Deutschland gut funktioniert, sie nimmt aber den Bestrebungen aufhebung des Silberpreises gegenüber keine feindselige Stellung ein. Wir verneinen nicht die fortwährenden Schwankungen des Silberpreises und daß dessen starkes Sinken auch für Deutschlands wirtschaftliches Interesse sehr unerwünscht ist, und daß eine nachhaltige Minderung dieses Uebelstandes auch für uns sehr nützlich sein würde. Unsere Delegierten haben genau nach dieser Instruktion gehandelt. Es hat sich aber herausgestellt, daß England und Frankreich derhebung des Silbers feindselig gegenüberstanden als Deutschland, und ein einzelner Staat kann doch unmöglich allein eine hebung des Silberwertes unternehmen. Daß wir diesen Bestrebungen nicht feindselig sind, beweist schon der Umstand, daß wir mit der Ausprägung der Rehmünze sehr vorsichtig gewesen sind, um dem Silber Raum zu lassen. Wir werden uns durch nichts beirren lassen, pflichtgemäß so zu handeln, wie wir es für notwendig halten zur Aufrechterhaltung der Währung des Landes und zur Einschränkung der Mißstände, welche sich seit Einführung der Goldwährung gezeigt haben.

**Abg. Dahl (nallik.):** Auf die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs erwidere ich, daß wir im vorigen Jahre eine schlechte Weinernte gehabt haben und jetzt eine gute Weinernte haben und das trotzdem der Preis etwas niedriger ist, als im vorigen Jahre.

**Abg. v. Schallscha (Zentr.):** Der Reichskanzler versichert die Landwirtschaft immer seiner Liebe, aber noch niemals hat er diese Liebe praktisch bestätigt. Ich wünsche, er hätte weniger Wohlwollen auf der Zunge und mehr Wohlwollen in der That für uns. Mit welchem Recht legt uns der Abg. Bamberger das Wort in den Mund: Der Staat, das sind wir. Wir sind der Meinung, daß die Lebensbedingungen Allen in gleichem Maße zugewiesen werden sollen. Es geht eine gesunde Agitation durch das Land. Redner legt hierauf unter großer Heiterkeit der Zuhörer seinen Standpunkt in der Währungsfrage dar. Er habe zahlreiche Zuschriften aus Ost und West, welche darthun, daß Handelsverträge nicht so notwendig seien, als eine Regelung der Valuta. Ein Kommissar der Regierung sei nach dem Eisenwerk Wittkowitz gereist, um sich über die Produktionspreise zu informieren. Er bitte die Regierung, mitzuteilen, was der Kommissar erfahren habe. Dann werde sich auch herausstellen, warum der Eisenzoll nach Oesterreich doppelt so hoch sei, wie der Zoll aus Oesterreich. Er sei auch der Meinung, daß man in der Auswahl der Kommissare bei den Handelsverträgen nicht vorsichtig genug sei.

**Staatssekretär v. Matschuh:** Unsere Kommissare bei den Vertragsverhandlungen handeln lediglich nach bestimmten von uns gegebenen Instruktionen. Ich muß sie also gegen persönliche Angriffe in Schutz nehmen. Sollte der Abg. v. Schallscha dem in Oesterreich thätigen Kommissar Pflichtwidrigkeit vorwerfen, so hätte er seine Anklagen unter der erforderlichen Begründung dem vorgeordneten Beamten mitteilen sollen.

**Abg. v. Schallscha konsistiert,** daß er keinem Beamten habe eine Pflichtwidrigkeit vorwerfen wollen. Hierauf wird, um 1/6 Uhr, die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 10. Februar, Nachmittags 5 Uhr.

In die Kanalisations-Deputation wird Stadtv. Lüben, in die Steuer-Deputation Stadtv. Liebermann gewählt. Das Prop. Preussische Grundbuch an der Petersburgerstraße soll für den Preis von 260 000 M. erworben werden, um die Straße und den Platz N. völlig freizulegen.

Nach einer Mitteilung des Magistrats hat das Provinzial-Schulkollegium die Direktoren der höheren Berliner Lehranstalten ermächtigt, von den öffentlichen Prüfungen zu Ostern d. J. Abstand zu nehmen.

Um 6 Uhr erfolgt die Einführung des neugewählten Bürgermeisters Kirchner.

Derselbe wird vom Oberbürgermeister Zelle und sodann vom Vorsteher Langehaus begrüßt und von ersterem verpflichtet. Bürgermeister Kirchner spricht für die freundliche Begrüßung und der Versammlung für die Wahl seinen Dank aus.

Die Stadtv. Borgmann u. Gen. haben folgenden Antrag vorgelegt:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, dafür Sorge zu tragen, daß von Ostern d. J. an in den korrespondierenden Klassen sämtlicher Gemeindereschulen die gleichen Unterrichtsbücher Verwendung finden. Dieser Antrag soll nach einem Vorschlage Gerstenberg's einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen werden.

**Stadtv. Bogtger:** Es ist seitens derjenigen Kreise, welche das größte Kontingent der Gemeindereschüler stellen, längst als Mißstand empfunden worden, daß die gebräuchlichen Lehrbücher nicht in allen Schulen in den korrespondierenden Klassen übereinstimmen. Die Aufhebung einer Summe zur unentgeltlichen Vergabe eines Theiles der Bücher hat diesen Uebelstand nicht verringert. Es werden doppelt, ja dreifach verschiedene An-

schaffungen nötig durch Umzug und Umschlüpfungen, welche durch Umzug oder Ueberfüllung einzelner Klassen nötig werden. Eltern, welche mehrere Kinder zur Schule schicken, verlieren dadurch die Möglichkeit, die vorhandenen Lehrbücher durch die jüngeren Kinder benutzen zu lassen. Auch der Stadt selbst erwachsen daraus relativ höhere Kosten. Es ersüßte sich zwar, andere Ausgaben jetzt noch zu machen, umsoehr, als der Antrag auf Anschaffungsberatung schon gestellt ist, von welchem wir uns eine gründliche Prüfung der Verhältnisse versprechen. Eingewiesen werden muß aber doch auf den Umstand, daß selbst in solchen Schulen, welche ganz dicht aneinander gelegen sind, oft die verschiedensten Gruppen von Lehrbüchern in Gebrauch sind. Näheres darüber werde ich im Ausschusse vorbringen. Ich werde dort mit einem Material aufwarten können, welches allerdings größer sein würde, wenn nicht das Verbot bestände, daß die Lehrer weder dem Publikum noch uns Stadtverordneten Angaben über die einschlagenden Verhältnisse in den Schulen machen. Allerdings erfahren wir manche Aufklärung trotz des Verbots; aber es entspricht nicht dem Interesse der Schule, noch der Schüler, noch des Publikums, daß ein solches Verbot besteht. So schreibt mir ein Schullektor, daß er bei der gemessenen Verfügung der Schuldeputation zu seinem größten Leidwesen außer Stande sei, Aufklärung zu geben. Woher sollen wir unsere Kenntnisse auf diesem Gebiete nehmen, die wir doch Anregungen zu geben haben, wenn der kompetentesten Stelle der Mund verschlossen ist? In einzelnen Lehrbüchern haben wir eine große Anzahl verschiedener Lehrbücher. Geradezu wohlthuend wirkt es dagegen, wenn man sieht, daß wenigstens im Religionsfache dasselbe Lehrbuch durchgeföhrt ist, das fürdringende Lehrbuch für den Religionsunterricht, herausgegeben von dem Stadtschulrat Bertram. Dieser Umstand beweist, daß es doch möglich ist, eine Gleichmäßigkeit durchzuführen. Jedes einzelne der im Gebrauch befindlichen Bücher muß doch an sich nach der Ansicht der Schuldeputation gut und brauchbar sein. Wenn wir den Antrag stellen, erklären wir uns natürlich nicht im entferntesten mit dem Inhalt der einen oder der anderen Sorte von Lehrbüchern einverstanden. Wir sind nicht mit einem einzigen einverstanden (Welchster), nicht mit einem einzigen! Auch gehen wir mit dem Antrage nicht um Paarsbreite von dem prinzipiellen Antrage ab, den wir schon früher gestellt haben auf Unentgeltlichkeit aller Lehrmittel. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß schon die theilweise unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel für die Durchführung der von uns verlangten Gleichmäßigkeit spricht, zumal es früher oder später doch zur Annahme jenes Antrages kommen wird oder kommen muß. Wir betrachten den jetzigen Antrag aber als einen Vorposten für jene weitere Forderung. Wenn Sie den Antrag nicht so wie er ist, annehmen wollen, bitten wir Sie, ihn einem Ausschusse zu überweisen.

**Stadtv. Gerstenberg:** An diesem Antrage ist neu nur seine absolute Unausführbarkeit. Vom 10. Februar bis Ostern ist es absolut unmöglich, diese Angelegenheit zu verwickeln. Jedes Buch müßte in einer Stärke von 175 000 Exemplaren angeschafft werden, das kann kein Verleger leisten. Neue Bücher einföhren, das muß auf einem anderen Wege gemacht werden, von der untersten Klasse aufwärts, sonst würden wir den Eltern nur neue Lasten auferlegen. Dann müssen die Bücher doch ausgewählt werden; wer soll das in der kurzen Zeit besorgen? Bekanntlich sind wir allein gar nicht zuständig. Mit den vorhandenen Büchern ist Herr Bogtger nicht einverstanden; andererseits schafft ein einheitliches Buch ein Monopol. Es lassen sich aber auch zahlreiche, selbst pädagogische Gründe für den Wunsch anföhren, der in den weiten Kreisen der Bürgerschaft gehegt wird. Am eine gründliche Prüfung dieses Antrages, der, so wie er liegt, unausführbar ist, zu ermöglichen, bitte ich, Anschaffungsberatung zu beschließen.

**Stadtschulrat Bertram:** In 6 Wochen läßt sich allerdings nichts erreichen. Die inkultivierten Kinder sind auch keineswegs die Mehrzahl. Für die stabilen Kinder aber ist doch vielleicht eine gewisse Mannigfaltigkeit vorzuziehen. In Paris wird der Individualität des Lehrers überlassen, welche Bücher er wählen will. Deshalb wählen dort die Lehrer aus einer großen, stets vervollständigten Liste von Lehrbüchern. Man hat ja auch dort auf eine gewisse Gleichmäßigkeit gedrängt; aber nur für die Grammatik ist sie durchgeführt worden. Wenn die Schuldeputation bisher verschiedene Bücher, namentlich Lesebücher, zugelassen hat, so liegt das auch daran, daß das Besuchen der Kinder mit den Gegenständen vertraut machen sollte, für welche es systematischen Unterricht nicht giebt. Aus dieser Erwägung ging eine Anzahl verschiedener Lesebücher hervor, die von den Grundbegriffen der Realkien bis zu den Elementen der Geographie mit der Zeit vorgeschritten sind. Die Abfassung der Lehrbücher auch noch von Amtswegen zu dirigieren, ist eine Zumuthung, die Sie der Schulverwaltung nicht machen sollten.

**Stadtv. Bogtger:** Der Antrag soll nicht ausführbar sein, weil nur noch 6 Wochen bis Ostern fehlen. Auf alle Einwände war ich gefaßt, nur auf diesen nicht. Es handelt sich doch bei meinem Antrage um die Sache, nicht um den Zeitpunkt. Wir lassen das durchaus mit uns handeln. Wir sind durchaus einverstanden, wenn Sie alles, was wir beantragen, nicht bloß diesen Antrag, annehmen, wenn es auch erst Ostern über's Jahr ist. Wenn Herr Gerstenberg fragt, wie man den Eltern zumuthen könne, so große Ausgaben zu machen, so freut mich diese Ausführung einmal deswegen, weil Sie sich hier plötzlich des Geldbeitrags der armen Eltern erinnern, und dann deshalb, weil es keinen besseren Beweis für die Berechtigung unserer Forderung auf Unentgeltlichkeit der Lehrmittel giebt als diesen. Mit dieser Argumentation hat Herr Gerstenberg in dankenswerther Weise für unseren prinzipiellen Antrag gesprochen. Mit Recht wird mir vorgeworfen, ich hätte erklärt, die Bücher tauchen alle nichts. Gewiß! Aber ich habe damit keineswegs sagen wollen, daß nun von Obrigkeit wegen neue Bücher gemacht werden. Wir sind entgegenkommend genug, Ihnen zu überlassen, aus den Büchern, die alle nichts taugen, wenigstens eine Sorte auszuwählen. Aus einer gemeinschaftlichen Versammlung, welche das einschlagende Material prüfen kann, wird sich zweifellos ein Erfolg ergeben.

**Stadtschulrat Bertram** protestirt dagegen, daß die Gemeindereschulen als die Schulen der armen Leute hingestellt werden, und fragt, welchen Eindruck es wohl auf die Bürgerschaft machen solle, wenn hier erklärt werde, „die Schulbücher taugen alle nichts“.

**Stadtv. Kallisch:** Die Verfügung, daß die Lehrer, nicht aus der Schule plaubern“ sollen, ist auf königliche Verordnung zurückzuführen; das könnte Herr Bogtger doch wissen, wenn er sich besser orientirt hätte. Ein Monopol dürfen wir unter keiner Bedingung schaffen, schon um die Schaffensfreudigkeit der Lehrer nicht zu zerstören und um den Charakter der Kinder nicht zu verderben. Die Frage ist schon ein Duzend Mal besprochen worden; wir brauchen keine neue Prüfung. Nehmen wir den Antrag einfach ab!

Ein Schlusstrang wird angenommen.

Das Schlusstrang erhält

**Stadtv. Stadthagen:** Es ist vollkommen irrig, daß die erwähnte Verfügung auf eine Verordnung der Regierung zurückzuführen ist. Die Verfügung ist von der Schuldeputation, vom Stadtschulrat Bertram ausgegangen. Unsere Forderung auf Aufhebung der Verfügung ist wiederholt abgelehnt worden. (Die folgenden Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne bei der herrschenden Unruhe unverständlich.)

Der Antrag auf Anschaffungsberatung wird abgelehnt, ebenso gegen die Stimmen der Antragsteller auch der Antrag selbst.

Zur Beratung steht ferner eine Vorlage des Magistrats, betr. Genehmigung von Pferdebahnanlagen zur Verbindung der schon vorhandenen Geleise in der Französischen Straße mit den Geleisen nördlich der Weidenammer Brücke, sowie auch mit denen auf dem Monbijou-Platz und dem Hack'schen Markt.

Die Vorlage will die Ueberschreitung des Straßenzuges unter den Linden—Schloßbrücke durch die Pferdebahn ermöglichen und ersucht die Versammlung, ihre Zustimmung dazu zu geben:

1. daß nach Maßgabe des überreichten Projekts
1. eine Pferdebahn, abzwelgend von der zu I angeführten Französischen Straße durch die Straße hinter der katholischen Kirche direkt nach Norden zur Verbindung mit den Geleisen in der Dorothienstraße,
2. eine fernere Bahn von den Geleisen in der eben gedachten Straße durch die verlängerte Charlottenstraße über die Weidenammer Brücke zum Anschluß an die dort vorhandenen Geleise,
3. weiter eine Bahn, abzwelgend von der zu I angeführten Linie bei der Straße am Festungsgraben, über die Eiserne Brücke, Friedrücksbrücke, durch die Burgstraße zum Anschluß an die Geleise auf dem Monbijou-Platz und dem Hack'schen Markte angeführt werden;
- II. daß die Genehmigung zur Ausführung der zu I gedachten Bahnanlagen der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft unter den vertragmäßig festgesetzten Bedingungen ertheilt wird, wenn die genannte Gesellschaft dafür an die Stadtgemeinde die Summe von 1 000 000 M. zahlt, wodurch sie von den Kosten befreit wird, welche infolge der Bahnanlagen, für Benutzung oder Erwerb von Land oder für Ueberbauungs- und Umbauten an Brücken notwendig werden. Zur Begründung dieser Vorlage macht der Magistrat, der sich einstimmig für dieselbe erklärt hat, u. a. folgendes geltend:

Schon seit dem Abschluß des Vertrages vom 26. Juli 1880 mit der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn war es ein allgemein empfundener Wunsch, eine möglichst direkte Pferdebahn-Verbindung von Süden nach Norden ungefähr im Zuge der Friedrichstraße oder doch einer nahe gelegenen Parallelstraße unter Ueberschreitung der Straße unter den Linden herzustellen.

Von fast gleichwertiger Bedeutung ist ferner eine Verbindung der Geleise am Monbijou-Platz und Hack'schen Marktes mit den Geleisen ungefähr des Werder'schen Marktes, um so einen Verkehr von Nordost nach Südwest zu ermöglichen, eine Verbindung, welche schon in dem Nachtragsvertrage vom 6. November 1884 mit der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft vorgesehen war. Während bei der erstgedachten Linie die Hauptschwierigkeit in der Ueberschreitung der Straße unter den Linden zu erblicken war, wurde für die zweite Verbindung der Umstand erschwernend, daß eine Durchkreuzung der Umgegend nördlich und westlich des königlichen Schlosses (Lustgarten, Schloßfreiheit) scheinbar nicht vermieden werden konnte, und eine Verbindung der Geleise in der Spandauerstraße durch die Königstraße und über die Lange Brücke mit den vorhandenen Geleisen auf dem Schloßplatz wegen der ungünstigen örtlichen Verhältnisse zuvörderst wiederholt abgelehnt worden ist.

Neuerdings hat sich nun eine Aussicht eröffnet, ein Projekt zur Ausführung zu bringen, welches die in der zweiten Linie (Verbindung von Nordost nach Südwest) liegende Aufgabe durchaus befriedigend löst und andererseits die erstgedachte Verbindung von Süden nach Norden herbeizuföhren oder zu ersetzen im Stande ist.

**Stadtv. Straß** beantragt, einen Ausschuss von 15 Mitgliedern niederzusetzen. Schon 1880 haben man diese Verbindung herzustellen verlangt. Die Verbreiterung der Friedrichstraße sei früher hauptsächlich in Betracht gekommen, und die Versammlung habe 3/4 Millionen dazu beisteuern wollen, um die Pferdebahn über die Linden zu erföhren. Seit 1888 aber sei bekannt, daß die Friedrichstraße nicht hergegeben werde. Es sei nun zu prüfen, ob der vorgeschlagene Ausweg gewählt werden müsse, und dazu beantrage er Anschaffungsberatung.

**Stadtv. Borgmann:** Die Vorlage hätte doch mit dem nächsten Gegenstande, der Verschönerung des Schloßplatzes, zusammengehört werden sollen (Widerspruch), weil beide in untrennbarem Zusammenhang stehen. Wir sind ja den Pferdebahnen nicht sehr grün, freuen uns aber, daß endlich einmal die Hindernisse, welche der Ueberführung der Pferdebahn über die Linden in den höchsten Regionen entgegenstanden, überwunden sind. Wenn wir indessen der Vorlage zustimmen sollen, darf es nicht mit der Million abgethan sein, welche die Pferdebahn-Gesellschaft zahlen soll, sondern sie muß ganz andere Konzeptionen gewähren. Der Zehnjährige-Tarif muß eingeföhrt werden, es müssen der Gesellschaft im Punkte der Arbeitszeit und der Ausnutzung der Arbeitskraft ihrer Angestellten (Auf: Zur Sache!) einschneidende Vorschriften gemacht werden. Die Pferdebahnen müssen den Leuten angemessene Ruhepausen gewähren und Zeit zur Einnahme des Mittagbrotes. (Welchster) Sie lagten darüber, würden das aber nicht mehr thun, wenn Sie einmal einige Tage als Pferdebahn-Rutscher oder -Schaffner Ihr Brot suchen müßten. Sogar der Kommissar für das öffentliche Fuhrwesen ... (Vorsteher Langehaus: Sie gehen doch zu weit vom Thema ab; Bedingungen für die Konzeption zu stellen, ist Sache späterer Erwägungen). Wir haben geglaubt, die Bedingungen aufzählen zu müssen, unter welchen wir für die Vorlage stimmen können. Wir erklären, wenn die Gesellschaft nicht in dieser Beziehung und im Betriebe selbst Verbesserungen einföhrt, dann werden wir solchen Vorlagen niemals zustimmen.

**Stadtv. Spinola** beantragt ebenfalls Anschaffungsberatung. Einen Zusammenhang mit der Schloßplatz-Vorlage kann er nicht entdecken; die Vorschläge des Magistrats hält er für einen ausgezeichneten Wurf.

Die Vorlage geht darauf an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Zur Beschlussfassung steht sodann eine Magistratsvorlage, betr. die Umgestaltung des Schloßplatzes und eines Theils der Königstraße.

Nach der Begründung ist die Vorlage veranlaßt durch ein Schreiben des Ministers der öffentlichen Arbeiten, wonach dieser Bedenken trägt, das eingereichte Projekt zum Umbau der Kurfürstenterrasse zu genehmigen, vielmehr im Vertheilinteresse eine Umarbeitung wünscht. Der Zugang zur Brücke von der Südseite des Schloßplatzes her sei, wie täglich beobachtet werden könne, infolged ein höchst unangenehm, als die Plüchtlinie der Häuserreihe zwischen der Breitelstraße und der Spree den Verkehr von und zu der Brücke in unzulässiger und gefahrbringender Weise verengt, was seit der Aufstellung des Schloßbrunnens noch schärfer hervortrete. Der Minister hält es nicht für wünschenswerth, diesen Zustand zu verewigen, sondern ist der Ansicht, daß die genannte Häuserreihe abgebrochen und dadurch die Einengung dieses Theils des Platzes beseitigt werden sollte. Der Verkehr würde dadurch wesentlich verbessert und dem Schloßplatz eine seinem monumentalen Charakter entsprechende Form gegeben, zumal nach Befestigung der Gebäude die Umgestaltung und Ausschmückung des Giebels des Markalles nach den noch vorhandenen Schiller'schen Skizzen erfolgen würde.

Der Magistrat hat, der ministeriellen Anregung entsprechend, zwei Projekte A und B aufgestellt und schließlich dem Projekt B, welches die Verbreiterung der Königstraße auf der Südseite voraussetzt, den Vorzug gegeben. Letzteres Projekt kann, wie der Magistrat meint, ohne Befestigung der Grundstücke Schloßplatz 7-16 nicht wohl gedacht werden, er nimmt deren Befestigung aber auch aus den vom Minister angeführten, auf die architektonischen Verhältnisse bezüglichen Motiven in Aussicht. Korrespondierend mit dieser Verbreiterung des Schloßplatzes soll die Verbreiterung der Königstraße bis zum Rathhause (Spandauerstraße) hin durchgeführt werden. Geplant ist, das jenseits der Kurfürstenterrasse befindliche, bis zur Poststraße hinreichende Gebäude der „alten Post“ nicht abzureißen, sondern nur die Bordinnen des Erdgeschosses in einen kolonnenartigen, veredelten Bürgersteig zu verwandeln, von der Post bis zur Spandauerstraße aber eine neue Flusslinie für die

Königsstraße herzustellen, durch welche dieselbe eine Verbreiterung auf 17 bzw. 18 und 18,5 Meter erfährt. Durch diese Verbreiterungen wird auch die neue Kurfürstendammbrücke eine Verbreiterung um 2 Meter stromaufwärts erhalten.

Mit der gleichmäßigen Verbreiterung des Straßendamms des engeren Theils der Königsstraße auf 10 Meter und der Brücken-Erweiterung auf 18 Meter wird endlich, so meint der Magistrat, eine neue, aufsehensreiche, für starken Verkehr geeignete Zufahrtlinie nicht nur vom königlichen Schloß und dem Schloßplatz nach dem Rathhause eröffnet, es wird vielmehr eine Leben und Verkehr fördernde Arterie in den ganzen Osten der Stadt geführt. Der Magistrat erachtet dies als eine kommunalpolitische Aufgabe, da es unablässig dafür zu sorgen gilt, daß die natürliche Präponderanz des Westens sich nicht in dem Maße — und schließlich auch zum Nachtheil des Westens — so vermehre, daß darunter und dabei die Hälfte der ganzen Stadt, die eigentliche alte Stadt, mehr und mehr leidet, der alte Mittelpunkt der Stadt — Schloß und Rathhaus — dies zu sein aufhört, und seine Bedeutung an eine andere historisch und architektonisch bedeutungslose Stelle abtritt.

Ueber die Kosten wird in der Vorlage nur bemerkt, daß sie „nicht unbedeutend“ sein werden, in Aussicht zu nehmen sei das Enteignungsverfahren. Die Versammlung wird ersucht, sich grundsätzlich mit der Durchführung des Projekts einverstanden zu erklären und den Magistrat zu den erforderlichen weiteren Verhandlungen zu ermächtigen. Ueber den Erwerb der qu. Grundstücke und die Deckung der Kosten würde dann später besonders Bescheid zu fassen sein. Von den Stadtverordneten Wagner und Kollmann ist Ausschussberatung beantragt; Stadtverordnete Barth und Genossen beantragen: Die Versammlung lehnt eine prinzipielle Stellungnahme zum Projekt ab, weil jede Möglichkeit der Beurteilung des Kostenpunktes fehlt.

Stadtver. Wagner will nur den einen Punkt erwähnen, der ihn zur Stellung des Antrages auf Ausschussberatung führte, den Geldpunkt. Die Prüfung der Vorlage in dieser Beziehung sei unmöglich, da sie sich über den Kostenpunkt voll und ganz ausschweife. Das müsse im Ausschuss nachgeholt werden.

Stadtver. Seltze: Der Magistrat spricht in der Begründung auch davon, daß schon früher innerhalb der städtischen Kollegien in der Richtung des zweiten Projekts verhandelt worden sei. Die damaligen Verhandlungen haben aber gar keine Rücksicht auf die Südseite genommen, das Projekt für die Nordseite wurde festgelegt. Jetzt plötzlich sind seltzamer Weise die Gründe des Ministers für den Magistrat die maßgebenden geworden! Die Idee des Kolonnadenganges giebt ja auch keine Möglichkeit einer freien Durchwegung der Straße; andererseits aber würde in dieser Kolonnade der seltsame Mühlenstamm neu entstehen. (Zustimmung.) Gewiß wird eine Zufahrt nach dem Osten geschaffen; aber um dem Zug nach Westen entgegenzutreten, dazu bedarf es denn doch starker Mittel, als der Verbreiterung einer Straße. Sehr seltsam ist, daß der Rämmerer heute fehlt. Wenn sonst jemand z. B. auf Ermäßigung der Miethsteuer drängt, dann ist der Rämmerer anwesend, um sofort zu erklären, daß dafür kein Geld da ist. Hier aber sollen wir einem Projekt zustimmen, das zahlreiche Millionen kosten kann! Wir werden aus diesen Gründen gegen die Vorlage stimmen.

Stadtver. Ramskau: Der Redner verlangt eine genaue Kostenrechnung vom Magistrat, bezeichnet aber nicht genau, was er denn eigentlich berechnen haben will. Der Magistrat kann auch nur eine Tage machen, die er gewiß bereits gemacht hat, aber wohlweislich im Interesse der Stadt nicht preisgibt (Unruhe), sondern dem Ausschusse vorbehält. Gewiß werden zu den Kosten noch anderweitige Zuschüsse gesucht werden müssen; auch in der Presse hat man auf Krone und Friskus hingewiesen. Ein Recht dazu haben wir nicht; auf dem Wege der Verhandlung wird es aber wohl gelingen, noch etwas Zuschuß zu erlangen. Die große Entwidlung Berlins rührt doch von dem Wiedererleben des Reiches her; Verkehrsbehindernisse zu beseitigen ist unsere Pflicht. In der Presse hat sich Widerspruch gegen den Plan nicht erhoben.

Es geht ein Schlußantrag ein. (Große Unruhe.) Gemeindet sind noch 7 Redner. Stadtver. Singer stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Schlußantrag. Der letztere wird hierauf zurückgezogen.

Stadtver. Kollmann begreift die Vorlage mit Freuden und erklärt sich ebenfalls für Ausschussberatung.

Stadtver. Singer: Ich bin nicht in der Lage, dieses Gefühl der Freude zu theilen. Als der Oberbürgermeister sich vor einiger Zeit hier beklagte, daß die Arbeiten der städtischen Verwaltung hauptsächlich in der Nähe, hier in Berlin am schärfsten kritisiert würden, war ich nicht der Meinung, daß sich sobald die Veranlassung zu einer scharfen und bitteren Kritik hier erneuern würde. Mag sein, daß die Schatten dieser Vorlage schon in die damalige Rede des Herrn Jelle gefallen sind und er daher scharfe Kritik vorausgesetzt hat. Mehr wie je bin ich in der Lage, dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß eine solche Vorlage an uns gekommen ist. Vor kaum Jahresfrist hat die Versammlung fast mit Einstimmigkeit die Pläne, welche eine Verbreiterung des Schloßplatzes betreffen, abgewiesen und der so gerühmten Einmütigkeit der städtischen Behörden wäre besser gedient gewesen, wenn man nicht nach so kurzer Zeit mit dieser Vorlage gekommen wäre. Sie ist aber da, wir müssen uns mit ihr beschäftigen, und der Magistrat mag es uns nicht übel nehmen, wenn wir jetzt für die einzig mögliche Antwort entgegenstehen, ein einfaches Nein! Die Vorlage wird begründet mit der Nothwendigkeit der Verbreiterung der Königsstraße aus Verkehrs-rücksichten. Aber ist nicht die Kaiser-Wilhelmstraße, der Mühlenstamm verbreitert worden, um den Verkehr in der Königsstraße zu entlasten? Was dann das Projekt A betrifft, so halte ich auch dieses in der gegenwärtigen Zeit für durchaus nicht notwendig. Ich habe in der Vorlage die erfreuliche Mittheilung gelesen, daß der Magistrat einstimmig seinen Beschluß gefaßt hat. Diese Mittheilung ist ein Novum; früher wurde uns über das Stimmverhältniß keine Mittheilung gemacht, und auch diesmal scheint sie mehr eine Deckung für den Magistrat darzustellen. Ich habe da auch an den Rämmerer denken müssen: Hat denn sein Rämmerereigenthum nicht geschlagen, als er zustimmte zu einem Sprung ins Dunkle, den die Versammlung machen soll, zu einem Projekt, welches eine sehr gefüllte Hand voll Millionen erfordert, ohne daß der Magistrat für nöthig hält, sich auch nur mit einem Worte über die finanzielle Tragweite auszusprechen? Wenn der Magistrat sagt, er würde an geeigneter Stelle die Mittheilungen machen, so weiß ich nicht, ob es eine geeignete Stelle giebt, als das Plenum der Versammlung. Ich hoffe nicht, daß er mit Herrn Ramskau gewiß ist, solche Sachen hinter verschlossenen Thüren abzumachen. Wir haben gar keine Scheu, solche Dinge, die den Stadtsäckel angehen, hier vor der gesammten Bürgerschaft zu verhandeln. Die Art, die Sache erst einem kleinen gewählten Kreise schmachthaft zu machen, ist nicht die richtige. Herr Ramskau hat in der Presse kein Wort des Widerspruches gefunden. Ja es kommt darauf an, welche Presse er liest. (Große Heiterkeit.) Die „Kreuzzeitung“ befürwortet die Vorlage. Die Presse aber, welche die Bürgerlichkeit vertritt, enthält diese Zustimmung nicht. In einer Zeit, wo das nächste Jahr uns 2 1/2 Millionen auferlegt für das Polizeikosten-Gesetz, in einer Zeit, wo an die Stadt durch Einverleibung der Vororte sehr bedeutende Ansprüche gemacht werden, in einer Zeit stärkster wirtschaftlicher Depressions auf allen Gebieten, in einer Zeit des Nothstandes kann man nicht solche Millionenprojekte in Aussicht nehmen. Die Verkehrsverhältnisse jener Stadtgegend sind nicht derartig, daß man heute auch nur das Projekt A zur Ausführung bringen sollte. Viel stärker sind natürlich die Bedenken gegen das Projekt B, welches die halbe Seite des Schloßplatzes abreißen will. Ich frage den Magistrat, ob er bei der Vorlage — nicht an das Terrassenprojekt, obwohl

Beitrag zu der Ausführung des Projekts B das Hausministerium zu zahlen hat. Bei der vor einigen Jahren erfolgten erheblichen Erhöhung der Zivilliste glaube ich, daß es sich um einen sehr stattlichen Beitrag handeln wird. (Heiterkeit.) Und wer wird für die Schläfersche Marktschmiede die Kosten tragen? Das Projekt B ist überhaupt nicht geeignet, in weitere Erwägung gezogen zu werden. Mit seiner Ausführung würden der Bürgerschaft so enorme Kosten auferlegt, daß ich den Muth des Magistrats bewundern muß, uns jetzt mit solcher Vorlage zu kommen. Die Versammlung wird gezwungen sein, diesen hochliegenden Plänen des Magistrats Jängel anzulegen. Was die gestellten Anträge anbelangt, so werden wir für den Antrag Barth stimmen, weil auch wir der Meinung sind, daß eine Prüfung dieses Projekts im Ausschuss, wenn nicht schädlich, so doch zum Mindesten ganz überflüssig ist. Durch Ueberweisung an den Ausschuss würde der Schein erweckt werden, als ob die Versammlung sich damit für die Sache erklärte. Der Antrag Barth lehnt das Projekt ab, weil keine Möglichkeit der Beurteilung der Kosten gegeben ist; er ist mir auch nicht sehr sympathisch; aber ich stimme für ihn, weil er gegenüber dem Antrage auf Ausschussberatung der vernünftiger ist. Ich würde sonst für pure Ablehnung sein und den Magistrat dringend bitten, uns mit Vorlagen zu versehen, deren Kosten er nicht übersteigt. Die Art, wie uns hier zugemutet wird, uns mit einem abenteuerlichen Projekt zu befassen (Vorsteher Langerhans bittet solchen Ausdruck nicht zu gebrauchen), es im Prinzip zu genehmigen und uns verdrößen zu lassen auf die finanziellen Mittelungen, wenn die grundsätzliche Zustimmung gegeben ist, die möchte ich aus der Finanzverwaltung Berlins gänzlich entfernt sehen. Nach der Stimmung der Versammlung ist allerdings kaum darauf zu rechnen, daß die Versammlung a limbo die Vorlage abweist, und so werde ich für den Antrag Barth stimmen in der Hoffnung, daß eine Majorität sich zusammenschließt, welche ihr großes Mißfallen an dieser Vorlage ausdrückt. Sollte aber ein Ausschuss beliebt werden, dann empfehle ich, den Ober-Verwaltungsgerichtshof-Rath Kunze als Sachverständigen von diesem Ausschuss vernehmen zu lassen! (Große Heiterkeit; Widerspruch und Zustimmung.)

Wiederum ist ein Schlußantrag eingegangen. Der Antrag wird von der Versammlung mit großer Unruhe angenommen. Die Sozialdemokraten beantragen durch den Stadtver. Vogt herr abermals namentliche Abstimmung. Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird diesem Antrage entsprochen. Der Schluß wird mit 77 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Stadtver. Baillen spricht sich sehr sympathisch für die Vorlage aus. Er bemängelt, daß der Stadtver. Singer von der Ausschussberatung als einer Verathung hinter verschlossenen Thüren spricht; die Ausschussverhandlungen seien für alle Mitglieder zugänglich. Auch sei der frühere Beschluß nicht fast einstimmig, sondern gegen 29 Stimmen gefaßt worden, und habe die Verschönerungsprojekte nicht für immer, sondern nur insoweit sie sich mit dem Ramen Kunze verknüpfen, ablehnen wollen.

Wiederum geht ein Schlußantrag ein. Derselbe wird in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 62 Stimmen abgelehnt.

Stadtver. Barth: Es ist bisher nicht dagewesen, daß der Magistrat ein prinzipielles Einverständnis von uns verlangt, ohne finanzielle Grundlagen zu geben. Der Ausschuss ist nicht dazu da, mangelhaft fundirte Vorlagen zu ergänzen; er soll gut fundirte Vorlagen prüfen (Zustimmung). Es ist ungewöhnlich und unpraktisch, wie hier zu procediren uns zugemutet wird. Vertraulich könnte der Ausschuss die Sache doch nicht behandeln. Nachdem der Magistrat seinen Beschluß einstimmig gefaßt hat, wissen doch die Eigenthümer der in Betracht kommenden event. zu exproprirenden Häuser längst, wie der Hofe läuft. Ich kann mich also auf eine Vorlage wie diese nicht einlassen, weil ich mich nicht mit einem Finger binden will, ehe ich bezüglich des Geldpunktes völlig klar sehe.

Stadtver. Scheiding bedauert die Haltung Singer's, der sein Interesse für die Arbeiter mit einer puren Ablehnung ganz gewiß nicht befunde. (Heiterkeit.) Einer so wichtigen Frage müsse Jeder im Saale seine grüßliche Thätigkeit widmen. Der Antrag Barth würde die Sache auf zwei Jahre vertagen, und nachher würde die Ausführung des Projekts lediglich um einige Millionen theurer sein.

Damit schließt die erste Verathung. In namentlicher Abstimmung wird mit 71 gegen 28 Stimmen beschlossen, die Vorlage einem Ausschusse von 15 Personen zu überweisen.

Als Nachtrag zur Tagesordnung liegt folgender schleunige Antrag der Stadtver. Borgmann u. Gen. vor:

Den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß bei den am 20. Februar stattfindenden Gewerbe-gerichts-Wahlen im 11. und 12. Wahlbezirk nicht nur in der Turnhalle, sondern auch in der Aula der Schule gewählt wird.

Der Antrag wird als dringlich erklärt und vom Stadtver. Zubeil begründet. Im 11. Bezirk seien 3700, im 12. Bezirk 2300 Wähler. Bei 9 Stunden Wahlzeit lassen sich höchstens 120 Wähler in der Stunde abfertigen, wenn jeder nur eine halbe Minute in Anspruch nimmt. 3-400 Wähler in der Stunde abzufertigen ist ein Unding! Wenn die Wähler, die bis 9 Uhr erscheinen, berechtigt sind, ihr Wahlrecht auszuüben, so werden sie zum Theil bis 11 und 12 Uhr festgehalten werden. Der Stadtrath Häbner habe erklärt, es verziehe das Verlangen des Antrages gegen das Gesetz, welches die rechtzeitige Belanntmachung des Wahlortes vorschreibt. Der Antrag umgehe diese Schwierigkeit.

Stadtrath Häbner bestreitet dies. Es handle sich immer um 2 Lokale statt des einen, welches nach dem von der Versammlung selbst genehmigten Ortsstatut nur zulässig sei.

Stadtver. Vogt herr schlägt als Ausweg vor, im Wahllokal eine doppelte Anzahl von Wahlbüchern anzustellen.

Nach weiterer Debatte, an der sich die Stadtver. Freyhel, Stadthagen und Zubeil beteiligten, wird die Versammlung beschlußunfähig und die Sitzung muß abgebrochen werden, sodaß es zu einer Beschlußfassung über den Antrag der Sozialdemokraten nicht mehr kommt.

Schluß 1/2 Uhr.

## Lokales.

**Achtung!** Von zuständiger Seite erfahren wir, daß sich für die Bildung der Wahlausschüsse bei den Wahlen zum Gewerbe-gericht insofern Schwierigkeiten ergeben, als sich vielfach Arbeiter weigern, das Amt eines Weisigers zu übernehmen, weil ihnen dadurch der Arbeitsverdienst für einen halben Tag entgeht.

So richtig es nun auch wäre, den Weisigern eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst zu gewähren, so wird es für die am 20. d. M. stattfindende Wahl kaum möglich sein, den Mitgliedern des Wahlausschusses Däten zu zahlen, weil das Ortsstatut keine diesbezügliche Bestimmung enthält.

Für die formelle Gültigkeit der Wahl ist es jedoch unbedingt erforderlich, daß der Wahlausschuss richtig, und zwar zur Hälfte aus Arbeitnehmern und zur Hälfte aus Arbeitgebern zusammengesetzt ist. Eine unvollkommene oder gar nicht erfolgte Besetzung des Wahlausschusses hat ohne Weiteres die Ungültigkeitserklärung der Wahl zur Folge.

Wenn auf diese Weise rechtsgültige Wahlen nicht zu Stande kommen, so tritt eine Bestimmung des Gesetzes

in Kraft, wonach auf Anordnung der oberen Aufsichtsbehörde die Weisiger zum Gewerbegericht von der Stadtverordneten-Versammlung ernannt werden.

Es bedarf, glauben wir, nur dieses Hinweises, um die Arbeiter Berlins zu veranlassen, die ihnen durch das Ortsstatut zugemuteten Lasten zu übernehmen und sich der Aufforderung der Wahlvorsteher, bei den Wahlen als Weisiger zu fungiren, nicht zu entziehen.

Die mühevollen Vorarbeiten für die Wahlen zum Gewerbe-gericht dürfen nicht umsonst gemacht sein und in Frage gestellt werden durch den Umstand, daß aus Mangel an Weisigern keine rechtsgültigen Wahlen vorgenommen werden können.

Aus diesem Grunde richten wir an die Arbeiter Berlins die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß die Wahlausschüsse in genügender Zahl besetzt werden, damit die Wahl selbst vorgenommen werden kann und nicht an diesem formellen Mangel scheitert.

Vor allem muß vermieden werden, daß die Zusammenkunft des Gewerbegerichts — so weit Arbeitnehmer in Frage kommen — anders als durch die Wahl der Arbeiter stattfindet, und dieser Umstand würde eintreten, wenn eine Wahl wegen Mangel an Weisigern für die Wahlausschüsse nicht vorgenommen werden könnte.

Deshalb noch einmal, Arbeiter, meldet Euch bei den Wahlvorstehern der betreffenden Bezirke zur Uebernahme der Weisigerposten und sorgt dadurch dafür, daß am 20. Februar bei den Wahlen zum Gewerbegericht der Wille der Berliner Arbeiter Geltung erlangt.

**In den Gewerbegerichts-Wahlen.** Wir erhalten folgendes Schreiben:

„Da es mir bis heute unmöglich war, die nöthige Zahl der Weisiger und Protokollführer resp. 1. Stellvertreter aus der Zahl der Wähler zur Vervollständigung des Wahlausschusses des 33. Wahlbezirks aus dem Stande der Arbeitnehmer zu erhalten, so bitte ich doch gefälligst, eine Notiz in ihrem Blatte aufzunehmen, daß sich Herren bei mir bis spätestens Sonnabend, den 18. d. M., melden.“  
J. Raftaedi,  
Wahlvorsteher, Bezirk 5, I.“

**Berichtigung.** Das Wahllokal im 31. Bezirk ist, wie irrthümlich im Aufruf angegeben, Auguststraße 37/38, sondern in Auguststraße 67/68.

Unser Genosse Redakteur R. Cronheim hat gestern seine dreimonatliche Festungshaft auf der Festung Hohenzollern verlassen, zu der er wegen einer Majestätsbeleidigung verurtheilt worden ist, die der „Vorwärts“ unter seiner Verantwortlichkeit verübt haben soll. Wir wünschen unseren Genossen, daß seine Geistesfrische und sein guter Humor, die ihm schon über so manche Härtseligkeit hinweggeholfen haben, ihn auch in dieser seiner unfreiwilligen Ruhe nicht verlassen werden.

Die Versammlung für die Militärvorlage, welche am Mittwoch Abend in der Viktoriabrauerei in der Köpenickerstraße stattfand, zeigte, daß es in Berlin nicht an Professoren, Kommerzienräthen, Postlektanten, Beamten und Offizieren a. D. fehlt, die, wenn es ihnen keine besonderen Kosten macht, gerne ein Zeugnis ihrer Gutgesinntheit ablegen. Landes-Deponierath Hobbe präsidirte der Versammlung, als Weisiger fungirten Stadtbaurath Hohrecht, Verlagsbuchhändler Luchardt, Generalsekretär Bued, Professor Adolf Wagner und als Schriftführer Postsekretär Nachvoll. Professor Dr. Hans Delbrück hielt seine bekannte Rede. Der „Patriotismus“ fordere, die Militärvorlage zu bewilligen. Lächerlich seien die Klagen über die Steuerlast. So lange in Deutschland noch so viel Geld für Bier und Branntwein ausgegeben werde, können die Bier- und Branntwein-Konsumenten auch den Militäraufwand tragen. Der General-Lieutenant v. D. von Boguslawski warf mit den Soldaten Millionenweise umher. Wir hätten nur 3 000 000 Mann, die Franzosen aber 4 Millionen; wir müssen also, um überlegen zu sein, unsere 4 1/2 Millionen stellen können. Als ob wir mit 4 oder 5 Millionen Mann wehrkräftiger wären; ehe die 3 Millionen voll aufgehoben ist, wären Deutschland und Frankreich gleich bankrott. Die tolle Idee eines Krieges mit den 4 oder 5 Millionen Mann eines Staates kann nur in den Köpfen von Dunnen und Mongolen, oder in denen ausschließlicher Militärs und Professoren ausgeheckt werden. Die Agrarier und kapitalistischen Progen stimmen wohl der Militärvorlage zu; einmal tragen sie nicht die Kosten und andererseits suchen sie ihren Profit dabei.

Die Versammlung war von 800 Personen besucht, also von einem halben Prozent der Reichstagswähler; viel höher dürfte sich die Zahl der sammtlichen Verteidiger der Militärvorlage in Berlin auch nicht belaufen.

**Gausjagung.** Nach „Die Erlebnisse eines Zuchthäuslers“ fand gestern eine ergebnislose Gausjagung bei Bishoff, Boyenstraße 40, Henschel, Solvenerstraße 22, und dem Schlosser Bising, Zionskirchstr. 7, statt. Heute werden die Gausjagungen fortgesetzt, u. a. auch beim Schankwirth Bihel, Elisabethkirchstr. 16.

**Estrafgelder** sehen manche Arbeitgeber für die leichtesten Vergeltungen ihrer Arbeiter gegen die Fabrikordnung in einer Höhe fest, die weit über die Grenze des Zulässigen hinausgeht. So wird in der Liste derjenigen, die im Monat Januar 1893 der städtischen Haupt-Stiftungskasse Vermögensverluste und Besenke“ überwiesen haben, auch Herr C. Volke, Alt-Moabit Nr. 99-103, aufgeführt mit dem Vermerk: Ueberwiesenes Straf-geld einer Portierfrau 10 M.“ Wahlgemerkt, es heißt nicht etwa, wie bei einem anderen, in derselben Liste aufgeführten Arbeit-geber: „überwiesenes Straf-geld“, sondern nur: „überwiesenes Straf-geld“. Es handelt sich also um einen einzigen Fall. Was kann die Portierfrau des Herrn Volke so Schweres verbrochen haben, daß ihr mit einem einzigen Schläge 10 M. abgenommen werden dürfen? Und warum fließt dieses Straf-geld nicht wenigstens in eine Kasse, deren Einkünfte wieder dem Personal zu gute kommen? Kann es für Herrn Volke etwas übermäßig Verlorenes haben, aus solcher Veranlassung unter den Spenden von „Vermächtnissen und Besenken“ aufgezählt zu werden? Und endlich: Ist ihm diese Ehre schon einmal aus einer für ihn weniger billigen Veranlassung zu Theil geworden?

Durch einen Sturz von der Leiter ist gestern Vormittag um zehn Uhr der 48 Jahre alte Monteur Rudolf Zeltow, Belle-Alliancestr. 79 wohnhaft, vor dem Hause Alexander-Ufer 7, sehr schwer verletzt worden. Er war dabei, bei dem Regen von Gasköhen beschäftigt, fiel aus einer noch nicht bekannten Veranlassung von einer Leiter und trug außer einem Bruch des rechten Arms schwere innere Verletzungen davon, sodaß seine Ueberführung nach der Charite erfolgen mußte.

**Soldaten-Selbstmord.** Aus Rathenow meldet man uns vom gestrigen Tage: Einen unfreiwilligen Fang machte am Mittwoch Vormittag der Fischereibeitzer Beyer in der Havel bei den hinteren Arden. Mit dem ziemlich tief gehenden Fangleitz förderte derselbe die Leiche eines Husaren zu Tage, der mit vollstän-diger Uniform besetzt war, außerdem noch Handschuhe trug. Die Leiche wurde als mit dem seit dem 5. d. Mts. verschwundenen und vom Regimentkommando gesuchten Husaren Schreiber von



## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 15. Februar 1893. 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf zu Eulenburg, von Lepke, von Heyden.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Petition des Direktoriums des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen betreffend den zwischen Deutschland und Rußland abzuschließenden Handelsvertrag.

Die Petitionskommission, Berichterstatter Abg. v. Bredow, beantragt, die Petition der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Am 9. Februar, als die Petition zum ersten Male auf der Tagesordnung stand, beantragte Abg. Rickert, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag liegt auch heute noch vor. Ferner beantragt der Abg. Arendt:

Die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß diese im Bundesrat dahin wirke, daß bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland die Interessen von Landwirtschaft und Industrie besser gewahrt werden, als bei den Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz.

Der Antrag wird heute zurückgezogen.

Es liegt folgender neuer Antrag der Abgg. v. Dziembowski und v. Erffa vor:

Die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß diese im Bundesrat dahin wirke, daß bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland im Anschluß an die Erfahrungen, welche auf Grund der Wirkungen der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz gemacht sind, die Interessen von Landwirtschaft und Industrie ausgiebig gewahrt werden.

Der Präsident v. Köller giebt dem Abg. v. Kröcher das Wort, ohne die verschiedenen Meldungen zur Geschäftsordnung, welche von den Abgg. Franke und Rickert ausgingen, zu beachten.

Abg. v. Kröcher (L.) polemisiert zunächst gegen Rickert und fährt dann fort: Die Petition ist ausgegangen von der Provinz Sachsen, die landwirtschaftlich eigentlich am besten gestellt ist; die Leute haben dort guten Boden für Zuckerrüben u. s. w. Wenn die Provinz Sachsen schon stuhig wird wegen eines russischen Handelsvertrages, dann muß es schlimm stehen. Die niedrigen Preise der landwirtschaftlichen Produkte wirken um so nachtheiliger, als die Mehrausgaben der sozialpolitischen Versicherungsbeiträge die Landwirtschaft sehr erheblich belasten. Bei dem Abschluß der Handelsverträge mit Oesterreich u. s. w. sind die Vertreter der Landwirtschaft gar nicht gehört worden. Das hat der Reichskanzler 1891 bei der Debatte über die Handelsverträge ausdrücklich anerkannt. Daß die Industrie nicht glücklich über die Handelsverträge ist, hat Herr Bodelius neulich ausgeführt. Die Landwirtschaft hat durch die Öffnung der Grenze die Viehseuchen bekommen, es herrscht Mangel an Arbeitern, die Aenderung des Unterhaltungswohnungs-Gesetzes ist ausgeblieben, die neue Landgemeindeordnung, alles das hat Grund zur Unzufriedenheit in den ländlichen Kreisen gegeben. Die Begünstigung der unteren Volksklassen und die Misachtung des Mittelstandes macht ebenfalls böses Blut. (Sehr richtig! rechts.) Unzufriedene hat es immer gegeben. Geschimpft ist in Preußen immer worden. Aber ob es wohlgehehen ist, eine königstreue Bevölkerung durch gesetzliche Maßregeln ohne zwingende Noth noch unzufriedener zu machen, stelle ich anheim. Ich habe Stimmen gehört, die mich stuhig gemacht haben. Ein alter Bauer hat mir gesagt, die Regierung müßte doch endlich ein Einsehen haben. Das ist heutzutage sehr schwer. (Weiter! rechts.) Es ist schlimm, daß man so etwas hier sagen muß. Für den Handelsvertrag mit Oesterreich und Italien wurden auch politische Gründe geltend gemacht; wie weit die Worte des Reichskanzlers, daß wir unsere Verbündeten stärken müßten, auch auf Rußland passen, weiß ich nicht. Erfahrene Männer haben mir gesagt, daß durch den Handelsvertrag mit Rußland unsere Stellung eine viel schlechtere als früher werden würde. Ich bitte Sie, den Antrag des Herrn v. Dziembowski, über den namentlich abgestimmt wird, einstimmig anzunehmen.

Von dem Abg. v. Gynern und Genossen ist folgender Zusatzantrag zum Antrag v. Dziembowski eingegangen:

Gleichzeitig wird die Staatsregierung aufgefordert, vor und bei Abschluß von Handelsverträgen sich mit den Interessenten und Sachverständigen der Landwirtschaft und Industrie in ausreichender Verbindung zu setzen.

Auf Antrag des Abg. Rickert verliest der Referent v. Bredow den Wortlaut der Petition.

Abg. Arendt (L.): Zu meinem Antrage gab mir u. a. die Haltung des landwirtschaftlichen Ministers Anlaß, der sich hier auf eine Debatte über den russischen Handelsvertrag nicht einlassen wollte. Diese Zurückhaltung der Regierung, die eine Aenderung ihrer Haltung bedeutet, hat große Unzufriedenheit unter den Landwirthen erzeugt. Der frühere landwirtschaftliche Minister Dr. v. Lucius führte eine ganz andere Sprache. Wenn ich meinen Antrag zurückgezogen habe, so geschah es nicht, um einen Rückzug anzutreten, ich bin vielmehr der Ansicht, daß der neue Antrag sich vollständig inhaltlich mit dem meinigen deckt. Es steht zu befürchten, daß es bei den Unterhandlungen mit Rußland bei uns geht wie bei Oesterreich. Rußland hat eine Papierwälu, deren Schwankungen leicht das ausgleichen können, was Zollherabsetzungen uns Vortheil bringen. Ein Unterhändler soll erklärt haben, er könne einen Zusammenhang zwischen Zollvertrag und Valuta nicht erkennen (Hört! rechts). Es sollen politische Gründe maßgebend sein. Wird Rußland seine Truppenmassen von der Westgrenze zurückziehen? Es kommt aber noch auf etwas anderes an. Wenn das Deutschland und die evangelische Kirche in Rußland verfolgt werden, dann muß Deutschland sich wohl darum kümmern. Ich muß immer lachen, wenn ich die offizielle Presse lese, die mit einem Auge weint, mit dem anderen lacht; der Handelsvertrag soll den Frieden befestigen, und daneben wird immer der Krieg nach zwei Fronten als unausbleiblich hingestellt. „Erläutert mir, Graf Cerinbur, diesen Zwiespalt der Natur!“ Die Ermäßigung der Zölle müssen die Steuerzahler schwer büßen. Deshalb glaube ich, daß wir abwarten müssen mit dem Abschluß des Vertrages. Die Petition geht von Sachsen aus, also von einer Provinz, wo der Großgrundbesitz nicht vorherrscht. Ich weiß, daß die heffischen Bauern derselben Ansicht sind. Es ist eine Lüge, daß die Agrarier für ihre Bereicherung arbeiten; sie arbeiten für ihre Existenz und die Existenz der Landwirtschaft hat ein allgemeines Interesse. Trotzdem die Demokratie in Frankreich herrscht, besteht zum Schutz der Landwirtschaft ein hoher Getreidezoll, von dem bei Verhandlungen mit anderen Staaten nicht abgesehen wurde. Ohne Aenderung der Verhältnisse wird keine gründliche Besserung eintreten. Die Zufriedenheit der Bevölkerung ist im Schwanken begriffen und die guten Finanzen werden auch untergraben dadurch, daß man die Grundlage des Staats, die Landwirtschaft, vor den Kopf stößt. Wer sehen will, der erkennt, daß Sturmzeichen vorhanden sind und ich möchte die Regierung bitten, diese Sturmzeichen zu beachten. Deshalb bitte ich, den Antrag anzunehmen.

Ministerpräsident Graf Eulenburg: Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß aus der Unzufriedenheit

der Landwirthe irgend etwas folgen könnte, was die Wehrhaftigkeit des Reichs beeinträchtigen könnte. Ich halte das für eine Beleidigung der Landwirthe. (Lebhafte Beifall.) Die Grundlage des Deutschen Reichs ist die Einheit des Zolltarifs. Es ist bedenklich, wenn ein Einzel-Landtag sich durch seine Beschlüsse in Gegensatz stellt zur Handelspolitik des Reichstages. (Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Diese Grenze wurde überschritten durch den Antrag des Vorredners. Deswegen war der Finanzminister vollständig im Recht, als er sich gegen diesen Antrag aussprach. In solchen Verhandlungen über Reichsangelegenheiten kann sich die Regierung nicht beteiligen. Der neue Antrag ist aber ein wesentlich anderer, und es ist vergebliches Bemühen, den früheren und jetzigen Antrag gleich zu stellen. (Widerspruch rechts.) Die Regierung ist sich bewußt, daß sie die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft vollständig wahrnimmt. Wenn Sie diesem Wunsch aber besonderen Ausdruck geben wollen, so hat die Regierung keinen Anlaß, diesem Antrage zu widersprechen. Was den Inhalt der Petition angeht, so kann ich einer feststehenden Praxis folgend, wegen der schwebenden Verhandlungen auf die Einzelheiten nicht eingehen. Ich würde es erwünscht finden, wenn dieser Grundsat auch hier befolgt würde. Ich sage das nicht, weil ich dem Hause das Recht beistimmen möchte, über diese Dinge zu sprechen. Aber solche Verhandlungen führen zu Erörterungen, die für die Verhandlungen gänzlich sind. Sonst werden Sie uns bereit finden, zu verhandeln über die Beschwerden der Landwirtschaft, nicht bloß mit warmem Herzen, sondern auch mit dem vollen Bestreben, da zu helfen, wo es noththut.

Inzwischen ist ein Antrag v. Dziembowski eingegangen, sowohl in dem Antrage v. Dziembowski als in dem Antrage v. Gynern an Stelle der Worte: „Landwirtschaft und Industrie“ zu setzen: „Landwirtschaft, Gewerbe und Handel“.

Ferner ist vom Abg. Seer ein Antrag eingegangen: „Die Regierung möge auf den Abschluß eines Handelsvertrages mit Spanien hinwirken, durch welchen dem deutschen Spiritus das verlorengegangene Absatzgebiet wiedergewonnen wird.“

Abg. v. Erffa (kon.): Die Regierung wird nicht beistimmen können, daß sich schon schlechte Erfahrungen aus dem österreichischen Handelsvertrag gezeigt haben. Dieser Vertrag ist allerdings an der jetzigen Preislage des Getreides nicht allein schuld, aber er trägt mit die Schuld neben andern Verträgen. Was hätte denn auch sonst die Nebewendung von den Opfern, die die Landwirtschaft bringen muß, bedeutet? Rußland hat seit 1888 durchschnittlich 80 pCt. der deutschen Einfuhr an Roggen geliefert, ist das nicht ein gefährlicher Zustand, der Vorsicht beim Abschluß dieses Handelsvertrages verlangt? Die Unzuverlässigkeit, die sich jetzt elementar bemerkbar gemacht hat, wollen wir in konservativen Bahnen lenken; aber eine solche Bewegung können wir nicht ignorieren; sie verdient auch die Beachtung der Regierung. Die Auslassungen des Herrn Bodelius zeigen, daß auch die Industrie nicht zufrieden ist. Den Antrag des Herrn von Gynern kann ich daher nur mit Freude begrüßen. Ich bitte umren Antrag anzunehmen, den Antrag Rickert abzulehnen.

Abg. von Schaiffa (Zentrum): Die viel gerühmte Festlegung des Zolles ist gerade ein Fehler. Er ist nur nach oben hin festgelegt, eine gesunde Entwicklung des Zolles ist ausgeschlossen; aber nach unten hin ist er nicht festgelegt. Es kommt nur darauf an, welche Wirkung die Höhe der Zölle haben wird, welche über die Vertheuerung schreiben. Ich vertritt seit Jahren die Ansicht, daß wir noch immer nicht dahin gekommen sind, daß der Zoll irgend welche Einwirkung auf die Preise gehabt hat. Ob der Zoll 8 1/2 M. oder 5 M. beträgt, macht für den Preis nicht viel aus. Ein Zoll ist nur wirksam, wenn er die Verhältnisse der Valuta ausgleicht, sonst ist er nur ein Finanzzoll, der die Reichskassette füllt. Wenige Monate nach Einführung des Rumpftarifs hatten wir die aller niedrigsten Preise, weil der Handel 168 stand. Heller Jubel entstand darüber, daß Oesterreich zur Goldwährung überging; der Jubel hat sich in Trauer verwandelt, denn es ist eine weitere Depression des Silbers erfolgt und der Import wird dadurch erleichtert. Rußland soll die Ansicht haben, den Rubelkurs zu stabilisieren. Das klingt sehr schön; aber was soll stabilisiert werden, das Gute oder das Uebel? Wenn der Rubelkurs 300 steht, brauchen wir keine Zölle. (Sehr richtig! rechts.) Der Ministerpräsident hat sich gewundert, daß man diese Dinge mit der Militärvorlage in Zusammenhang gebracht hat. Aber wenn der Landwirtschaft neue Opfer für die Militärkraft zugemuthet werden, dann darf die Regierung in demselben Augenblicke nicht eine Blutabspaltung vornehmen. Denn die höchsten Ideale schwinden, wenn die Noth eintritt. (Zustimmung rechts.)

Abg. von Kardorff (L.): Ein Beweis für den Nothstand der Landwirtschaft ist die Entvölkerung der östlichen Provinzen, ein zweiter Beweis ist der Rückgang der Domänenpacht-Preise bis zu 30 pCt. Es wird gesagt, die Kapitalisten seien auch geschädigt; der Zinsfuß sei auch zurückgegangen. Wer das sagt, zeigt, wie wenig er von der landwirtschaftlichen Noth begriffen hat. (Sehr richtig! rechts.) Wie man eine Bevölkerung wirtschaftlich vollständig zu Grunde richten kann, haben wir an Island gesehen, welches eine größere und wohlhabendere Bevölkerung hatte als jetzt. England hat das Land durch Freihandel und Goldwährung ruinirt. Ich möchte nicht, daß wir die östlichen Provinzen den Weg Islands gehen lassen. (Zustimmung rechts.) Unser Mißtrauen gegen den Abschluß der Handelsverträge wird jetzt allseitig getheilt. Was haben wir seitens der Regierung des neuen Rufes alles gegen die Landwirtschaft erlebt? Erleichterung der Grenzperre, welche die Einschleppung der Seuchen mit sich brachte; die Freigebung der amerikanischen Erzeugnisse; die Aufhebung der Rübenzucker-Exportprämien, wozu man Oesterreich nicht veranlaßt hat. Oesterreich und Frankreich haben ihre Prämien aufrecht erhalten und machen jetzt dem deutschen Zucker auf dem Weltmarkt Konkurrenz. Man scheint in den höheren Instanzen die Verhältnisse nicht recht zu kennen. Darin haben wir uns entschieden verkehrter gegenüber dem Fürsten Bismarck, der kannte das deutsche Land für unsere Seehäfen und auch für die Industrie kann der Handelsvertrag manchen Vortheil bringen, aber wenn er nicht ruinirt werden soll, müssen entweder zu den Zöllen bei sinkender Valuta Zuschläge erhoben werden, oder Rußland muß eine Regelung seiner Verhältnisse vornehmen, aber in ehrlicher Weise eintreten lassen. Die Oesterreicher haben sich durch ihre Regelung der Valuta eine Exportprämie von 15 pCt. ohne weiteres gesichert. (Hört! rechts.) Wenn es möglich wäre, bezüglich der Spiritus-Exportprämien eine Garantie zu finden, so würde das sehr zweckmäßig sein; es wird aber schwierig sein, das zu erreichen. Namentlich aber müssen unsere Delegirten auf einer neuen Münzkonferenz eine andere Haltung annehmen als bisher. Gerade unsere Delegirten haben aber die feindseligste Stellung dem Silber gegenüber eingenommen. Die Zeit selbst drängt dazu, daß das Silber wieder in sein Recht eingesetzt werde. Ich möchte auf die Vorgänge im westfälischen Kohlenrevier verweisen, denn die Kohle aus Oberschlesien wird vielleicht bei dem Handelsvertrage mit Rußland eine große Rolle spielen. Es bildet sich in Westfalen ein Kohlenrevier, größer als je. Die Gefahr dieses Ringes wird vergrößert, wenn die ober-schlesische Kohle den Export nach Rußland gewinnt. Dann wird unbedingt ein Streit stattfinden; wie leicht ein solcher Streit ins Leben zu rufen ist, haben Sie im Saarrevier gesehen.

Die neue landwirtschaftliche Bewegung kämpft nicht für ein wirtschaftliches Interesse, sondern für ihre Existenz. Wenn der Ministerpräsident seinem Vertrauen Ausdruck gegeben hat, daß die nothwendigen Mehrausgaben bewilligt werden, so kann ich auch sagen: Die treue monarchische Gesinnung ist noch die alte; aber es giebt ein Stadium der Noth, wo die Leistungsfähigkeit aufhört. Wenn es sich um die Frage handelt: Soll die Goldwährung oder die deutsche Landwirtschaft aufrecht erhalten werden, so ist mir die Landwirtschaft doch mehr werth. Ich hoffe, daß die Staatsregierung diese Frage sehr ernsthaft zu Herzen nimmt und nicht mehr von dem rein mancherlei Standpunkte aus betrachtet; der zu meinem Bedauern beim Reichschahamt immer noch herrscht.

Abg. Enccerus (nat.) wendet sich zunächst gegen Angriffe des Abg. Arendt auf die nationalliberale Presse. Wenn ein Unterschied in der Beurteilung der Angelegenheit besteht, so liegt er darin, daß bei den Nationalliberalen der kleinere und mittlere, bei den Konservativen meist der große Grundbesitz vertreten ist. Aber bei gemeinsamen und berechtigten Interessen werden wie gemeinsam vorgehen. (Hört! rechts.) Die ausgiebige Wahrung der Interessen der deutschen Industrie und Landwirtschaft ist auch unser Wunsch.

Abg. v. Minigerode (L.): Von der Staatsregierung ist die Verbilligung der Volksernährung als Grund der Ermäßigung der Getreidezölle angeführt worden. Die Erfahrungen liegen ja nun reichlich genug vor. Den hohen Preisen von 1891 sind die niedrigen Preise von 1892 gefolgt. Ist denn eine Verbilligung des Brotes eingetreten? Da hat man den Beweis, daß billige Getreidepreise noch lange nicht billige Brotpreise garantiren. Der Landwirtschafts-Minister sprach von der Verschuldung der Landwirthe und von dem Arbeitermangel. Die Verschuldung ist allgemein bekannt, der Arbeitermangel ist namentlich dadurch herbeigeführt, daß die niedrigen Preise nicht die Zahlung hoher Löhne gestatten, wie sie verlangt werden. Deshalb muß auch die Verbilligung des Brotes bestehen werden. Die Gruppe von Herren, welche mit Rußland verhandelt, scheint mehr internationale als nationale Ziele dabei zu verfolgen. (Zustimmung rechts.) Nach den Auslassungen des Herrn v. Marschall gilt der Konventtarif als Basis. Damit ist also die Landwirtschaft von vornherein preisgegeben. Das hat die Landwirtschaft beunruhigt und erbittert. Was uns bevorsteht, zeigt die Bestrebungen in Rußland, das Zwanzigmarkstück in seinem Werthe herabzubrüden. Danzig und Königsberg haben kein so großes Interesse an Rußland. Beide Städte haben ein genügendes Hinterland. Sie sollten nicht einer Taube nachlaufen und den Sperling misachten. Ihr Hinterland ist ihnen sicher, der Verkehr mit Rußland ist ungewiß, namentlich wegen der Verhältnisse. Den offenkundigen Verhältnissen gegenüber sollen wir schweigen. Ausgewert! Das war das richtige Wort, welches der Reichskanzler in die Welt schleuderte, als er die Schutzoll-Politik einleitete. Wenn früher der Getreidezoll von 1 M. als Kompensationsobjekt Oesterreich gegenüber die Rede war, so muß ich bemerken, damals gab es keine Schutzölle, sondern nur Zinzanzölle. Keinem Menschen ist es aber je eingefallen, die Schutzölle als Kompensationsobjekt zu betrachten. Damals hieß es: Deutschland für Deutschland und kein Tummelplatz des Auslandes. Jetzt scheinen wir vor einer Rückwärts-rotation zu stehen. Der Reichskanzler hat von dem Verneinungsbazillus gesprochen. Ist die weitere Verfolgung dieser Handelspolitik etwa ein Verneinungsbazillus? (Weiter! rechts.) Ich bedauere, daß das Haus es verlangt hat, nicht hier ist; ich würde ihn persönlich fragen: Sie wollten dem Bande die Last der Getreidezölle auch weiter auferlegen und trotzdem ein neuer Handelsvertrag? Wir wollen der Regierung deutlich machen, was wir wirtschaftlich und finanziell für nothwendig halten. Wir wollen ausgiebigen Schutz der Landwirtschaft und der Industrie Rußland gegenüber. Der Antrag Rickert auf Tagesordnung bezeichnet eheulich und knapp, was die Landwirtschaft von den Preisfälligkeiten zu erwarten hat. (Zustimmung.) Eine Modifizierung dieses Antrags ist nicht mehr nöthig. Wenn nach der Zwölverammlung schon bekannt gewesen wäre, wie die Landwirtschaft sich jetzt zum russischen Handelsvertrag stellen, dann wäre das Anathema über die Agrarier vielleicht damals verhängt worden. Wenn man so etwas erlebt, dann muß man sagen: Wer die Zügel des Regimentes führt, der muß auch die Zeichen der Zeit erkennen; was nennt man regieren! (Beifall rechts!) Wir stehen vor schweren Zeiten und müssen immer wieder die Frage aufwerfen: Wem nützt der russische Handelsvertrag, wenn man die anderen Handelsverträge? Der landwirtschaftliche Minister sagt, wir sollen tragen, was uns auferlegt ist. Wir wollen uns aber nicht mehr auferlegen lassen, wir wollen nicht auf zehn Jahre unter diese Luftpumpe, aus der wir nicht weg kommen können. Wir sind keine Fatalisten, sondern Vertreter einer sehr guten Sache: der Interessen des thaltraktischen deutschen Landmannes, der nicht mehr willens ist, sich stillschweigend scheeren zu lassen. Das es sich dabei um das Wohl und Wehe der Landwirtschaft, Preußens und des Reichs handelt, darüber ist unter Wissenden kein Zweifel. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Szmulia (Z.) weist darauf hin, daß der Arbeitermangel, wenn auch nicht allein, so doch zum Theil von den Polenausweisungen herrührt. Die Maßregeln, welche getroffen sind, reichen nicht aus, der Minister ist darüber nicht informiert. Er meint, die Arbeiter, welche über die Grenze kommen, müßten am 1. November zurück, weil dann die Sachseingänger zurückkommen. Aber die Sachseingänger verzeihen erst ihre Ersparnisse, wenn sie zurückkommen und treten nicht gleich in Arbeit. Die Zulassung der Arbeiter von jenseits der russischen Grenze macht viele Schreierereien mit dem Landratsamt. Von den österreichischen Handelsverträge haben allerdings die Industriellen in Oberschlesien wenig Vortheil gehabt, eher Nachtheile: denn die Zollermäßigung ist eine so geringe, daß die Ausfuhr deutschen Eisens nach Oesterreich nicht möglich ist. Etwas anderes wäre es, wenn die Kohlenpreise für unsere Industrie heruntergesetzt würden; darauf ist aber der Handelsminister nicht eingegangen. Wenn die ober-schlesische Eisenindustrie nicht vollständig erlahmen soll, müssen wir ihr die russische Grenze öffnen, allerdings unter Schonung der Interessen der Landwirtschaft. Wir werden dem Abschluß eines Handelsvertrages zu widerstreben nicht im Stande sein, schon damit die Gefahr aufhört, daß man bei Ueberbreitung der Grenze angeschlossen wird.

Minister v. Berlepsch: Aus den Aeußerungen des Vorredners werden Sie wohl entnehmen haben, daß die Stimmung der deutschen Industrie doch keine so ablehnende ist, wie man hier hat glauben machen wollen. Die Stimmung hängt los von dem eigenen Interesse ab. Daß die ober-schlesische Industrie ein anderes Interesse an dem russischen Handelsvertrage hat als die Industrie, welche nach Süddeutschland oder England ihre Waaren absetzt, ist selbstverständlich. Davon wird auch das Opfer abhängen, welches man dabei Anderen zumuthet. Die Frage muß richtig gestellt werden; wenn Sie fragen, ist die Industrie durchaus zufrieden, so antworte ich: Nein, und der Reichskanzler würde heute derselben Meinung Ausdruck geben

Es wäre uns lieber gewesen, mit mehr Gewinn vor Sie hinzutreten und mit weniger Konzessionen unsererseits. Aber die Handelsverträge waren so nicht zu haben gewesen (Anruhe rechts). Als die Handelsvertrags-Verhandlungen begannen, hat eine eingehende Befragung stattgefunden. Einundzwanzig der ersten Vertreter der Industrie habe ich bei mir versammelt gehabt. Sie haben einstimmig geantwortet, die deutsche Industrie bedürfe in ihrer jetzigen Lage unbedingt des Exports, ohne welchen sie nicht mehr existieren könne. Dazu brauche sie die Handelsverträge. Es wurden Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz verlangt. Bei dieser Versammlung wäre es unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen, wenn die Herren damals der Landwirtschaft keine Opfer auferlegen wollten. Die Herren haben damals ihre eigenen Interessen vertreten. Daß die Herren der Meinung waren, daß die Interessen der Landwirtschaft möglichst wenig geschädigt werden sollen, halte ich für ganz selbstverständlich. Die Industrie wird nicht allgemein der Ansicht sein, daß die Zollherabsetzung um 1,50 M. die deutsche Landwirtschaft so schädigt, daß die Industrie auf den durch die Herabsetzung erlangten Vorteil verzichten müßte. Wenn wir vor demselben Tarife wie 1891 ständen, würde die Industrie heute wohl dieselbe Stellung einnehmen, wie damals. Herr Arendt hat es so darzulegen wollen, als wenn die ganze Industrie unzufrieden sei. Das ist durchaus nicht der Fall. Die Zollreduktionen werden den Export schließlich doch fördern. Die Vorwürfe gegen die Regierung sind unredentlich.

Abg. Meyer-Berlin (Ofr.): Es ist seit einer Reihe von Jahrzehnten ein Bedürfnis des deutschen Volkes, mit Rußland in lebhaftere Handelsbeziehungen zu kommen als bisher. Als Sekretär der Handelskammer in Breslau ist es vor 25 Jahren eine meiner Hauptaufgaben gewesen, immer von neuem die Nachteile zu schildern, welche durch das handelsfeindliche Vorgehen Rußlands entstehen. Ein Herr, der nachher für die Schutzzölle eintrat, entwarf damals Zeichnungen, Karten und Karikaturen, in denen er die schlechte Lage der östlichen Provinzen schilderte. Alle bisherigen Bestrebungen scheiterten an dem Willen der russischen Regierung. Zur Zeit der Hochfluth der westeuropäischen Handelsverträge machte diese Bewegung Halt an der Grenze von Rußland. Jetzt sind wir dahin gekommen, daß die russische Regierung geneigt ist, in Handelsvertrags-Verhandlungen einzutreten, und wenn nun der Ruf erschallt: Keinen Vertrag mit Rußland! so liegt doch eine Situation vor, auf die der Name „Falschingscherg“ nicht mit Unrecht angewendet werden kann. (Lachen rechts.) Ich bin überzeugt, daß Ihr Ansturm auf die Regierung scheitern, daß die Regierung im Reichstage obliegen wird. Die Regierung thut in dieser Sache nicht was sie will, sondern was sie muß, was ihr von der Nothlage der Verhältnisse aufgedrängt wird. Wir müssen wieder zu anderen handelspolitischen Beziehungen kommen. Den Werth des österreichischen Handelsvertrages darf man nicht erweisen nach dem positiven Nutzen den er gebracht hat, danach dürfte er wenig Nutzen gebracht haben (Hört! rechts); ich wisse den Nutzen danach, welchen Schaden er verhindert hat, wenn Handelsverträge nicht zu Stande gekommen wären. Am 1. Februar 1892 lief eine Reihe von Handelsverträgen völlig ab, und im Laufe des Jahres hätten sich weitere Verträge diesem Ablauf angeschlossen. Europa wäre in den Zustand völliger Vertragslosigkeit hineingerathen, bei welcher von Export keine Rede mehr sein konnte. Die Regierung mußte deshalb die Verhandlungen einleiten. Deshalb sagen wir von unserem Standpunkt: Die Regierung hätte viel mehr Kommissionen machen können, um dafür viel mehr Konzessionen zu erhalten. Daß ihr gewisse Konzessionen gewährt worden sind, zeugt von großer diplomatischer Geschicklichkeit, und ebenso groß ist die Geschicklichkeit, mit welcher Rußland von seinem ablehnenden Standpunkt abgebracht ist. Parlamentarische Gewohnheit ist es, über schwebende Verhandlungen nicht zu sprechen, namentlich haben die Oppositionsparteien in England stets diese Gewohnheit befolgt. Wir unterdrücken unsere Bedenken, Sie (rechts) machen den eifrigeren, aber erfolglosen Versuch, die Verhandlung zu fördern. Deshalb haben wir den Antrag auf einfache Tagesordnung gestellt; den einzigen den wir annehmen können. (Beifall links.)

Abg. Lehmann (Z.) erklärt sich für den Antrag Dziewbowski. Darauf wird um 4 Uhr die weitere Beratung bis Donnerstags 11 Uhr vertagt.

### 32. Sitzung vom 16. Februar 1893. 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Berlepsch, v. Heyden.

Das Haus setzt die Beratung der Petition des Zentralsvereins der Provinz Sachsen gegen den russischen Handelsvertrag und die dazu vorliegenden Anträge fort. Nach einer persönlichen Bemerkung gegen die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage führt

Abg. Schmieding (natl.) aus: Deutschlands Zustände erinnern an den Versuch Rom's. Die großen Städte, namentlich die Hauptstadt, wachsen übermäßig an, daneben besteht eine Entvölkerung des platten Landes, welche der Landwirtschaft zum Schaden gereicht. Die Konkurrenz, welche die Provinzen Italien machen, wird heute von fremden Getreideländern der deutschen Landwirtschaft gemacht; sie kann diese Konkurrenz nicht aushalten und muß im Interesse der Staatserhaltung geschützt werden. Der Schutz darf aber nicht hinausgehen über das, was zur Aufrechterhaltung einer gesunden Landwirtschaft notwendig ist; geht der Schutz darüber hinaus, dann liegt die Gefahr einer radikalen Ueberänderung nahe. Dann folgt bei hohen Preisen die Suspension der Zölle, und die Suspension dehnt sich schließlich so weit aus, daß sie der Aufhebung gleich kommt. Der Zoll ist ausreichend, und die Klagen der Agrarier sind unbedeutend. Hat nicht die Steuerreform die Absicht, die Doppelbesteuerung der Landwirtschaft zu beseitigen? Freilich ist dabei eine Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften neu eingeführt worden. Die Angriffe gegen das Kohlenyndikat sind unbedeutend; das Syndikat ist kein Ring, der die Preise werfen oder übermäßig steigern will, sondern es soll die Produktion der Konsumtion angepaßt, jede Schwankung vermieden und ein Mittelpreis festgehalten werden. Geradezu verwunderlich ist die Annahme des Herrn v. Kardorff, daß das Syndikat den Streik befördere; Streiks entstehen bei Haufe und Waiffe der Montanwerthe an der Börse, die Preisschwankungen veranlassen die Arbeiter zum Ausstande, Mittelpreise sichern auch den Arbeitern einen ständigen Lohn und dauernde Arbeitsgelegenheit. Bei den früheren Handelsverträgen ist auch die Industrie nicht ausreichend befragt worden. Deutschlands Position ist eine gute, es braucht auf den Abschluß eines Vertrages nicht zu drängen, sondern es kann warten. (Zustimmung rechts.)

Abg. Schmidt-Gröden (Zentr.): Wenn das Haus zu einem Beschlusse auf Grund der vorliegenden Anträge komme, dann werde die Regierung denselben beachten müssen, auch wenn es sich hierbei um eine Reichsfrage handle. Einem Handelsvertrage mit Rußland an sich kann die Landwirtschaft sich nicht widersetzen, sie kann nur die Berücksichtigung ihrer Interessen verlangen.

Abg. Wittinger (natl.) giebt zu, daß die Regierung sich stetig in Fühlung mit der Industrie gehalten habe. Aber die Vertreter der Regierung seien nicht immer genügend inornirt gewesen über Verhandlungen, welche die Regierung mit einzelnen Industriellen führte über Klagen, deren Berücksichtigung die Regierung anerkannte.

Minister v. Berlepsch: Der Vortredner scheint nicht zu übersehen zu sein, daß genügende Informationen eingeholt sind; er möge sich in meine Bureau's bemühen, es wird ihm dort Material vorgelegt werden, mit dem er länger als acht Tage zu thun haben dürfte. Wir können doch nicht von jeder einzelnen Handelskammer für jeden einzelnen Betriebszweig einen Sachverständigen er-

nennen; da könnte jedes Mal ein kleines Parlament zusammenberufen werden.

Abg. Dr. Ritter (L.) bestreitet, daß der Antrag von Dziewbowski denselben Inhalt habe wie der Antrag Arendt, und bekämpft den Antrag Brömel, wonach der Handel befragt werden solle; dadurch würde der ohnehin schon übermäßige Vorkenhandel Einfluß gewinnen. Die Bedenken gegen den Abschluß von Handelsverträgen werden ziemlich allgemein in allen landwirthschaftlichen Kreisen und auch in industriellen Kreisen getheilt. Der Landtag vertrete die Intelligenz des Landes besser als der Reichstag, dessen Wahlsystem nicht die nöthigen Garantien biete. (Sehr richtig! rechts.) Geschadet hat der Handelsvertrag mit Oesterreich nicht, aber auch nichts genützt. Ein Schaden ist dadurch indirekt eingetreten, daß die Landwirtschaft die Industrie begünstigt glauben und daß kein Zusammengehen bei den Wahlen mehr stattfindet. Redner hält die Militärvorlage für eine Nothwendigkeit und bestriftet deren Annahme, aber gerade deswegen müsse die Landwirtschaft aufrecht erhalten werden. An den Handelsminister richtet Redner die Frage, in wie weit früher und jetzt die Landwirtschaft über die Handelsverträge gebürt worden sei.

Abg. v. Gynern (natl.) erklärt, daß er mit seinem Aenderungsantrage nicht beabsichtigt habe, dem Vorkenhandel einen besonderen Einfluß zu verschaffen. Auf die schwebenden Verhandlungen brauche man nicht so sehr Rücksicht zu nehmen. Diese parlamentarische Gepflogenheit sei auch in England längst außer Achtung gekommen. Wenn Herr Meyer-Berlin sich in diese parlamentarische Tugend-Loga hält, so hat er vergessen, daß die freisinnige Agitation gegen die Getreidezölle zur Zeit der Verhandlungen mit Oesterreich in diese Loga ein großes Loch gerissen hat, sodaß man die Wabelstrümpfe dadurch sieht. (Heiterkeit.) Wer durch einen Handelsvertrag geschädigt ist, der klagt laut, wer aber Vortheile hat, der schweigt still. (Sehr richtig! links.) Deshalb wird man über die Wirkungen eines solchen Vertrages niemals authentische Mittheilungen erlangen können. Daß Alten im Handelsministerium in großer Hülle vorhanden sind, ist wohl anzunehmen; allein damit ist noch nicht die Sicherheit gegeben, daß alle Interessenten genügend befragt sind. Es fehlt aus unseren Beamten die nöthige Vorbildung; sie sind immer aus den Kreisen der Juristen, die vom Leben nichts verstehen. Industrie und Landwirtschaft müssen immer Hand in Hand gehen; wir wollen nicht die Klagen der Landwirtschaft mit dem Schlagwort Agrarier beseitigen, aber wir wollen die Ursache der Klagen untersuchen. Die Landwirtschaft hat schon schlechtere Zeiten gehabt, wie aus dem Anfange von Fritz Reuter's „U'mine Stromtid“ zu ersehen ist. Gute und schlechte Zeiten wechseln ab, wie bei der Industrie. Die Wanderung der Arbeiter vom Osten nach dem Westen macht der Industrie im Westen durchaus kein Vergnügen. Denn das Mehrangebot von Arbeitern fördert nur die Ausbeutung der Massen. Die Regierung, als die größte Unternehmerin, könnte hier helfen. Das Sparmaßregeln des Finanzministers führt zur Einschränkung der Betriebe, die nach einiger Zeit einem schwindelhaften Aufschwung Platz macht, wodurch die Arbeiter wieder angeleitet werden. Wenn die Landwirtschaft über die Lasten der sozialpolitischen Befragung klagt, so können wir hoffen, daß man endlich den herrschenden Humanitätsdunst aufgeben und sich bei den bestehenden Einrichtungen begnügen lassen wird. Der Staat kann nicht für jeden Einzelnen sorgen (Sehr richtig! rechts.) Deshalb ist auch das Musterinstitut in Saarbrücken nach dem ersten Anlauf selbsteingesunken. Die Landwirthe sollten den Bimetallismus nicht im Gegenstand der Agitation machen. Wenn Herr Arendt Finanzminister würde, so würde er bei den ersten Schritten der Ausführung seiner Theorien Antimetallist werden. (Zuruf Arendt's: Abwarten!) Der Zoll von 3,50 M. ist doch im Verhältniß zum Preise hoch genug; ein höherer Zoll könnte bei steigendem Preise dem Ansturm des Volkes gegenüber auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden. Alle Industrien und auch die Landwirtschaft haben ein erhebliches Interesse an Handelsverträgen; aber wir brauchen uns nicht wegzuwenden. Deutschland ist stark genug, um abzuwarten zu können, daß die anderen Staaten an uns herankommen. In diesem Sinne möchte ich die Verhandlungen mit Rußland geführt wissen. (Beifall.)

Abg. Brömel (Ofr.): Daß Deutschland sich an Rußland fortwärt, ist nicht zu befürchten; das erste Anerbieten zu solchen Verhandlungen ist von Rußland ausgegangen. Das Haus sinkt zu einem Debattirklub herab, wenn es sich mit allen Fragen beschäftigen will, die hier angeregt werden, ohne daß es zu einem Ergebnis kommt. Warum stellt dem Herr von Kardorff seinen Antrag auf Einführung des Bimetallismus? Wir haben in die Verhandlungen mit Oesterreich nicht eingegriffen durch einen Angriff. Der Reichskanzler, der damals noch Ministerpräsident war, kam aus eigener Initiative hier in das Haus, um gegenüber der Bewegung, welche sich damals im Lande gegen die Getreidezölle bemerkbar machte, die Entschlieungen der Regierung kundzugeben. Erst darauf hin haben wir den Antrag gestellt, die Regierung möge das Material für ihre Beschlüsse dem Hause vorlegen. Der heute vorliegende Antrag wird von jedem anders gedeutet; die einen sehen ihn als eine Waffe gegen den russischen Handelsvertrag, die anderen halten den Antrag für geeignet, den Vertrag zu fördern. Trotzdem die Agrarier eine Ermäßigung der Getreidezölle Rußland gegenüber nicht wollen, hofft Herr v. Gynern noch, daß die Landwirtschaft mit der Industrie Hand in Hand gehen werde! Das heißt eine Vogel-Strauß-Politik treiben. Wegen eines Handelsvertrages mit Rußland sind nur ganz allgemeine Bedenken geltend gemacht worden. Wenn der Zollschuß auf die Tonne um 20 Mark ermäßigt wird, so muß man bedenken, daß die größere Menge der Ernte doch auch Vortheile bringt. Am interessantesten ist die Reihohde der Agitation. Seitdem Herr Arendt gefogt hat, klagen hilft nicht mehr, wir müssen schreiben, seitdem wird hier geschrien möglichst laut! (Heiterkeit.) Man darf sich nicht wundern, wenn nun auch die anderen wirthschaftlichen Gruppen sich zusammenschließen.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.): Wenn wir eine untergeordnete Rolle spielen, wie stimmt es damit überein, daß alle unsere Worte im Reichstage beachtet werden, daß man darauf reagirt? Die Sache liegt so, daß unsere Verhandlungen hier ein sehr schweres Gegengewicht gegen Ihre (nach links deutend) Stellung im Reichstage bilden! (Zustimmung rechts.) Das ist Ihnen unangenehm. Die agrarische Bewegung ist hervorgerufen mit einer Unerwünschtheit, die uns selbst überrascht hat. Ihnen vom Freisinn muß nach und nach angst und bange werden bei der Sache, und es wird Ihnen klar werden, welchen Fehler Sie begangen haben, daß Sie den richtigen Kern der Sache nicht erkannt haben. (Zustimmung rechts.) Die Stellung der Nationalliberalen uns gegenüber ist eine bessere geworden; Herr von Gynern hat nicht mehr von der vollständigen Abschaffung der Getreidezölle gesprochen. Aber Herr Caneceus hat noch den Unterschied zwischen dem kleinen und großen Grundbesitz aufrechterhalten; ich bin von Herrn Lamprecht, einem kleinen Landwirth unserer Partei beauftragt zu erklären, daß die kleinen Landwirthe sich in ihren Interessen mit uns vollständig solidarisch fühlen. Wir haben auf das Recht verzichtet, Reichsangelegenheiten hier zu besprechen, wissentlich haben wir verzichtet, weil früher der preussische Ministerpräsident der maßgebende Mann im Reiche war, und weil wir mit der Reichspolitik im ganzen und großen einverstanden waren, also schweigen konnten. Zu unserm Bedauern ist das jetzt nicht mehr der Fall (Hört! links). Beim österreichischen Vertrage ist die Landwirtschaft schlecht weggekommen, die Industrie hat keinen Vortheil gehabt. Mit Oesterreich wäre ein besserer Handelsvertrag zu erreichen gewesen (Hört! rechts). Es ist traurig, die maßgebenden Kreise den Werth der Zölle im Reichstage herabsetzen zu sehen. Für den Konsumenten ist es gleichgültig, ob der Zentner Kohle einen Pfennig mehr kostet, aber für den Produzenten hängt der ganze Gewinn davon ab. Die Landwirtschaft hat durch diesen Vertrag gelitten, die Industrie hat nichts bekommen (Zustimmung rechts). Niemand

kann mehr als ich gute politische Beziehungen mit Rußland wünschen, von Rußland trennen uns wenige politische Gründe, mit Rußland vereinigen uns aber große maßgebende Fragen. Es ist aber nicht notwendig, durch handelspolitische Abmachungen die politischen Beziehungen zu beeinflussen. Bei dem Vertrag mit Rußland wird ein gedeihliches Resultat noch viel schwerer zu erreichen sein als bei dem mit Oesterreich, denn Rußland hat keine Export-Industrie, und dazu kommen noch die russische Baluta und die Mäglichkeit, durch Tarismahnahmen die Zölle illusorisch zu machen. Ich kann an den Ministerpräsidenten unbefangene Aufforderung richten, unsere Interessen zu vertreten, umso mehr als er mit dem österreichischen Handelsvertrag nichts zu thun hatte. Ich hoffe, daß wir wieder zu normalen Zeiten zurückkommen werden, wo wir die Regierung wieder vollkommen unterstützen und hier im Landtag über den Reichstag schweigen können. Ich hoffe, daß die Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag uns keinen Anlaß zu ferneren Klagen geben. (Beifall rechts.)

Abg. Knebel (natl.): Für den Westen kommen die Getreidezölle nicht so erheblich in Betracht; es handelt sich bei uns mehr um den Wein- und Obstbau und um die Lohz. Die billige Einfuhr italienischer Trauben schädigt den Weinbau, denn der Weinbauer kann, wenn er den Ruf seines Weinberges aufrecht erhalten will, die Trauben nicht kommen lassen, um seinen schlecht gerathenen Wein zu verbessern, der billige fremde Wein macht aber seinem Wein Konkurrenz. Der Schutzzoll für Lohz ist aufgehoben worden; daneben sind andere Gerbstoffe in Aufnahme gekommen, so daß man den Eigenschafsbetrieb einfach aufheben muß, was sozialpolitisch und wirthschaftlich sehr gefährlich ist namentlich in einer Gegend mit so zersplittertem Grundbesitz. Deshalb bitte ich die Regierung, auf unsere Verhältnisse Rücksicht zu nehmen.

Nachdem der Pole v. Jostowski für den Antrag v. Dziewbowski sich erklärt, Abg. Seer (natl.) für seinen Antrag wegen des Spiritusports gesprochen, erklärt

Abg. Graf Strachwitz (Z.), daß er und seine Freunde für den Antrag Dziewbowski stimmen würden, aber nicht wegen seiner Begründung, sondern wegen seines Inhaltes, der sehr abweichend von dem Inhalt des Antrages Arendt, was ausdrücklich festgelegt zu werden verdiene. Der Handelsvertrag mit Rußland sei nur eine Konsequenz des Vertrages mit Oesterreich; er sei notwendig, um unseren östlichen Landestheilen den Verkehr mit Rußland zu erleichtern. Gegen die Auffassung des Reichskanzlers, daß die Getreidezölle eine Last für das Land seien, müsse entschieden protestirt werden. Von diesem Gesichtspunkte lasse sich die Regierung hoffentlich nicht leiten. Der Regelung der Viehdienste sollte die Regierung aber besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Daß die Nothlage der Landwirtschaft allein den Handelsverträgen und der Regierung zugeschrieben wird, dagegen müsse er Widerspruch erheben.

Damit schließt die Debatte. Zur Geschäftsordnung erklären die Abgg. Dr. Lieber und von Deereuan, daß sie für den Antrag Dziewbowski stimmen in dem Sinne, daß derselbe keinerlei Spitze gegen den Reichstag und den Reichskanzler enthalte.

Verständlich bemerkt Abg. Meyer-Berlin (Ofr.): Herr von Gynern hat durch die Löcher meiner Loga meine Wabelstrümpfe entdeckt. Er hat falsch gesehen; ich habe niemals Wabelstrümpfe getragen und werde sie niemals tragen, weil ich glaube, mich im gewöhnlichen bürgerlichen Kleide hinreichend höflich ausdrücken zu können. Ich bin in den letzten Tagen von Herren, die dem Abg. von Gynern nahe stehen, darauf aufmerksam gemacht, wie bedenklich eine solche Tracht ist, indem sie zeigt, auf wie schwachen Grundlagen eine Erfindung ruhen kann. (Große Heiterkeit.) Ich möchte die Herren nicht beschämen. (Heiterkeit.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag des Abg. von Dziewbowski mit 319 gegen 25 (freisinnige) Stimmen angenommen; die Zusatzanträge von Gynern und Seer werden gegen die Stimmen des Zentrums und der Freisinnigen ebenfals angenommen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Kultusetats.)

## Soziale Uebersicht.

Achtung, Gewerbegerichts-Wähler! Arbeiter! Parteigenossen!

Wie Euch bekannt ist, finden am 20. Februar von Mittag 12 Uhr bis Abends 9 Uhr die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Unsere Gegner bieten alles Mögliche und Unmögliche auf, um ihre Kandidaten in das Gewerbegericht hineinzubringen. Sie verschmähen es sogar nicht einmal, Stimmenfang zu treiben, indem sie sich unseren unaufgärblichen Arbeitsbrüdern als „Arbeitsgenossen“ empfehlen. Sie gebärden sich, als ob sie wirklich die einzigen vom Kapital und Unternehmertum „unabhängigen, selbstbewußten Männer des praktischen Arbeiterlebens“ seien, wie es in dem Flugblatt heißt. Sie vergessen dabei gänzlich, daß sie es gerade von jeher waren, die dem Unternehmertum bei jedem Lohnkampfe, jeder gewerblichen Streitigkeit gegen die organisirten Arbeiter als Streikbrecher u. Handlangerdienste leisteten. Sehen wir uns doch einmal diese „unabhängigen selbstbewußten Männer des praktischen Arbeiterlebens“, die Hirsch-Dunder'schen Gewerkeleiter an, was sie bezwecken und erreichen wollen; sie stehen heute noch, wo der Kampf Aller gegen Alle, d. h. der Kampf zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden in seiner heftigsten Form tobt, auf dem Standpunkt „der Veröhnung und des sozialen Friedens“, wie sie es so phrasenhaft schön in ihrem Flugblatt zur Kenntniß aller Rentenden und Lentunfähigen bringen. Freilich, die große Masse der Denkenden wird sich nicht mit schönen Worten und Phrasen über die wirthschaftlichen Verhältnisse hinwegtäuschen lassen; über derartige Dinge ist das arbeitende denkende Volk längst hinweg. Es lächelt über die Thoren, die das Rad der wirthschaftlichen Entwicklung mit Worten zurückdrehen wollen; die heute noch eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigen und dabei übersehen, daß diese Harmonie eins dem schwächeren Theile aufgezwungene ist. Wenn sich die Gewerkeleiter in ihrem Flugblatt nun jedoch zu dem Aussprache versteigen: „Selbstverständlich müssen die Arbeitervertreter ganze Männer, feste Charaktere sein“, so wollen wir uns einmal die beschriebene Anfrage erlauben, wo diese „ganzen Männer“ und „festen Charaktere“ bei ihnen zu suchen sind. Sind das vielleicht die ganzen Männer und festen Charaktere, die bei der geringsten Differenz zwischen Arbeiter und Unternehmern sich sofort auf Seite der Unternehmern schlagen und gegen ihre „Arbeitsgenossen“ Stellung nehmen; die vor dem Unternehmern lagbuckeln und niebeugen, wenn er in dem Bewußtsein seiner Macht am Arbeitsverhältnisse willkürliche Aenderungen (Lohnabzüge, Arbeitszeitverlängerung u. s. w.) einleiten läßt? Sind das vielleicht „ganze Männer, feste Charaktere“, die dann noch von der sogenannten Harmoniedusel befeelt sind? Wir behaupten Nein!

Im Gegentheil, die ganzen Männer und die festen Charaktere sind wo anders zu finden: In den Lohnkämpfen der Gewerkschaften mit ihren oftmals schweren Folgen und Nachwehen, als Hunger und Arbeitslosigkeit; unter politischer Rechtsmache und Unterdrückung, da haben sich unsere Genossen als ganze Männer und feste Charaktere bewährt. Hier sind alle die zu

finden, die den Muth haben, für die Interessen ihrer Klasse einzutreten. Darum, Arbeiter Berlin, laßt Euch nicht betören von schönen Worten, denkt wohl darüber nach, wer Eure Interessen als Arbeiter im Gewerbebetrieb am besten vertreten kann und wählt unsere Genossen, die oft bewiesen haben, daß sie für ihre Überzeugung auch Opfer zu bringen verstehen.

Ihr Wahl selbst würden wir empfehlen, daß Ihr Euch mit irgend einer Legitimation verfehlt; damit Ihr auf Erfordern Euch legitimiren könnt; Steuerzettel oder Miethskontroll u. s. w. genügt.

Ferner geben wir Euch bekannt, daß für folgende zusammengefaßte Wahlbezirke Bureaus am Wahltag errichtet sind:

Für den 1., 2., 3., 4., 5. Wahlbezirk Restaurant Seidenstr. 10, Kanonier- und Jägerstraßen-Ecke. Obmann Genosse Lätzerow, Wauerstr. 9.

Für den 6., 7., 8. Wahlbezirk Restaurant H. Werner, Lützowstr. 59. Obmann H. Haber, Neue Maassenstraße.

Für den 9., 10., 11. Wahlbezirk Restaur. Grube, Mariendorferstr. 10. Obmann A. Massini, Wellenlankestr. 66.

Für den 12., 13., 14., 15., 16. Wahlbezirk Restaur. Zubeil, Naunynstr. 86. Obmann Alwin Körsien, Staligerstr. 63/64.

Für den 17., 18., 19., 20., 21. Wahlbezirk Restaurant Gröndel, Dresdenstr. 118. Obmann B. Börner, Ritterstraße 108.

Für den 22., 23., 24., 25., 26., 27. Wahlbezirk Restaurant Henke, Blumenstr. 38. Obmann B. J. o. f. Kreißwallerstr. 69.

Für den 28., 29., 30., 31., 32. Wahlbezirk Restaur. Prießel, Gypstr. 3. Obmann G. B. uffe, Sophienstr. 28.

Für den 33., 34., 35., 36., 37. Wahlbezirk Restaur. Gnadt, Sömieländerstr. 120. Obmann O. B. ötte, Dunderstr. 6.

Für den 38., 39., 40., 41., 42. Wahlbezirk Restaur. Steinert, Müllerstr. 174. Obmann August Jacobey, Hochstr. 38.

Das Zentral-Bureau befindet sich Annenstraße 16 bei Schuer.

Die Genossen, welche am Tage der Wahl Hilfe leisten wollen und die Kandidaten (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) haben sich Sonntag Vormittag pünktlich 10 Uhr in ihren oben angegebenen Bureaus einzufinden, wo das weitere geregelt und die Eintheilung der Hilfskräfte vorgenommen wird. Ferner ist zu bemerken, daß laut Besprechung die Kandidaten vom 9., 10. und 11. Wahlbezirk Sonntag Vormittag bei Klein, Schönleinstraße, sein wollten; es wird jedoch ersucht, daß sich dieselben wie oben angegeben, bei Grube einzufinden mögen.

Das Zentral-Bureau, Annenstraße 16, ist erst von Montag früh 8 Uhr angeordnet und nicht wie in den Versammlungen angeführt wurde, vom Sonnabend Mittag an. Die Hilfskräfte, die sich dort einzufinden wollten, können sich Sonntag an die Bezirksbureaus wenden.

Mit solidarischen Gruß  
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner  
Streik-Kontrollkommission.  
J. A.: Hermann Haber, SO., Grünauerstr. 4, Hof 1.

Anruf an alle weiblichen und männlichen Mitglieder der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handwerker und Apotheker. Mitglieder der Ortskassen! Trotzdem wiederholt von Mitgliedern der Generalversammlung, sowie von einzelnen Vorstandsmitgliedern an die Kasselführung das dringende Verlangen gestellt wurde, die brennende Tagesfrage die freie Wahl der Ärzte betreffend den Mitgliedern zur Beschaffung von unterbreiten, lehnte es der Vorstand beharrlich ab, den Mitgliedern Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Er beweist damit, daß er für Neuerungen, die im Interesse der Mitglieder unbedingt erforderlich sind, absolut unzugänglich ist. Der Unterzeichnete kommt nunmehr dem berechtigten Verlangen einer großen Anzahl von Delegirten und Mitgliedern nach und wird in der am Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Feenpalast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke, stattfindenden öffentlichen Versammlung die Nachtheile des heutigen Systems, gezwungen zu sein, zu einem von der Kasse bestimmten Arzt zu gehen, gegenüber der Einrichtung, einen frei gewählten Arzt benutzen zu dürfen, eingehend, durch die Herren Dr. M. u. g. d. a. n. und R. K. h. m. a. n. n. erörtern, sowie die Stellungnahme der Mitglieder zu dieser Frage veranlassen. Es ist somit erforderlich, daß alle kommen; wer nicht erscheint, vernachlässigt schwer seine Pflicht und darf sich dann später nicht über das Zwangsarzt-System beklagen.  
Wilh. Arndt, Vorstandsmitglied, Gneifenaustr. 82.

An die Partigenossen und Genossinnen Berlin!  
Die kaufmännische Gehilfenschaft tritt an Euch mit einer Aufforderung heran, der Ihr um so eher nachkommen werdet, als es ja selbstverständliche Pflicht eines Sozialdemokraten ist, das Bestreben des Klassenbewußtseins in einer jeden Bevölkerungsschicht thätig zu unterstützen. Die kaufmännische Bewegung, die Ihr an der Hand der „Vormärz“-Berichte bereits seit Jahren verfolgt haben, ist an einer kritischen Wendepunkt angelangt. Es ist durchaus erforderlich, um eine Verbreiterung und Vertiefung der Bewegung zu erzielen, daß auch die weiblichen Angehörigen des Handelsgewerbes in den Bereich der Agitation und Organisation gezogen werden. Da nun der weitestgehende Theil derselben sich aus den Kreisen des Kleinbürgertums und der Arbeiterkassen rekrutirt, so ist es für Euch ebenso naheliegend wie leicht, uns in der Arbeit der Aufklärung auch dieser Kreise erfolgreich zu unterstützen.

Bei der sich auch im Handelsgewerbe rapide vollziehenden ökonomischen Entwicklung vom Kleinhandel zum Großbetrieb ist die Entlohnung sowohl, als auch die Lebenshaltung und Behandlung der kaufmännischen Hilfsarbeiterinnen eine so durchaus proletarische, durch nichts von der übrigen Arbeiterinnen unterschiedene, daß es nicht zu schwer sein wird, auch bei ihnen das Bewußtsein ihrer Klassenlage zu wecken. Um den ersten Schritt dazu zu thun, findet am Dienstag, den 21. Februar bei Holz, Alte Jakobstr. 75 eine Versammlung statt, in der Frau J. h. r. e. r. über die Maßnahmen der Regierung zur Einschränkung der Sonntagsruhe und alsdann ein Kaufmann über „Tage und Behandlung der weiblichen Angestellten in den Berliner Geschäften“ referiren wird. Zur weiteren Agitation für diese Versammlung ist ein Flugblatt hergestellt worden, welches jeder von Euch tagsüber in dem Putsengeschäft von M. K. a. f. f., Spandauerbrücke 14, in einem oder mehreren Exemplaren erhalten kann. Wer von Euch nicht Zeit oder Gelegenheit hat, sich dieselben selbst zu holen oder sie zu verbreiten, der theile dem Unterzeichneten schriftlich die genaue Adresse und die Anzahl der erforderlichen Exemplare mit, woraufhin sie prompt versandt werden sollen. Wir erwarten von Euch Allen, insbesondere von denen, welche durch ihren Beruf als Kaufleute oder Hausdiener mit Verkäuferinnen, Buchhalterinnen und sonstigen Hilfsarbeiterinnen des Handelsgewerbes zu thun haben, eine lebhaft und umfassende Unterstützung der jungen Bewegung.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
die Agitationskommission der Kaufleute  
J. A.: Berthold Heymann, C., Kochstr. 18, IV.

Achtung, Mitglieder der Ortsklasse der Klempner Berlin! Am Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 9 Uhr, findet die Delegirtenwahl bei Holz (früher Feuerheim), Alte Jakobstraße 75, statt. Es gilt in derselben, die Delegirtenliste durchzuführen, welche in der Versammlung am 9. Februar aufgestellt ist. Man hätte doch erwarten müssen, daß der Vorstand wegen der Nichtbesetzung der im November v. J. stattgefundenen Wahl Bericht erstattet und gleichzeitig eine Besprechung über den

Wahlmodus angeordnet hätte. Aber weit gefehlt, sämtliche Vorstandsmitglieder glänzten durch Abwesenheit. Ein derartiges Verhalten verdient die schärfste Verurtheilung; wir ersuchen daher die Mitglieder, am Sonntag auf dem Posten zu sein und vor allem die Listen oder Stimmzettel genau anzusehen, welche am Eingange des Saales ausgegeben werden. Wir erwarten von den Mitgliedern, daß sie dem Vorstand zeigen, wohin er gehört. J. A.: A. Winter.

Achtung, Buchbinder! Den Mitgliedern der Zentral-Kassen- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder zu der Nachricht, daß die Kassenlokale trotz des am 18. Februar stattfindenden Maskenballes in den Industrie-Feestälen, Deutstr. 20, bis 10 Uhr geöffnet bleiben.  
Der Vorstand.

Das vom preussischen Staate bezahlte Blatt „Der Bergmanns-Freund“ — „Der Bergmanns-Feind“ sollte es heißen — theilt offiziell mit, daß von den für immer abgelegten Bergleuten niemand wieder angenommen wird. Von den zeitweilig Abgelegten werde in den nächsten Monaten keiner zur Grubenarbeit zugelassen. Was würden die Beamten, die das fertig gebracht haben, wohl sagen, wenn sie für immer und zwar ohne Pension „abgelegt“ würden. Wir würden es gewiß nicht beklagen.

Der sächsische Bundesrath-Bevollmächtigte Graf Hohenthal erklärte kürzlich im Reichstage, die Dresdener Arbeiter hätten gegen das bekannte Vorgehen der Polizei in Sachen der Arbeitslosen-Statistik keine Beschwerde erhoben. Damals war jedoch die Beschwerdefrist noch nicht abgelaufen. Die Arbeiter haben die Beschwerde bei der Streikhauptmannschaft noch rechtzeitig eingebracht und gedenken die Sache bis zur letzten Instanz zu verfolgen.

Die Arbeiter Köln nahmen am 19. Februar eine Arbeitslosen-Statistik auf.

Die Arbeitslosenstatistik, die von den Arbeitern Elberfeld-Barmens aufgenommen wurde, hat folgendes Ergebnis gehabt. In Elberfeld ermittelte man 1899 Arbeitslose, darunter 1102 Verheirathete; die Zahl der von diesen zu erziehenden schulpflichtigen Kinder betrug 2201, wovon 135 beschäftigt waren. Die Zahl der von den Arbeitslosen sonst zu unterhaltenden Angehörigen belief sich auf 529. Die Gesamtzahl der durch die Arbeitslosigkeit betroffenen Personen betrug 4819 Personen. — In Barmens sind 1320 Arbeitslose gezählt worden, davon waren 755 verheirathet. Die Zahl der von ihnen zu erhaltenden Kinder unter 14 Jahren betrug 1457 und die der sonstigen zu unterhaltenden Personen 221. Um die arbeitslosen Familien vor dem buchstäblichen Verhungern zu schützen, suchten die Frauen durch Waschen, Bügeln, Nähen u. s. w. zu verdienen, jedoch haben nur drei Viertel volle oder theilweise Beschäftigung finden können.

Ein weiterer Beweis für das Bestehen des Nothstandes liegt in folgender, im übrigen nicht zu billiger Bekannmachung des Duisburger Ober-Bürgermeisters vor: „Wegen der gegenwärtig herrschenden ungünstigen Erwerbsverhältnisse wird hierdurch unter Bezugnahme auf die allerhöchste Kabinettsordre vom 20. März 1828 angeordnet, daß in diesem Jahre an den Karnevalstagen hierorts keinerlei öffentliche Maskeraden einzelner oder mehrerer Personen, Aufzüge u. dergl. stattfinden dürfen, ebenso wie auch das Abhängen von Fiedern auf den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen verboten ist. Maskenarten werden nicht ausgegeben. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft geahndet. Die Polizeibeamten sind angewiesen, alle Masken unachtsamlich von der Straße zu entfernen und zur Verstrafung anzuzeigen.“

In den Gärtnereien Bremens waren, nach der neulich von den organisirten Gehilfen aufgenommenen Lohnstatistik, 127 Gärtnergehilfen und Gartenarbeiter beschäftigt, während deren Zahl im Frühjahr vorigen Jahres 291 betrug. Die Arbeitszeit ist proffizient, der Lohn beträgt 18 M. wöchentlich im Sommer und 16,50 M. im Winter.

Die Hamburger Schauerleute hatten sich bei der Behörde darüber beschwert, daß die Unternehmer ihnen den Lohn in den Schankwirtschaften abzählten, welcher Brauch für die Arbeiter von erheblichem Nachtheil war. Die Behörde hat verprochen, ungesäumt die nöthigen Schritte zu thun, um dieses verwerfliche Treiben der Unternehmer zu verhindern; die reichsgefällig vorgesehene Geltandnis der unteren Verwaltungsbehörde zum Zeutenaehmen und Lohnausgaben in Schankwirtschaften habe bisher weder einer der Unternehmer nachgesucht, noch erhalten.

Im Gegensatz zur Berliner Bäckerinnenschaft, wo der Unfriede nicht aufhört, wirthschaftet die L. a. b. e. r. G. e. n. o. s. s. e. n. s. c. h. a. f. t. In dieser kann sich kein hungriger bürgerlicher Zeitungsjournalist Geld mit Standa Nachrichten verdienen. Ihre letzter Jahresabschluss stellt sich wie folgt: Es sind im Jahre 1892 18 257 Sack und 15 Kilo Getreide verbraucht worden, 1488 Sack und 15 Kilo mehr als im Jahre 1891. Die Gesamteinnahme des Jahres 1892 betrug 390 277,20 Pf. gegen 389 278,04 M. des Jahres 1891. Die Gesamtausgabe belief sich auf 383 065,56 M., so daß ein Bruttogewinn von 27 211,64 M. erzielt wurde. Hiervon wurden 7024,57 M. zu Abschreibungen verwandt. Die noch verbleibenden 20 177,07 M. stellen den Reingewinn des Jahres 1892 dar, in Prozenten berechnet betrug dieser im Jahre 1892 5 1/2 pCt., im Jahre 1891 5 1/2 pCt. Das Schuldkonto, das am 1. Januar 1892 22 900 M. betrug, ist am Schluß des Jahres nur noch mit 6500 M. belastet.

Nicht sehr viel scheint der angebliche oder wirkliche Arbeiter seiner Solidarität zuzumuthen zu können, der in der „Kreuzzeitung“ folgendes Eingekauft veröffentlicht: „Ich bin Müller-geselle, arbeite schon 18 Jahre auf einer Stelle; ich bin durch und durch ein Gegner der Achtstunden-Arbeit; denn Mühsiggang lehrt viel Böses; ich arbeite 18 Stunden und noch darüber hinaus und fühle mich ganz wohl. Aber nach Sonntagsruhe ist mein schärfster Wunsch. Nun habe ich gehört, daß für die landwirthschaftlichen Gewerbe auch die gesetzliche Sonntagsruhe geschaffen werden soll. Ist das wahr und sind da wir Müller auch mit einbezogen, und wann tritt die Sonntagsruhe in Kraft? Dieser Müller-geselle wäre — wenn er wirklich echt sein sollte — leider nicht der einzige Thor unter den Arbeitern, der von den Angehörigen seiner eigenen Klasse so schlecht denkt, weil er, im Bann kapitalistischer Anschauungen befangen, nicht weiß, daß die Arbeit des Menschen wegen da ist und nicht umgekehrt der Mensch wegen der Arbeit. Wenn der durch die Arbeit ja disziplinirte Arbeiter mehr Mühe hat als jetzt, so wird er nicht läse Striche verreiben, sondern die freie Zeit zum Lernen verwenden. Sind denn Kunst, Wissenschaften und andere edle Vergnügungen — wie z. B. der Genuß an den Schönheiten der Natur — nur für die geduldeten und bürgerlichen, grad- und krummragigen Kapitalisten da, Herr Müller-geselle von und wohn der „Kreuzzeitung“?

„Gut Schwein!“ Für die sittliche Rückwärts-Mauerung des herrschenden Bürgerthums bringt die „Sächsische Arbeiterzeitung“ einen neuen Beleg. Das Blatt schreibt: Vor uns liegen zwei Bieder, die bestimmt waren, ein Fest des Verbandes der Dresdener Regellubä zu „verschönern“. In diesen Klub ist jumeist das honette Bürgerthum vereinigt. Die elbharteste, verkommenste Vordellphantasie macht sich in diesen beiden „Biedern“ breit. Das eine Lied, überschrieben „Ein Besuch im Harem“, zu singen nach der Melodie des „Schunkelwalzers“, schildert den Traum eines

Menschen, der offenbar nur ein Vordellstammgast sein kann, und das andere „Der Schuster und der Bäd“, zu singen nach der Melodie „Im schwarzen Baifsch“, ist nach anderer Richtung nicht minder widerwärtigen Inhalts. In Rücksicht auf die guten Sitten sowohl, wie auch in Rücksicht auf die Strafgesehe müssen wir es uns versagen, nähere Andeutungen über den Inhalt des schmutzigen Nachwerks zu geben oder gar eine Probe daraus abjudrucken. Der Verfasser der Joten ist nicht genannt, aus der tabellosen Form geht aber hervor, daß er in sogenannten „gebildeten“ Kreisen zu suchen ist. Der Druck ist ausgeführt von der G. Mich. Gärtnerschen Buchdruckerei (H. Niescher) in Dresden. Wir empfehlen der Staatsanwaltschaft, sich der Sache anzunehmen, vielleicht macht sie dabei noch interessantere Entdeckungen. Den Moralpredigern und Sittlichkeitsaposteln aber rathen wir, mit ihren Besserungsverfuchen sich an die richtigen Beute zu halten, nämlich in ihren eigenen Reihen damit zu beginnen. Dem Verband Dresdener Regellubä, der die Devise „Gut Holz“ führt und sie auch den weiblichen „Besitzungen“ vorgelegt hat, machen wir den Vorschlag, zu seiner richtigen Kennzeichnung doch lieber die Devise „Gut Schwein“ zu wählen.“ In derselben Gesellschaft, der diese honetten zweibeinigen Schweine angehören, wird die lex Peinze mit Begeisterung aufgenommen. So ruft der Spibube, um sich zu retten, am lautesten: Haltet den Dieb!

In schreiendem Gegensatz zu der Freisprechung des Kölner Polizisten Sperling, der, bis zur Bestimmungsfestigkeit betrunken, seinen Befugnisse auf größtmögliche Ausdehnung brachte, steht folgende Mittheilung der in Kiel erscheinenden „Norddeutschen Volkszeitung“. Der Feizer Hr. K. aus Methwisch hatte in Lägerdorf das Unglück, am 15. Januar beim Erntigen einer Anhöhe von dem schmalen Fußsteig herab in einen hohen Schneeberg zu fallen. Er war etwas angeunken, konnte sich aus dem Schnee nicht herausarbeiten, da ihm die Hände bald erstarrten, und er rief nun laut um Hilfe. Ein Gendarm, der zufällig in der Nähe war, zog ihn aus dem Schnee heraus. Der Amtsvorsteher Sätze in Lägerdorf hat nun dem Feizer wegen des Hilferufs zu 3 M. Geldstrafe oder 1 Tag Haft verurtheilt, weil er „in stark angeunkenem Zustand ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt“ habe.

Vom Aschenbrödel Volksschule. In Lautendach im Elsaß beschloß der Gemeinderath, das Gehalt der drei dort angestellten Lehrer zu erhöhen. Der Bezirkspräsident versagte jedoch diesem Beschlusse seine Genehmigung, weil die Gemeinde keine Mittel besäße, um die Mehrzahlung zu bestreiten zu können. Für den Militarismus muß jede Gemeinde Mittel beschaffen und wenn die Forderungen über die Hutschnur gingen. Für die Volksschule hat der Staat der Döthcher, Bächen, Söcker und Richter nur so viel übrig, als er Schanden halber bewilligen muß.

Die privaten Straßenbahnen machen nicht nur in Berlin gute Geschäfte. Die Kontinental-Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft in Dresden vertheilt 5 Prozent Dividende, die Breslauer Straßen-Eisenbahnen 7 pCt.

Aus Posen wird der Breslauer „Volkswacht“ berichtet: Jetzt soll hier eine Pfandleih-Aktiengesellschaft gegründet werden. Der Pfandleiher Giesele ist der Gründer. Das Aktienkapital von 100 000 M. soll in 200 Theilen zu 500 M. ausgegeben werden. Die behördliche Genehmigung des Planes ist bereits ertheilt. Daß überall das Pfandleihwesen von den Gemeinden in die Hand genommen, auf sie beschränkt und so günstig wie möglich für die zum bitteren Nothbedel des Pfandleihens gezwungenen Armen eingerichtet werden müßte, versteht sich eigentlich von selbst; aber die bürgerliche Gesellschaft ist viel zu profitulären, als daß sie einen so lukrativen Erwerbszweig gänzlich aus dem Privat- in den Gemeindebetrieb übergehen ließe.

Auch die k. k. österreichischen Hofbeamten befinden sich in einer Lohnbewegung. Unter ihnen zirkulirte ein Aufruf zu einer Versammlung, in dem zunächst die erforderliche Anzahl von Vorkaufsversicherungen abgegeben wird, worauf ein Hinweis auf die erhebliche Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungsverhältnisse folgt, und dann heißt es weiter: „Zwischen ihrem Einkommen und ihren unbedingt notwendigen Ausgaben, zwischen dem Nimbud, der sie umgiebt, und der Dürftigkeit, der sie sich ausgekehrt fühlen, zwischen ihrem „Soll“ und ihrem „Haben“ herrscht ein Widerspruch, den kein Rechenmeister zu lösen vermag, und der sie zwingt, nach Nebeneinkünften Umschau zu halten, welche mit ihrer Anstellung bei Hofe durchaus nicht immer harmoniren. Wie die Dinge heute stehen, sieht sich jeder vermögenslose Hofbeamte der unteren Rangklassen vor die traurige Wahl gestellt, entweder ledig zu bleiben oder seine Familie den schwersten Entbehrungen auszuweichen, oder bei Gründung eines Hausstandes Argumente in Erwägung zu ziehen, die vielleicht praktisch, aber gewiß nichts weniger als erhaben sind. Unter diesen Umständen wird niemand daran zweifeln, daß die zwingende Nothwendigkeit vorliegt, endlich einmal einen Kollektivschritt zu unternehmen und den allgemeinen Wunsch nach einer Sanirung der Verhältnisse der k. u. k. Hofbeamten zum Ausdruck zu bringen.“

Ueber die Arbeitslöhne der englischen Arbeiter machte der Statistiker Robert Giffen in einer Sitzung der Arbeitskommission interessante Mittheilungen. Nach Giffens Ermittelungen erhalten etwa 25 pCt. aller Arbeiter in England einen Wochenlohn von weniger als 20 sh (= 20 M.), doch ist die überwiegende Mehrzahl der auf dieser Lohnstufe stehenden Arbeiter nur wenig oder gar nicht geschult. Giffen erlöst in den 20 sh einen für den Lebensunterhalt in England nicht ausreichenden Betrag. Giffen erklärt jedoch, dadurch, daß von jeder Familie mehrere Glieder arbeiten, stelle sich das jährliche Einkommen einer Familie auf etwa 80 Pf. St. (1600 M.). In den letzten 50 Jahren habe die Zahl derjenigen, welche weniger als 20 M. verdienen, immer mehr abgenommen. (Was nicht besagt, denn dafür ist auch der Werth des Geldes gefallen. Red.) Auch der Sozialist Gquadman wurde in der Kommission vernommen. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern, erklärte er, sei in England ein scharf entgegengesetztes. Der Reichthum habe sich in England sehr vermehrt, aber die Vermehrung der Löhne stehe in keinem Verhältnis zu diesem Anwachsen. Das Einkommen des Landes beträgt, nach seiner Berechnung 14—15 000 000 Pf. St. jährlich; die arbeitenden Klassen aber erhalten, obwohl die überwiegende Mehrzahl, weniger als 1/3 aus dieser Summe.

Die Weber in Dinant (Belgien) haben infolge von Lohnkürzung die Arbeit niedergelegt.

Der Bergarbeiter-Aufstand in Mons (Belgien) soll im Rückgang begriffen sein, da die Hälfte der Bergarbeiter von Framerie die Lohnherabsetzung angenommen hätte.

Zonentarif in Rußland. Die Kommission für die Regelung der russischen Eisenbahntarife beschloß, wie die Zeitschrift „Der Zonentarif“ mittheilt, der Regierung die Einführung des Zonentarifs nach dem Muster Ungarns zu empfehlen.

## Versammlungen.

Der Wahlverein für den 4. Reichstags-Wahlkreis wählte in seiner Versammlung vom 7. Februar, wie uns als Nachtrag zu unserem Bericht in Nr. 34 mitgetheilt wird, den Genossen Petric zum ersten und den Genossen Lothar zum zweiten Schrift-

föhre. Der „Vorwärts“ hatte irrthümlich die Namen Petri und Sotha genannt. Genosse Tempel brachte sodann noch zur Sprache, daß in der Denunziation gegen seine Person vom „Vorwärts“ nicht unparteiisch verfahren worden sei. Man habe dem „Denunzianten“ mehr geglaubt, als ihm, was er daraus erkenne, daß der „Vorwärts“ erklärt habe, er habe sich von der Unschuld der Herren Otto und Arnold überzeugt, obgleich diese in der Strafverfügung gegen ihn als Zeugen verzeichnet gestanden hätten. Seine nachträgliche Berichtigung sei von der Redaktion nicht aufgenommen worden. (Der Genosse Tempel ist mit seinen Behauptungen im Fortwähren. Die Herren Arnold und Otto haben in einer uns glaubwürdigen Weise die seiner Zeit vom Genossen Tempel gebrachte Notiz dahin berichtet, daß sie sich zufällig in seinem Lokal befunden haben, als ein Polizeibeamter dort die Ueberschreitung der Polizeistunde zu konstatiren suchte. Derselbe hätte sie dann einfach als Zeugen aufgeschrieben, wie dies eben unter solchen Umständen üblich sei. Jemand welche dösigen Absichten gegen Tempel hätten ihnen durchaus fern gelegen. Die Redaktion hatte, wie gesagt, keine Ursache an dieser Nichterhebung zu zweifeln, und war daher zur Ehrenrettung der betreffenden Herren verpflichtet, deren Angaben zu veröffentlichen. Bei ruhiger Ueberlegung sollte Genosse Tempel übrigens zu dem Schluß kommen, daß dem Vorwärts doch wirklich nicht daran gelegen sein konnte, ihm eine anzuhängen. Hoffentlich ist hiermit die unerquidliche Angelegenheit für die Genossen erledigt. D. Red.)

Die Genossen hatten am Sonntag eine Versammlung, in welcher Genosse Wallentin einen Vortrag über die Bedeutung der Streiks hielt. Der Kern seiner Auseinandersetzungen war, daß der Streik ein notwendiges Kampfmittel der Arbeiter sein und bleiben werde. Seine Anwendung werde den Arbeitern von ihren wirtschaftlichen Gegnern, den Unternehmern, ausgegangen. Daß der Streik mit Vorsicht angewendet werde, dafür biete eine möglichst gute Organisation die beste Garantie; sie sichere auch den Erfolg. Eine unorganisirte Masse könne wohl durch eine plötzlich eintreffende und empörende Begeisterung zur Bekämpfung des Unternehmertums veranlaßt werden, einem Strohhalm gleich erlösche diese jedoch sehr bald und mit ihr alle Energie und aller Muth. Redner empfiehlt seinen verammelten Kollegen, sich zu vereinigen und tüchtig für die Vereinigung zu wirken. In der Diskussion betonten alle Redner die Nothwendigkeit der Organisation, wobei sie die Form derselben mehr oder minder für nebensächlich erklärten. Die herrschenden Nothstandsverhältnisse wurden ebenfalls diskutiert. Natürlich wurde dabei scharfe Kritik geübt an denen, welche keinen Nothstand sehen wollten. Herr Müller führte aus, daß er, schon lange arbeitslos, mit Tausenden von Leidensgenossen an einem Morgen vor dem Dom gestanden habe, um Arbeit zu erhalten. Da habe man sie, die sich bemühten, um ihren Verpflichtungen gegen Familie und Staat nachkommen zu können, einfach auseinander getrieben. Nachdem Genosse Maurer Wille noch ein kurzes Referat gehalten und Wallentin eine irrthümliche Auffassung einiger seiner Ausführungen berichtigt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erkennt die von allen Rednern angeführten Schäden an, welche den Arbeiter der Nothwendigkeit berauben, für seine und seiner Familie Existenz zu sorgen, und spricht der Majorität der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, welche mit gestültem Magen den Nothstand der Berliner Arbeiter nicht anerkennen will, ein Misstrauensvotum aus. Die Versammlung verspricht, immer weiter zu arbeiten, um die oben angeführten Schäden zu beseitigen und die Ideale der darbedenden Arbeiter zu verwirklichen.“ — Hierauf berichtete Herr Giese über die Thätigkeit der Vertrauensmänner-Revisionen. Diese hatten den Auftrag auszuföhren, einigen Schuldner der Agitationskassen, ehemaligen Vertrauensleuten, etwas auf die Finger zu legen und deren Schulden im Gesamtbetrage von etwa 100 Mark einzuföhren. Die Betreffenden verhielten sich zum Theil schon seit 1890. Erfolge konnte Genosse Giese nicht melden. In der diesem Bericht folgenden Debatte wurden jene Leute scharf kritisiert. Der Kassierer Genosse Klinge, theilte mit, daß jetzt ein Bestand von 3,60 M. vorhanden ist, nachdem die letzte öffentliche Abrechnung 14,16 M. als Bestand ergeben habe. Giese erklärte betreffs der Kassenverwaltung des Genossen Klinge, daß alles in Ordnung sei. Die Versammlung beschloß, die Revisionen Giese, Schröder und Kersten zu beauftragen, eine Visitation vorzunehmen und mit deren Ertrage die Kassen einer gerichtlichen Eintragung der betreffenden Gelder zu befreien. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung ging die Versammlung dann auseinander.

**Zur Einführung der Schutzmarke für die Tabak-Industrie** unternahm im Auftrage des Vorstandes des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter die Kollegen Börner, Dutzy, Dehdand, Drecher und Kiesel je eine Agitationsstour nach den Städten Spremberg, Finsterwalde, Kottbus, Luckenwalde, Dessau, Staffurt, Coswig, Jerbst, Kallbenow, Stendal, Magdeburg, Brandenburg, Dresden, Würzen, Neudamm, Guben, Liegnitz, Breslau, Stargard und Fürstentum. Die Tagesordnung für die zu diesem Zweck einberufenen öffentlichen Volksversammlungen war eine gleichlautende: „Die Schutzmarke als gewerkschaftliches Kampfmittel.“ Sämmtliche Redner gingen von der Ueberzeugung aus, daß die heutige wirtschaftliche Gesamtlage der Arbeiter im allgemeinen und die Lage der Tabakarbeiter im besonderen, mit Nothwendigkeit dahin drängt, die bestehenden Organisationen immer und immer mehr auszubauen und zu kräftigen, dieselben mit neuen und geeigneten Kampfmitteln auszurüsten. Als ein derartiges Kampfmittel wird in neuerer Zeit von den Arbeitern solcher Berufs-zweige, wo die Produkte von der breiten Masse des Volkes konsumirt werden, die Kontroll-Schutzmarke empfohlen und in Anwendung gebracht. Von der Nothwendigkeit ausgehend, die so überaus traurige Lage der Tabakarbeiter ausbessern zu müssen, hat die Generalversammlung der Tabakarbeiter-Organisation beschlossen, sich dieses Kampfmittels fectan zu bedienen. So einleuchtend auch die Vortheile der Kontrollmarke für die Arbeiter dieser Berufs sein müssen, so würde der Erfolg dennoch ausbleiben, wenn diesen Berufs nicht die Unterstützung der gesamten klassenbewußten Arbeiterchaft zu theil wird. Dadurch würde aber auch, wenn es gelänge, die Lage dieser Arbeiter auszubessern, der erzielte Vortheil der Gesamtarbeiterchaft, selbst den Berufs, wo die Einführung der Schutzmarke nicht möglich ist, zu gute kommen. Es sollte doch jedem denkenden Arbeiter einleuchtend sein, daß durch die Besserstellung, z. B. der Tabakarbeiter, der Textilarbeiter, der Schuhmacher u. c. ein Mehrerwerb eintrete und die Konsumtionsfähigkeit wechselseitig gehoben wird. Dieses der Arbeiterchaft klar zu machen, ihre Mithilfe zur Einführung der Schutzmarke zu erwirken, war der Zweck der zu diesem Behufe einberufenen Versammlungen. Zum Schluß wurde von dem Referenten der Versammlung nachstehende Resolution unterbreitet: „In Erwägung, daß der im März v. J. in Halberstadt stattgehabte Gewerkschaftskongreß sowohl wie der Berliner Parteitag, die Kontroll- oder Schutzmarke als gewerkschaftliches Kampfmittel anerkannt und empfohlen haben, beschließt die betr. Volksversammlung, für die Einführung und Ausbreitung derselben einzutreten und zwar dadurch, daß die Theilnehmer nicht nur mit Schutzmarke versehenen Waaren zu kaufen, sondern auch hauptsächlich jede Agitation für die Schutzmarke zu unterstützen haben.“ Die an diese Vorträge sich anschließende Diskussion war an einzelnen Orten eine recht lebhafte, beispielsweise in Neudamm, wo das Unternehmertum es für gut befunden hatte, in der Person des Herrn von Lakow einen Korreferenten aus Berlin zu verschreiben. Derselbe wies darauf hin, daß, wo die drei Hauptbedingungen, Zufriedenheit, nochmals Zufriedenheit und immer wieder Zufriedenheit nicht vorhanden sind, auch die von sozial-

demokratischen Gehedern empfohlenen Mittel, nichts zur Besserstellung der Lage der arbeitenden Klassen beitragen könnten. Der Zweck all dieser Leute sei ja nur der, Thron und Altar umzuführen, jede Autorität zu untergraben, Ehe und Familienleben zu zerstören. Gehr leicht wurde es dem Referenten auf diese „ollen Kamellen“ die gebührende Erwiderung zu geben. Nachdem noch einige Genossen sich in zustimmenden Worten für die obige Resolution ausgesprochen hatten, wurde dieselbe mit allen Stimmen, gegen die Stimmen der Unternehmer, angenommen. Es würde zu weit führen, die Debatten der einzelnen Versammlungen in ihrem Verlaufe zu schildern; wir wollen nur darauf hinweisen, daß es den Referenten sehr leicht würde, einzelne Ausstellungen gegen die Schutzmarke, so z. B. die angebliche Vertheuerung der Waaren, als unbegründet nachzuweisen.

So sei in der Tabakindustrie für die Konsumenten noch ein Vortheil zu erzielen, indem dem betrügerischen Zwischenhandel ein Ende bereitet wird, der es ermöglicht, daß Zigarren, die, in den Strafanstalten gefertigt, 16—25 M. im Einlaufe kosten, an die Arbeiter mit 5 Pf. verkauft werden, also 50 M. bringen. Ebenfalls werden auch die in der Hausindustrie, unter gesundheitswidrigen Verhältnissen hergestellten Fabrikate von dem Markte verschwinden. Abgesehen von den Einwendungen im obigen Sinne aus den Reihen der Genossen, fanden auch Auseinandersetzungen mit solchen Unternehmern statt, welche sich für die Schutzmarke erklärten, aber an den Bedingungen für die Verabfolgung derselben Ausstellungen zu machen hatten. So erschien zum Beispiel der § 6 des Reglements vor allem geeignet, die Einführung der Schutzmarke wesentlich zu erschweren. Es würde den Fabrikanten unmöglich gemacht werden, mit ihren bisherigen Abnehmern, den Händlern, in Verbindung zu bleiben, wenn diese Händler, außer den mit Schutzmarken versehenen Waaren, noch andere Waaren, von anderer Seite, ohne Schutzmarken, beziehen; der § 6 müsse also unbedingt gestrichen werden. Diesen Einwendungen gegenüber wurde betont, daß, wenn sich in der Praxis herausstellen sollte, daß diese oder eine andere Bestimmung der Einführung im Wege steht, sich derartige Bestimmungen unschwer beseitigen resp. abändern ließen; im übrigen seien die Bestimmungen für die Verabfolgung der Schutzmarke so gehalten, daß sich jeder einschichtige Fabrikant denselben unterwerfen könne.

Diese und ähnliche Widerlegungen hatten denn auch zur Folge, daß obige Resolution an allen oben erwähnten Orten von den größtentheils sehr zahlreich besuchten Versammlungen einstimmig oder gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Angesichts dieses Erfolges können wir annehmen, daß, wenn die Kollegen allerwärts in gleicher Weise thätig sind, unsere Organisation mit der Wahl dieses Mittels keinen Fehlschlag gemacht hat.

**Eine öffentliche Versammlung** aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 13. d. M. Zweck der Versammlung war die Gründung einer zweiten Filiale des Verbandes deutscher Schuhmacher und Ergänzungswahl zur Agitationskommission. Diese bestand bislang aus 5 Personen, und sollte nunmehr auf 7 Personen verstärkt werden. Da zwei Kommissionsmitglieder zurückgetreten waren, hatte die Versammlung vier Neuwahlen zu vollziehen; dieselben hatten als Ergebnis die Wahl der Kollegen Strud, Günther, Böhm und Joffert. Zum ersten Punkte der Tagesordnung hielt Reichstags-Abgeordneter Bod den einleitenden Vortrag. In demselben veranschaulichte derselbe die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung und bezeichnete die gewerkschaftliche Organisation als eine Nothwendigkeit, insbesondere für das Schuhmachergewerbe, da dieses ganz hervorragend der fortschreitenden Technik unterworfen sei, welche immer weitere Tausende, besonders gelernter Arbeitskräfte „überflüssig“ mache. Redner bedauerte desto mehr die gänzlich ungenügende gewerkschaftliche Organisation der deutschen, namentlich aber der Berliner Schuhmacher. Die Hoffnung auf das Eingreifen der Gesetzgebung zu gunsten der Arbeiter sei, wie die letzten Nothstandsdebatten im Reichstage zur Genüge bewiesen hätten, eine fast hoffnungslose. Deshalb seien die Arbeiter auf sich selbst angewiesen. Der Vortragende legte die Zwecke und Ziele des Vereins, wie auch die bereits erzielten Erfolge in längeren Ausführungen klar. Berlin hätte die Pflicht, der deutschen Kollegschaft mit gutem Beispiele voranzugehen, was bislang leider nicht der Fall gewesen sei. Die Majorität der Berliner Arbeiterchaft stehe auf dem Boden der Zentralisation. Wenn die Minorität es ehrlich mit sich und der Arbeiterchaft meine, so sei es Pflicht derselben, endlich die Streitart zu begraben; die Kollegen in der Provinz würden den alten Weg gehen. Redner schloß mit dem Wunsche, daß

**3. Ziehung der 2. Klasse 188. Königl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 16. Februar 1893. Berlin, den 16. Februar 1893.  
Aus die Gewinne über 105 Mark sind den betreffenden Nummern in Vortheile beigefügt.  
(Winn-Gewinne.)

45 59 142 54 97 305 80 432 782 88 995 1050 114 299 870 417 70	75 504 793 796 806 916 2169 61 86 251 67 303 33 408 89 57 579 639	875 3068 323 263 73 437 57 519 605 25 735 89 878 900 43 4000 115	209 400 565 731 836 46 67 923 5026 301 503 19 19 82 857 941 6456	125 228 49 68 578 690 302 3 34 37 77 937 58 7036 75 148 88 294 321	647 51 62 733 71 77 818 24 38 60 77 8045 79 107 225 407 29 033 13001	828 993 9118 83 207 47 84 347 694 863	10007 308 19 489 597 698 27 59 90 87 829 913 15 24 88 11055	164 290 318 51 413 765 841 73 941 12104 90 12900 280 509 1150 13	430 514 31 691 37 1150 763 882 91 13 791 172 255 787 946 54 14300	13001 91 410 56 771 873 94 15 933 36 88 166 94 278 311 428 730 810	944 54 98 10046 274 447 633 73 714 96 985 17073 278 407 469 702	4 13 10 70 72 937 60 12007 107 271 301 29 494 583 90 697 713 80 83	85 100113 122 372 533 80 870 758 888 911 41	201051 411 82 614 74 11 1100 16 815 983 11001 21232 589 661 86	833 943 222 37 64 66 80 318 461 558 89 656 966 85 110 92 32083	146 228 47 767 862 98 244 7 213 29 376 558 68 657 851 967 25147	95 289 13001 424 643 56 736 11501 20104 21 700 40 57 92 346 624 87	756 842 27007 70 98 100 261 86 416 48 515 683 847 49 28190 13001	37 227 96 332 63 84 417 63 601 84 782 13001 823 22035 81 172 258	385 409 58 518 23 43 745 80 887 955	30037 90 96 230 80 336 602 48 11001 74 88 31073 309 70 602 19	50 801 998 32080 128 41 63 730 357 400 84 583 692 701 22 884 984	83040 85 164 219 79 309 23 403 12 48 518 621 60 759 84133 480 84	656 749 910 46 35195 95 263 600 33 628 710 893 928 30054 85 109 59	201 487 635 726 801 63 37234 11501 369 89 90 487 94 514 902 10 50	38567 41 212 491 615 39 844 59 29133 65 58 66 370 423 85 681 83	848 901 63	40012 69 135 221 66 320 430 588 636 81 97 13001 719 34 41009	56 221 345 94 638 53 79 639 81 11501 829 57 912 95 75 43013 43 100	416 813 21 11501 694 730 808 19 941 57 90 4223 378 11501 436 1130	625 38 789 621 922 44008 86 409 11501 31 628 65 74 790 818 29	4504 72 119 75 80 11501 24 349 435 629 42 765 97 852 79 123	48012 13 408 12 540 77 11501 86 740 889 907 32 84 47023 61 989	219 72 338 48 81 409 533 11501 669 11501 99 736 49004 5 64 75 97	115 233 59 84 332 42 42 37 694 686 743 78 40080 11001 138 296	53 349 412 37 38 561 722 47 87 834	50129 311 45 432 65 74 13001 512 54 619 822 93 943 51189 92 223	642 76 722 27 11 823 98 971 52018 143 59 243 51 82 343 56 532 79	661 742 65 904 53004 8 113 357 670 91 95 878 54136 225 68 303	495 367 705 17 830 43 78 930 55032 42 124 110 000 34 29 18 480	544 69 78 767 968 66003 47 50 11501 277 460 13001 515 96 694 801 7	969 57015 11501 257 383 696 97 619 43 716 34 46 97 58390 439 513	96 820 25 793 919 66 97 88 50 308 21 33 11501 82 88 144 90 241 314	59 82 447 69 515 79 729 37	60078 283 355 82 543 73 701 72 807 24 990 61124 292 873 533	630 798 62237 85 325 63 416 94 633 816 960 63180 340 503 12 920	64044 71 1021 16 342 846 99 65088 113 32 248 323 25 539 60 914 23	66157 615 53 88 96 719 905 59 88 47335 79 864 90 659 746 924	68119 218 320 461 650 625 749 939 89 69457 77 524 743 11501 906 45	70224 3 12 17 593 639 50 789 877 390 71014 35 124 219 356	473 230 838 930 75 72993 100 221 70 13001 71 309 11501 28 561	657 713 825 72222 83 87 93 963 695 74139 241 314 46 407 71 81	716 808 82 11501 82 954 87 96 75 957 928 330 422 580 711 48 850 290	76008 153 91 371 440 544 11501 74 633 710 39 708 84 27208 57 70	336 13001 409 76 640 78 79 70 995 78164 38 443 510 80 81 649 778	812 79 70065 62 32 737 60 64 850 902 81072 80 175 298 914 476 801	82076 249 76 261 403 558 678 775 78 79 904 39 83898 190 242 803	83 411 72 748 959 84037 81 104 56 203 341 424 510 12 736 11501 80	91 904 88 85073 142 319 23 36 36 698 744 81 833 97 98 86135	245 304 65 70 416 29 637 600 97 756 828 944 87031 43 64 138 11501	232 476 629 89 622 73 79 829 88019 28 163 201 22 62 353 77 459	584 89 664 774 91 849 75 11501 990 89017 29 88 234 37 395 401 582	632 69 85 833 973	90216 29 374 778 842 49 66 97 915 57 71 91148 77 86 300 17 56
---	---	--	--	--	--	---------------------------------------	---	--	---	--	---	--	---	--	--	---	--	--	--	-------------------------------------	---	--	--	--	---	---	------------	--	--	---	---	---	--	--	---	------------------------------------	---	--	---	--	--	--	--	----------------------------	---	---	---	--	--	---	---	---	---	---	--	---	---	---	---	---	--	---	-------------------	---

die Berliner Kollegen ihre so oft betonte „Bewusstheit“ beschließen mögen. Dies könnte nur zum Segen der Zentralorganisation ausfallen. Die Ausführungen des Vortragenden wurden mit Beifall, aber auch mit Widerspruch aufgenommen. Letzterer gelangte in der Diskussion zum Ausdruck durch die Kollegen Börner und Bod's. Die Auseinandersetzungen mit diesen nahmen den üblichen Verlauf und endeten damit, daß die Gegner der Zentralisation, unter ihnen auch der Schriftführer, mit den beiden Rednern demontrativ die Versammlung verließen. Die Gründung bzw. Bestätigung der zweiten Filiale des Vereins deutscher Schuhmacher, speziell für den Norden Berlins, vollzog sich hierauf in ruhiger Weise. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt die Kollegen Krause, Böhm und Strud, zu Revisoren die Kollegen Joffert und Kirsch. Zum Schluß gab Kollege Fleischher Anweisungen, die Wahlen zum Gewerbegericht betreffend, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

**Der Fachverein der Stellmacher** Berlins und Umgegend hielt am 12. d. M. eine Mitgliederversammlung ab, in welcher wiederum eine Reihe Beschwerden über den Arbeitsnachweis der Innung vorgebracht wurden. Das Verhalten des Herbergs-wirtzbes Wibe, sowie des Arbeitsvermittlers, Stellmachermeisters Müller, wurde aufs schärfste geißelt. U. A. wurde von einigen Kollegen mitgeteilt, daß Herr Müller 6 Kollegen bei Engel, Demminerstraße, Arbeit nachgewiesen hatte. Als sich dieselben dort aber meldeten, mußten sie zu ihrem Erstaunen hören, daß Herr Engel keine Gesellen brauche. Selbstverständlich gingen die Kollegen wieder zu Herrn Müller, um wenigstens ihre 20 Pf. zurückzuerhalten, die sie vorher für das „Aus Schreiben“ bezogen hatten. Herr Müller habe ihnen, wie weiter ausgeführt wurde, aber nur 10 Pf. gegeben und zwar mit dem Bemerkten, sie möchten doch nicht glauben, daß er umsonst schreibe! Als Kuriosum sei noch mitgeteilt, daß ein auswärtiger Meister einen Gesellen mit der Motivierung verlangt hat, sein jetziger Geselle arbeite zwar schon anderthalb Jahre bei ihm, doch sei derselbe Sozialdemokrat, und deshalb wolle er jemand anders haben. Für die Ausführung dieses Auftrages wolle er übrigens auch 1,50 M. entrichten. Die Kollegen Geese und Maxrad, welche sich bei der Gewerbe-Deputation über das Plakat, nach welchem jeder arbeitssuchende Stellmacher 40 Pf. für eine Auflage an den Wirth zu entrichten hat, beschwert hatten, erhielten, wie sie mittheilten, folgenden Bescheid zurück.

Berlin, den 4. Febr. 1893.  
Auf die Beschwerde vom 10. Dezember v. J. gerichtet  
Ihnen folgendes zum Bescheid.

Laut Bericht des Innungsvorstandes ist das Plakat, nach welchem jeder arbeitssuchende Stellmacher auf der Herberge 40 Pf. zu zahlen verpflichtet sein soll, nunmehr beseitigt, und es wird eine Erhebung von Gebühren ferns-hin nicht mehr erfolgen.

Gewerbe-Deputation des Magistrats.  
J. B.  
Hübner.

Nachdem noch eine Reihe anderer Beschwerden vorgebracht waren, wurde beschlossen, am 5. März, Rosenthalerstr. 33, eine öffentliche Stellmacherversammlung abzuhalten, welche sich mit dem Arbeitsnachweis beschäftigen wird. Die Kollegen werden ersucht, weitere Mißstände, welche in letzter Zeit in der Mulackstraße 9 vorgekommen sind, den Kollegen J. Brühl, Brunnens-trasse 113, 1 Tr. und J. Casar, Blumenstr. 69, Eingang Rosenthalerstrasse, Quergebäude 3 Tr., umgehend mitzuthellen. Zum Schluß wurden die Kollegen noch aufgefordert, sich zahlreich an den Gewerbegerichts-Wahlen sowie an der Flugblättervertheilung zu beteiligen.

**Im Fachverein der Stukatureur** sprach am 7. Februar Herr Literat Stöck über den Schriftsteller Leo Tolstoi. Von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Rußlands ausgehend, entwarf der Redner eine lebhaft Schilderung von dem bedeutenden russischen Schriftsteller. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kleinert, J. Grünenberg, Lichte und W. Schulz. Die hierauf erfolgte Abrechnung vom 4. Quartal 1892 ergab eine Einnahme von 496,22 M., eine Ausgabe von 224,09 M., so daß ein Bestand von 271,23 M. verbleibt. Unter den Ausgaben ist anzuföhren, daß an durch-reisende Kollegen 10,50 M. und an frange Kollegen 35 M. gezahlt wurden. Bei den Ausgaben für Feiern wurde bemängelt, daß verschiedene Referenten zu hohe Ansprüche gemacht haben; es sei doch Pflicht der Genossen, ihr Wissen in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Die nächste Versammlung ist am 21. Februar; in derselben hält Kollege Lichte einen Vortrag.

77 97 423 649 86 735 890 941 47 92092 218 368 435 75 645 755 834	971 93000 45 133 12001 205 72 380 99 418 78 589 35 620 747 847 11501	951 94216 23 28 51 387 487 91 577 91 675 835 63 973 95139 304 41	45 418 60 541 641 82 88 815 916 96299 354 73 501 26 644 932 79	97077 98 112 22 308 557 72 670 98199 39 370 464 737 11501 919 13001	56 64 99120 267 341 49 11501 91 456 353 608 819 13001 927	100216 17 69 519 68 75 74 636 61 827 86 11501 101208 60 157 99	209 313 410 623 727 80 910 18 33 102946 455 84 90 589 656 81 93	13001 827 44 103239 345 92 465 501 39 615 59 735 104989 111 26	72 81 315 730 61 87 816 105191 217 345 61 437 579 622 789 146056	259 401 561 733 969 72 107009 61 287 305 11501 683 723 27 894 988	109138 242 47 65 301 10 146 48 827 911 16 67 109477 88 543 63	852 911 58	110238 65 72 399 465 590 663 858 910 47 111011 83 346 435 99	11501 656 81 87 847 906 13 29 112812 914 24 113332 278 89 327 98	431 539 65 88 98 624 32 67 831 78 913 55 78 114134 259 60 13001	517 30 87 632 77 859 991 115129 77 916 12001 38 69 345 517 688 769	84 837 956 116002 49 82 155 305 11 423 739 823 73 87 960 71 117375	644 707 118027 158 231 43 306 18 71 623 729 854 69 119158 214	350 86 730 893	120008 24 46 168 401 93 618 58 838 86 781009 153 70 228 359	99 428 600 590 614 36 773 832 51 422 42 123041 83 199 321 32 544	571 721 46 815 958 123110 53 316 496 811 39 99 946 124039 137	929 434 3 833 11501 48 739 886 945 97 125029 11501 62 203 38 388	164 519 64 889 126136 270 326 58 61 441 78 658 72 828 95 127233	97 408 653 605 22 42 766 816 79 930 58 128083 83 312 75 79 82 496	567 639 62 64 78 729 76 982 129030 38 77 88 100 11 40 310 501 831	939 11501	130119 88 372 411 590 634 705 13001 42 131074 10 79 208 93	388 91 95 11501 651 867 915 67 132029 454 13001 217 69 81 317 83	644 770 944 133006 64 94 211 27 366 479 803 25 134280 95 333 53	531 63 601 891 135118 72 223 401 639 653 760 822 65 75 136262 314	614 860 906 137093 179 121 357 65 76 445 842 769 95 921 11501 69	139002 61 285 32 27 416 35 68 588 623 738 13001 63 11501 66 888	139390 73 11501 709 853 938 69	140011 170 243 336 63 446 89 532 605 702 800 972 141128 76	242 346 453 527 635 889 991 142482 94 644 76 742 313 143178 621	53 83 810 937 144128 509 736 854 994 145021 60 72 116 93 83 817	31 687 94 96 700 90 957 149 860 366 96 405 93 658 772 836 88 888	142041 56 334 87 95 318 656 822 929 148167 213 533 77 779 149773	9272 473 512 85 711 51 880 936 68	150087 134 395 34 555 76 676 793 805 24 33 39 11501 151013	153 242 81 305 54 57 67 11501 426 84 583 694 783 945 154106 25	11501 82 253 93626 76 62 841 159 235 60 629 63 665 780 832 154040	130009 45 106 213 44 53 436 71 564 691 942 11501 68 155019 144	13001 244 614 65 96 632 97 895 901 156168 330 66 414 47 774 73	152526 69 405 662 723 13001 90 889 973 74 158778 828 73 159007	77 119 61 223 73 83 94 300 15 75 11501 439 685 90 648 76 11501 924	77 97 935 88	160013 199 503 870 927 75 160109 63 188 419 664 748 817 934	162055 271 404 12601 61 538 62 82 709 76 834 163042 147 277 314	66 98 499 532 76 77 639 46 87 92 701 12 11401 835 910 11 86 164028	128 304 341 348 89 623 71 81 88 840 63 921 40 163240 68 89 675	868 971 106107 70 354 11501 414 41 839 744 825 84 167001 13001	180 226 312 615 949 168235 29 141 530 670 897 160077 162 64 71	281 94 321 410
--	--	--	--	---	---	--	---	--	--	---	---	------------	--	--	---	--	--	---	----------------	---	--	---	--	---	---	---	-----------	--	--	---	---	--	---	--------------------------------	--	---	---	--	--	-----------------------------------	--	--	---	--	--	--	--	--------------	---	---	--	--	--	--	----------------